

Bezugspreis: Vom 14. - 20. Oktober 1923 50 Millionen M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 14. - 20. Oktober für Deutschland, Ostpreußen, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Österreich u. Ungarn 85 Millionen M. für das übrige Ausland 110 Millionen M. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Sichtung und Auslegung“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigen-Grundpreise: Die einpaltige Nonpareilzeile 400 Mark, Reklamzeile 2000 Mark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 120 M. (zulässig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 M. Stellengruppe das erste Wort 60 M., jedes weitere Wort 30 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 M. Alle Grundpreise mal Schließelzeit gerechnet 600 000.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: S.W. 68, Lindenstraße 3  
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonntag, den 14. Oktober 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., S.W. 68, Lindenstr. 3  
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diktonto-Gesellschaft, Depostenkasse Lindenstraße 3

# Nach der Entscheidung des Reichstags. Die Vollmachten der Regierung. — Die Haltung der Sozialdemokratie.

Das vielumstrittene Gesetz, das die Reichsregierung ermächtigt, auf finanz- und wirtschaftspolitischen Gebiet, teilweise auch auf sozialpolitischem, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, ist nun also, wie schon im gestrigen Abendblatt gemeldet, vom Reichstag mit 316 gegen 24 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen worden. Beide Bedingungen, die für das Zustandekommen eines verfassungsändernden Gesetzes gestellt sind, wurden erfüllt: es waren trotz des Auszugs der Deutschnationalen, Balthischen und Kommunisten mehr als zwei Drittel der Reichstagsmitglieder im Saal anwesend, und von diesen zwei Dritteln stimmten wiederum weit mehr als zwei Drittel für das Gesetz, das dann sofort in der veränderten Form, die es im Reichstag erhalten hatte, auch vom Reichsrat angenommen wurde.

Das Manöver der deutschnational-kommunistischen Gegenkoalition blieb ohne Erfolg. Der Erfolg wäre den neuen Bundesgenossen auch versagt geblieben, wenn sie anders operiert hätten. Sie hätten durch Teilnahme an der Abstimmung die Zahl der Reinsager um höchstens 80 Stimmen vermehren können; das hätte aber an dem Ergebnis nichts geändert.

Die Bayerische Volkspartei hat sich, entgegen den Gerüchten, die gestern im Reichstag verbreitet waren, an dem Abmarsch der Gegenkoalition nicht beteiligt. Später wurde erzählt, die Fraktion habe von München die Weisung erhalten, mit den Deutschnationalen und den Kommunisten gemeinsame Sache zu machen, sei ihr aber nicht gefolgt. Wie dem auch immer sei, auch das Verhalten der Bayerischen Volkspartei war für das Ergebnis nicht entscheidend. Die Koalitionsparteien stellten die Zweidrittelpräsenz aus eigener Kraft, sie verfügten — auch ohne den Bayerischen Bauernbund — über 323 Mann, 17 mehr als zur Zweidrittelpräsenz erforderlich ist.

Es hat sich damit herausgestellt, daß der Ueberraschungstoß, der die Gegenkoalition am Donnerstag nahe an den Sieg heranzuführen, nur darum so stark wirken konnte, weil die Koalitionsparteien auf ihn nicht vorbereitet waren. Sie verfügten über mehr als drei Viertel aller Sitze des Reichstags und fühlten sich infolgedessen allzuversichert. Durch die Vertagung und die Verschiebung der entscheidenden Abstimmung um zwei Tage ist die Lage wieder hergestellt worden, das Ermächtigungsgesetz ist angenommen, der Reichstag wird nicht aufgelöst, sondern kann an die ihm verbliebenen Aufgaben, vor allem an die Regelung der Arbeitszeitfrage, herangehen.

Hart umstritten war dieses außerordentliche Gesetz nicht nur zwischen Koalition und Gegenkoalition, sondern auch in den Parteien der Koalition selbst. Das gilt zunächst für die Deutsche Volkspartei, deren schwerindustrieller Flügel mit Stinnes und Böglers an der Spitze gestern nicht für das Gesetz stimmte, sondern blaue Enthaltungszettel abgab. Hart umstritten war das Gesetz aber auch in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Es war für sie kein leichter Entschluß, Reichstagsrechte aus der Hand zu geben, sei es auch in die Hand einer Regierung, in der sie durch drei ihrer Mitglieder vertreten ist. Die Ueberzeugung, daß die brennende Wirtschaftsnot rasche Maßnahmen fordert und daß insbesondere die Währungsreform nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden dürfe, war für die Mehrheit entscheidend. Es gab in der Fraktion Auseinandersetzungen, die in kameradschaftlichen Formen geführt wurden, aber kein Ergebnis brachten, das alle gleichmäßig befriedigt hätte. Für die Bedenken der Minderheit gegen die Koalitionspolitik und gegen das Ermächtigungsgesetz war die Mehrheit nicht ohne Verständnis; aber sie konnte nicht finden, daß die Minderheit einen besseren Weg zu zeigen vermöchte als den, den die Fraktion zu gehen sich schließlich entschloß.

Der Donnerstag brachte die Fraktion in eine schwierige Lage. Sie hatte sich mit großer Mehrheit für das Gesetz entschieden, hätte aber der Minderheit gern das Recht eingeräumt, an der Ausführung dieses Fraktionsbeschlusses nicht mitzuwirken, bei dem sie mit dem Herzen nicht dabei war. Die Taktik der deutschnational-kommunistischen Gegenkoalition aber machte die Gefahr brennend, daß die erforderliche Zweidrittelpräsenz fehle, das Gesetz fiel und das Reich dadurch in neue Wirren von unerhörter Heftigkeit gestürzt würde. Mit einem Auseinanderfallen der Sozialdemokratischen Fraktion in einen größeren und einen kleineren Teil wäre dann die Aera der Reichstagsauflösung und der problematischen Neuwahlen eröffnet worden.

Um solches Unheil zu verhindern, faßte die Fraktion jenen Beschluß, der schon gestern hier mitgeteilt wurde. Sie legte ihren Mitgliedern die Pflicht auf, an der Abstimmung teilzunehmen und für das Gesetz zu stimmen. Gegen den Vor-

schlag, daß die Minderheit die aus der Parteidisziplin entspringenden Gründe ihrer Zustimmung zu dem Gesetz öffentlich darlegen möge, erhob sich kein Widerspruch. Freiheit der Diskussion, aber Einheit der Aktion!

Erfreulicherweise haben die Genossen der Minderheit fast alle in diesem Sinn gehandelt, und damit ist der Streitfall in einer Weise erledigt worden, wie es sich unter Parteigenossen ziemt.

Wie verwickelt aber der Streitgegenstand selber ist, zeigt schon der Umstand, daß das Ermächtigungsgesetz aus entgegengesetzten Gründen von den Deutschnationalen wie den Kommunisten mit der gleichen fanatischen Erbitterung bekämpft wurde. Und diese Erbitterung setzt sich dann an den beiden Flügeln der Koalition weiter fort. Auf der einen Seite sind es Stinnes und Kompagnie, auf der anderen unsere Genossen um Crispian, die ihre Begerung gegen das Gesetz öffentlich manifestieren. Natürlich wäre es ein unerlaubter Kunstgriff der Polemik, wenn jemand behaupten wollte, das Gesetz müsse schon deshalb gut sein, weil Stinnes und die Deutschnationalen dagegen kämpften, und damit sei der Irrtum der Minderheit erwiesen. So einfach liegen die Dinge nicht. Wohl aber kann gesagt werden: Gerade aus den Gründen, aus denen die Rechte das Gesetz bekämpfte, trat unsere Fraktion dafür ein.

Die Rechte fürchtet, daß die Verordnungsmacht in der Hand einer mit Sozialdemokraten durchsetzten Regierung im Interesse der breiten Massen manches tun könnte, was den Großagrariern und Schwerindustriellen nicht gefällt. Gerade das aber ist es, was wir wünschen und fordern. Die Rechte will die sogenannte „nationale Diktatur“, die sich über alle Volks- und Parlamentsrechte schnurstracks hinwegsetzt und die Geschäfte der Grobherdener besorgt. Dem soll dadurch begegnet werden, daß eine verfassungsmäßige, parlamentarische Regierung, eine Regierung, an der die Sozialdemokratie beteiligt ist, außerordentliche Vollmachten erhält.

Nun ist das Gesetz zunächst nur ein Rahmen ohne Inhalt; es wird das sein, was die Regierung aus ihm macht. Was sie aus ihm macht, hängt aber nicht von der Regierung allein ab, auch die Parteien und ihre Presse werden dabei mitzusprechen haben. Und wozu es im ganzen gebraucht worden ist, wird sich erst nach einem längeren Zeitraum übersehen lassen. Schwere Krankheiten sind mit leichten Kuren nicht zu heilen, und das Gesamtresultat ist entscheidend.

Schließlich sei aber auch noch eines nicht vergessen. Entscheidende Erfolge sind so lange nicht zu erhoffen, als nicht in der auswärtigen Lage Deutschlands eine sichtbare Erleichterung eintritt. Die Sozialdemokraten haben sich vor allem darum zum Eintritt in die Regierung entschlossen, weil sie durch ihren Einfluß der Herstellung eines wirklichen Friedens in Europa dienen wollen. Diese ihre Absicht ist im Ausland deutlicher und allgemeiner erkannt worden, als im Inland. Man hat anerkannt, daß das Koalitionskabinett die beste und vielleicht die letzte Möglichkeit bietet, Europa aus der schrecklichen Verwirrung, in der es sich befindet, herauszuführen; aber man hat diese Möglichkeit nicht ausgenutzt. Hätte der gestrige Tag einen anderen Verlauf genommen, so hieße es vielleicht heute schon: „Zu spät!“ Jetzt heißt es: „Es ist noch Zeit!“, aber freilich — höchste Zeit! Mit einer Passivität, die das Grauen der Nachwelt erregen wird, hat das Ausland bisher dem Niedergang Deutschlands wie einem spannenden Schauspiel zugesehen, und nur die sozialistisch denkenden Arbeiter haben klar erkannt, daß es sich hier um das Schicksal nicht nur eines einzigen Volkes, sondern eines ganzen Weltteils handelt.

In Deutschland und in Europa Ordnung zu schaffen, den Grund zu einem neuen wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg im Geiste des Sozialismus zu legen, und das deutsche Volk aus seiner unglücklichen Lage zu retten, das ist wahrlich kein leichtes Beginnen. Aber auf dem Weg, den sie geht, sucht die sozialdemokratische Politik kein anderes Ziel als dieses. Und je größer die Not, desto stärker ein Gebot: Einigkeit!

Da der Bericht über die Annahme des Ermächtigungsgesetzes nur in einem Teil der Abendausgabe erschienen ist, lassen wir noch einmal einen ausführlichen Sitzungsbericht folgen.

Der Reichstag trat gestern zur Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz zusammen.

Am Regierungstische: Reichskanzler Dr. Stresemann, Innenminister Sollmann, Verkehrsminister Deser.

Das Haus ist sehr stark besetzt. Sämtliche Tribünen sind überfüllt. In der Diplomatenloge sind die Vertreter fremder Staaten anwesend.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Entwurfes eines Ermächtigungsgesetzes, und zwar lediglich die Ab-

stimmung über Einleitung und Ueberschrift sowie die Gesamt-

abstimmung. Präsident Löbe teilt mit, daß der Abg. Lange-Hagemann (Zentr.) wegen Krankheit fehle und die Abgg. Duschke (D. Sp.) und Graf Bernstorff (Dem.) entschuldigt sind. (Graf Bernstorff weist gegenwärtig bei einer internationalen Konferenz im Haag.)

Abg. Stöcker (Komm.) beantragt zur Geschäftsordnung, sofort einen kommunistischen Antrag zu behandeln, der fordert, daß die bisher im besetzten Gebiet gezahlten Erwerbslosenunterstützungen auch weiterhin gezahlt werden.

Präsident Löbe regt an, diesen Antrag nach der Erledigung der Abstimmungen zu behandeln. Das kam nur geschähen, wenn niemand widerspricht.

Es wird aber Widerspruch erhoben, so daß der Antrag damit erledigt ist. (Großer anhaltender Lärm bei den Komm.)

Abg. Roenen (Komm.) beantragt nunmehr, einen Antrag zur Aufhebung des Verbots der „Roten Fahne“ auf die Tagesordnung zu setzen.

Auch dagegen wird Widerspruch erhoben, so daß auch dieser Antrag erledigt ist.

Präsident Löbe schließt darauf die allgemeine Geschäftsordnungssprache und erklärt, daß er die weiteren Redungen zur Tagesordnung nach der Abstimmung zur Erledigung bringen werde.

Abg. Ledebour (b. l. Fr.) beantragt, die Abstimmungen so lange auszusetzen, bis der Reichskanzler Stresemann Auskunft gegeben habe über die Fragen, die der kommunistische Abg. Frölich in der letzten Sitzung an ihn gerichtet habe. Es handelt sich um bayerische Verhandlungen mit den Franzosen.

Der Antrag Ledebour wird gegen die Kommunisten und die Ledebour-Gruppe abgelehnt. (Großer Lärm bei den Komm.)

Zur Abstimmung gibt

### für die bayerische Volkspartei

der

Abg. Lecht folgende Erklärung ab: Vor den Abstimmungen in der letzten Sitzung haben wir die Erklärung abgegeben, daß wir gegen das Ermächtigungsgesetz stimmen würden, daß wir aber das Mittel der Obstruktion durch Enternen aus dem Saal nicht zur Anwendung bringen würden. Dabei hat uns der Gedanke geleitet, daß die Hoffnung und die Bitte, die wir in unserer letzten größeren Erklärung ausgesprochen haben, daß die Regierung und die Parteien dazu helfen möchten, die Konfliktsmöglichkeiten zwischen dem Reich und Bayern auf ein Minimum zu reduzieren, beachtet werden möchte. Diese Hoffnung ist leider nicht in dem Maße erfüllt worden, wie wir gewünscht hätten. (Lebhafte Bewegung im ganzen Hause. Zurufe bei den Sozialdemokraten: Wieder einmal Bayern!) Trotzdem halten wir an unserer Stellungnahme fest. (Lebhafte Beifall und Heiterkeit.) Wir werden uns an der Abstimmung beteiligen, weil wir durch unsere Haltung einen letzten Appell an die Regierung und die Parteien richten möchten im Sinne unserer früheren Erklärungen. (Erneuter Beifall.)

Präsident Löbe schließt die Erklärungen zur Abstimmung und erklärt, daß er weitere Wortmeldungen nicht zulassen werde. (Stürmischer Beifall. — Lebhafter Protest des Abg. Ledebour.)

Nunmehr wird in einstufiger Abstimmung Einleitung und Ueberschrift des Gesetzes gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Bayerischen Volkspartei und der Kommunisten angenommen.

Die Schlussabstimmung über das Ermächtigungsgesetz ist nunmehr. Als sie beginnen soll, verlassen die Deutschnationalen und die Kommunisten den Saal. Die Bänke der Sozialdemokraten weisen einige Lücken auf. Die übrigen Fraktionen sind fast vollständig versammelt.

### Die Abstimmung.

10 Minuten vor 2 Uhr teilt Präsident Löbe das Ergebnis der Abstimmung mit: Es sind abgegeben 347 Karten, also sind mehr als zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Reichstages, wie es § 76 der Verfassung vorschreibt, anwesend und haben sich an der Abstimmung beteiligt. Es haben gestimmt: 24 Abgeordnete mit Nein, 316 mit Ja (Bewegung). 7 haben sich der Abstimmung enthalten. Es ist also die weitere Bedingung des § 76 der Verfassung erfüllt, daß zwei Drittel der Anwesenden zugestimmt haben. Das Gesetz ist angenommen! (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit. — Psall-Rufe bei den Kommunisten.)

Darauf erhält das Wort Abg. Frölich (Komm.) zu einer Erklärung seiner Fraktion, die das Ermächtigungsgesetz als die Aufhebung der Scheindemokratie bezeichnet.

Die Entschliebung der Deutschnationalen, wonach im Falle der Annahme des Ermächtigungsgesetzes die Reichsregierung ersucht wird, zum Schutz der durch etwaige Maßnahmen der Regierung mit Entlassung bedrohten Angestellten in Staats- und behördlichen Betrieben gegen soziale Härten und Erwerbslosigkeit sofort ein besonderes Angestelltenabbindungsgesetz zu erlassen, wird abgelehnt. Dafür stimmte nur Abg. Schulz-Bromberg, der allein von den Deutschnationalen anwesend war.

Angenommen wird die Entschliebung Frau Dr. Lüders und Genossen, wonach die Unterstützungen aus dem Reichsausgleichsgesetz für kulturelle Vereinigungen erhalten bleiben sollen.

Das Gesetz über Vermögensfragen und Buhen wird in der Schlussabstimmung angenommen mit der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit.



Präsident Ebe bemerkt dazu, daß die nächste Sitzung zur Erledigung des Arbeitszeitgesetzes voraussichtlich entweder Ende der nächsten Woche oder zu Anfang der übernächsten Woche stattfinden werde.

Abg. Barth (Komm.) beantragt, die nächste Sitzung am Montag abzuhalten. Der Antrag wird gegen die Anträge abgelehnt.

Das Haus erteilt dem Präsidenten Ebe die Ermächtigung zur Einberufung der nächsten Sitzung und zur Festsetzung ihrer Tagesordnung.

Schluß nach 2 Uhr.

## Erklärung.

Wir haben uns vergeblich bemüht, die Mehrheit der Reichstagsfraktion für unsere, in der Fraktionserklärung vom 9. Oktober 1923 niedergelegte Ueberzeugung zu gewinnen. In der Vertretung unserer Ueberzeugung haben wir in der Fraktion alle legalen Mittel erschöpft.

In letzter Stunde beschloß die Fraktion gegen unseren Willen, daß jedes Mitglied für das Ermächtigungsgesetz stimmen müsse. Diesem unbedingten Fraktionszwang fügten wir uns. Nicht, weil wir unsere sachliche Meinung geändert haben, sondern weil wir die Einheit der Partei wahren wollten und wahren mußten.

Run hat der Parteitag zu entscheiden.

Berlin, den 13. Oktober 1923.

Crispien, E. Agnes, Franz Künster, Adolph Hoffmann, Fritz Jübel, Marie Bachwitz, Horn, Knyff, Anna Jiegler, Fleischer, Kistau, Albrecht, Ad. Schwarz, Löwenstein, Beckmann, Fritz Geber, Anna Kemig, Schirmer, Breunig, Plettner, W. Wof, Fr. Eichler, A. Bruchardt, Bernhard Düwel, Kubat, Hoffmann-Schmargendorf, Seger-Weipzig, Amert, Fries, Soldmann-Franken, Simon-Franken.

## Einzelheiten der Abstimmung.

Aus der noch am gestrigen Spätnachmittag unter den Reichstagsdrucksachen herausgegebenen offiziellen Abstimmungsliste lassen sich verschiedene bemerkenswerte Einzelheiten entnehmen:

Die 24 Nein-Sager zeigten sich zusammen nicht nur aus den 17 anwesenden bayerischen Volksparteilern, sondern auch aus den vier Abgeordneten des Bayerischen Bauernbundes (Bachmeier, Eisenberger, Professor Febr und Rauschmayer) und aus den drei anwesenden Deutsch-Hannoveranern (Wipers, Langwost und Stevers). Der vierte Deutsch-Hannoveraner, Graf v. Bernstorff-Schlewig-Holstein, scheint nicht anwesend gewesen zu sein, desgleichen sein Verwandter, der demokratische Volksparteiler a. D., der als einziges Mitglied der 39 Mann starken demokratischen Fraktion fehlte, weil er im Auslande (im Haag) weilte. Von zwei weiteren Reichstagsabgeordneten ist ebenfalls bekannt, daß sie zurzeit im Auslande sind, und zwar sind dies der deutschnationale Professor Hoehly und die Kommunistin Frau Klara Zettin, die beide die Sorzüge der bolschewistischen Volkseigenenschaft in Moskau genießen; ihre Anwesenheit hätte übrigens am Abstimmungsergebnis nichts geändert, da sie beide der Studisozialisten angehören.

Die Zahl der abwesenden Zentrumsmitglieder scheint ganz gering gewesen zu sein und dürfte sich jedenfalls nur aus schwerkranken Abgeordneten zusammensetzen.

Ebenso dürften nur wenige Deutschvolksparteiler gefehlt haben, dafür haben, wie schon an anderer Stelle erwähnt, sechs Mitglieder der volksparteilichen Fraktion blaue Enthaltungsmittel abgegeben. Das sind einmal die Vertreter der rheinisch-westfälischen Schmeindulke Stinnes, Dr. Voegler und Dr. Duay, andererseits drei volksparteiliche Agrarier, Döblich, Hepp und Jesche.

Der siebente blaue Stimmzettel wurde vom kommunistischen Hamburger Abgeordneten Reich abgegeben, mit dem sich die Öffentlichkeit bereits wiederholt und meist nicht zu seinem Vorteil beschäftigt hat.

Von der Sozialdemokratischen Fraktion haben sich 14 Mitglieder an der Abstimmung nicht beteiligt, von denen mindestens die Hälfte infolge schwerer Erkrankung reisunfähig war. Der deutsche Gesandte in Venedig, Genosse Dr. Köster, war erst am Freitag mitlog aus Berlin in Riga eingetroffen und konnte

daher, entgegen anderslautenden Bättermeldungen und im Gegensatz zu seinem viel leichter erreichbaren Kollegen vom Zentrum, Dr. Pfeiffer, dem deutschen Gesandten in Wien, nicht mehr rechtzeitig die weite Reise nach Berlin antreten.

Von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Minderheit waren einzelne noch am Freitag in Berlin, aber am Sonnabend im Reichstage nicht erschienen. Nur zwei Genossen der Minderheit haben, obwohl im Hause anwesend, an der Abstimmung nicht teilgenommen.

## Die neuen Verordnungen.

### Änderungen der Demobilisierungsbefimmungen.

Die Reichsregierung hat, wie wir im größten Teil der Abendausgabe bereits mitteilen konnten, sich am Freitag mit der Frage der Bekämpfung der Preisstreiberei der Kartelle und Konventionen und mit Richtlinien für die künftige Wohnungspolitik befaßt.

Die Demobilisierungsverordnungen werden nach einem Beschluß der Reichsregierung dahin abgeändert, daß innerhalb der Sperrfrist von regelmäßig vier Wochen, die einer Betriebseinstellung oder Stilllegung vorausgehen muß, Entlassungen von Arbeitnehmern nur mit Zustimmung der Behörden wirksam sind und daß Arbeitsstreckung bis auf 24 Stunden vorgeschrieben werden kann. Dagegen ist zur Behinderung unwirtschaftlicher Arbeitsstreckung der § 12 der Verordnung vom 12. Februar aufgehoben worden, der vorsieht, die Arbeit auch dann zu strecken, wenn nur einzelne Arbeiter zu entlassen sind. Landesrechtliche Sonderverordnungen werden für rechtsunwirksam erklärt.

### Die neue Regelung der Erwerbslosenfürsorge.

Eine weitere Verordnung der Reichsregierung schreibt die Erhebung von Beiträgen zugunsten der Erwerbslosenfürsorge vor. Die Verordnung soll, wie in einer amtlichen Mitteilung gesagt wird, die Gewähr dafür bieten, daß die Erwerbslosenfürsorge, die unterstehende sowohl wie die produktive, und die öffentliche Arbeitsvermittlung trotz der finanziellen Notlage des Reiches in dem Maße fortgeführt werden können, das aus politischen und sozialen Gründen unerlässlich ist. Die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen eine bestimmte Höchstgrenze — 20 Proz. des Krankenkassenbeitrages — nicht überschreiten. Für Gemeinden mit großer Arbeitslosigkeit treten ergänzend auch weiterhin Reich und Länder ein. Die Verordnung sucht ihre Aufgabe mit dem einfachsten Verwaltungsapparat zu erfüllen. Die feinere Ausarbeitung soll dem kommenden Gesetz über Arbeitslosenversicherung überlassen bleiben, das bekanntlich nicht auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen werden kann, sondern der ordentlichen Gesetzgebung vorbehalten bleibt. Bemerkenswert ist an der neuen Verordnung noch die Bestimmung, nach der die Erwerbslosen gemeinnützige Arbeit gegen die Ueberstufung zu leisten haben; soweit für jugendliche Arbeitslosigkeit nicht gegeben ist, haben sie sich an Einrichtungen zur Fortbildung oder Ausbildung zu beteiligen. Es wird somit zum erstenmal der Grundlag festgestellt, daß die Unterstützung nicht ohne Gegenleistung gegeben wird, und es wird damit die Möglichkeit, brauchbare Arbeitskräfte produktiv zu beschäftigen, nicht unweissenhaft erweitert. An allen Entscheidungen, die auf Grund der Verordnung ergehen, sind paritätische Ausschüsse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern beteiligt.

Auf die Tagesordnung einer Kabinettsitzung am kommenden Montag ist die Beschlußfassung über die Währungsfrage gesetzt.

### Das Wohnungsbauprogramm.

Ueber die Richtlinien zur Befundung des Wohnungswesens, die das Reichskabinett beschäftigt haben, erfahren wir folgendes:

Die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt haben sich nach dem Kriege immer trauriger gestaltet. In der Mehrzahl unserer Häuser werden die notwendigen Reparaturen nicht mehr ausgeführt, so daß heute viele Wohnungen gesundheitschädlich und lebensgefährlich sind. Dazu kommt die ungeheure Steigerung der Material-

preise, die jede Bautätigkeit seit Monaten fast unmöglich gemacht hat. Tausende von Familien, die sich heute mit unzulänglichen Räumen begnügen müssen, haben bisher kaum Hoffnung, jemals ein eigenes Heim zu bekommen. Dadurch vermehren sich die sozialen Schäden im bedrohlichen Maße. Die Leidtragenden sind die Kräfte der Armen, weil die vermögenden Wohnungsfürher die geforderten Baukosten zahlen können.

Diese Mißstände müssen sich in allernächster Zeit um so mehr zu einer Katastrophe auswachen, als das Reich in Zukunft, wenn es seine finanziellen Verhältnisse in Ordnung bringen und dem Volk erhebliches Geld geben will, aus öffentlichen Mitteln keine Zuschüsse für den Wohnungsbau mehr leisten kann. Das Kabinett stand deshalb vor der Notwendigkeit, völlig neue Richtlinien für die Wohnungspolitik aufzustellen. Dabei ging es von dem Grundgedanken aus, daß eine Befundung der Verhältnisse nur herbeigeführt werden kann, wenn die Möglichkeit geschaffen wird, die Reparaturen und den Wohnungsbau wieder aus den einkommenden Mieten zu finanzieren. Deshalb sollen die gegenwärtigen Mieten, die in keinem Verhältnis zu den Marktpreisen stehen, allmählich wieder auf den Stand der Friedensmieten gebracht werden. Die Regierung glaubt, im Laufe eines Jahres diese unumgängliche Maßnahme bei größter Schonung der Bevölkerungsschichten durchführen zu können.

Der vorhandene Mieterschutz soll bestehen bleiben und weiter ausgebaut werden. Seine Aufgabe wird sein, einem Wohnungswucher vorzubeugen. Das Kabinett denkt nicht daran, die erhöhten Mieten dem privaten Hausbesitz zugute kommen zu lassen, sondern beabsichtigt, die zu erwartenden Einnahmen im wesentlichen zum Bau neuer Wohnungen zu verwenden. Deshalb sehen die neuen Richtlinien nur die Deckung der Kosten vor, die dem Hausbesitzer durch die Vornahme von Reparaturen und Ausübung der Verwaltung entstehen. Diese Bestimmung bedeutet einen Zwang für den Hausbesitzer, Reparaturen vornehmen zu lassen. Außerdem wird dem Hauseigentümer eine mäßige Risikoprämie gewährt. Der wesentliche Rest des Mieteinkommens fließt aber in die Kasse des Reiches, der Länder und der Gemeinden und wird zu einem Fonds vereinigt. Er soll dem Bau neuer Wohnungen dienen. Die Wohnungsbauabgabe, die heute völlig unrentabel geworden ist und gegenwärtig kaum 50 Proz. der Einziehungskosten deckt, fällt ganz weg.

## Die gefährdete Brotversorgung.

### Keine Verlängerung des Markensystems.

Amlich wird gemeldet: Der aus der Mitte des Reichstags geäußerte Wunsch, mit Rücksicht auf die plötzliche große Geldentwertung die Markenbrotversorgung über den 15. Oktober hinaus noch einige Zeit fortzuführen, ist aus technischen und wirtschaftlichen Gründen, insbesondere im Hinblick auf den großen Umfang des Personalkreises leider gänzlich unerfüllbar. Es bleibt daher der Reichsregierung nach wiederholter kritischer Prüfung der Frage nichts anderes übrig, als die bedürftigsten Kreise der Bevölkerung herauszugreifen und ihre Unterstützung darauf zu erhöhen, daß sie über diese kritische Zeit hinwegkommen können.

Im Interesse schnellster Unterbreitung geben wir hier einen Überblick über die geplanten Einzelmaßnahmen:

Im besetzten Gebiet soll die Versorgung mit Markenbrot, wie das schon vorher in Aussicht genommen war, wenn auch eingeschränkt, vorläufig noch fortgesetzt werden. Für die Sozial- und Kleinarbeiter sollen die am 15. Oktober fälligen Halbmonatsbezüge nach der neuesten Reichsrichtzahl berechnet und dadurch erhöht werden. Außerdem erhalten die Sozial- und Kleinarbeiter am 22. Oktober bei fortwährender Teuerung eine weitere Unterstützung. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes wird es möglich sein, auch die Anfallrenten aufzuwerten. Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen erhalten durch die Zuzugstellen neben der Erhöhung der Zuschüsse eine weitere Zwischenzahlung. Die Sätze der Erwerbslosenunterstützung sollen mit der beginnenden Woche dem Stand der Marktquoten und besser angepaßt und zugleich in ihren Grundbeträgen erhöht werden. Die entsprechende Mehrzahlung soll schon am nächsten Dienstag einsehen. Die zu-

## Vom Lichtsignal zur Aetherwelle.

Soweit die Geschichte der Menschheit zurückverfolgt werden kann, sieht man auch auf Bestrebungen, Nachrichten einander zu übermitteln. Betrachtet man die uralten Zeugnisse frühesten menschlicher Tätigkeit, wie sie aus den Schichten der älteren Steinzeit vor mehr als 100.000 Jahren jutage getreten sind, so erkennt man, daß jene Urmenschen schon breit angelegte Feuerstätten besaßen, die wohl nicht nur zur Erwärmung und zum Bereiten der Speisen dienten. Wahrscheinlich haben wir hier die ersten Spuren einer Nachrichtenübermittlung an andere Herden zu erkennen. Dies betont Dr. Eugen Keeser in seinem soeben bei Julius Springer in Berlin erschienenen Werk „Der Radio-Amateur“, „Broadcasting“, das ein Lehr- und Hilfsbuch für die Radioamateure aller Länder bieten soll und dessen erstes Kapitel der Entwicklung des Nachrichtenwesens gewidmet ist. Eine Zeichenübertragung des Feuerscheins scheint die früheste Form des Nachrichtenverkehrs über weite Strecken gewesen zu sein. Dieser Austausch von Mitteilungen war nicht nur in den ältesten Kulturen der Ägypter und Babylonier, sondern überhaupt im ganzen Altertum üblich. Wir finden Lichtsignale noch heute bei primitiven Völkern, neben die die Verwendung von Rauchzeichen und die geheimnisvollen Formen der Mitteilung durch Töne, der afrikanischen Trommelprache usw., treten. Es hat sehr lange gedauert, bevor es in der neueren Kulturentwicklung gelang, noch andere optische Mittel, wie z. B. Semaphore, in den Dienst des Nachrichtenverkehrs zu stellen. Unterdessen hatte die Zeitung ihren gewaltigen Aufschwung genommen, aber die Menschheit, die immer ungeduldiger wird und immer schnellere Nachrichten verlangt, kann durch den Druck doch nicht sofort eine Reizigkeit erfahren. Auch Telegramm und Telephon dienten nur als Hilfsmittel für den Ausbau der Zeitung. Die schnellste und idealste Nachrichtenübermittlung wird nunmehr durch die drahtlose Telegraphie und Telephonie ermöglicht, durch das sogenannte Broadcasting, die amerikanische Bezeichnung dieser Nachrichtenübermittlung. Die Tatsache, daß die durch Funkentelegraphie übermittelten Telegramme in Morsezeichen gegeben wurden und infolgedessen nur einem kleinen Kreise verständlich waren, hat lange verhindert, daß sie zu einem Nachrichtenverkehr „an alle“ benutzt wurde. Erst als es 1902 Bausen gelungen war, mit dem Lichtbogengenerator ungedämpfte Schwingungen zu erzeugen und damit die drahtlose Telephonie zu verwirklichen, trat die Möglichkeit einer direkten drahtlosen Nachrichtenübermittlung in den Gesichtskreis. Wiedern verdrängte eine Anzahl von Jahren, bis der Gedanke der Broadcasting zuerst ausgesprochen wurde.

Im Jahre 1908 schuf der amerikanische Erfinder E. de Forest den ersten Versuchsapparat, der die Musik der New Yorker Oper einem Kreise von Zuhörern radio-telephonisch übermittelte. Mit dieser Tat war das Broadcasting, die drahtlose Nachrichtenübertragung, geboren. Von einer Senderstation aus werden die von der Sprache oder Musik modifizierten Wellen ausgestrahlt, die von beliebig vielen Empfängern aufgenommen werden, ohne daß sich diese irgendwie gegenseitig hören oder beeinflussen. Die Unvollkommenheit, die dem Apparat noch anhaftete, ließ zunächst einen wirklichen Erfolg auch in Amerika nicht aufkommen. Die Fortschrittler erkannten schon die Notwendigkeit, in allen größeren Städten Senderstationen einzurichten, auf die sich alle im Umkreis befindlichen Empfänger ab-

stimmen könnten. Ein deutscher Fachmann, Dr. S. Voeme, entwarf im September 1920, ein volles Jahr, bevor in Nordamerika der drahtlose Amateurbetrieb einsetzte, ein großzügiges Bild des Broadcasting-Dienstes, wie er von einer Berliner Radio-Firma organisiert werden sollte: „Zwanzig Millionen Familien gibt es in den Vereinigten Staaten. Wenn Sie wüßten, wie geistig verhungert die Menschen hier leben, wenn Sie den Geist des Amerikaners jemals beobachtet hätten, der sich auf jede neue technische Möglichkeit stürzt, so würden Sie verstehen, wenn ich behaupte, die Idee der drahtlosen Telephonie kann nur hier ausgeführt werden. In diesem Lande bestehen Chancen für einen geradezu überwältigenden Erfolg: Telephon, Telegraph, Licht, Kraft, alles ist hier in Privatband. Ein riesiges Feld ist hier allein durch die Fabriken gegeben, die die Einrichtung zur Unterhaltung ihrer Arbeiter verwenden würden, wozu jetzt Vorleser, Musikkapellen und Künstler engagiert werden.“ Dieser ausgedehnte Plan blieb damals in Berlin unbeachtet. In den Vereinigten Staaten aber setzte seit dem Herbst 1921 der Radio-Amateurbetrieb in riesigem Umfang ein, und Millionen von Empfängern wurden in Wohnzimmern, Kontoren, Fabriken, Banken, Hotels, Ballhöfen usw., in Autos, Eisenbahnwagen, auf Schiffen, in landwirtschaftlichen und anderen Betrieben aufgestellt und benutzt. So ist aus dem einfachen drahtlosen Nachrichtenmittel ein Kulturträger ersten Ranges geworden, dessen weiterer Ausbau in der Zukunft sich heute noch nicht im entferntesten überblicken läßt.

## Die Mappe.

Fast jeder Mensch trägt sie. Stillsitzende Erhebungen sind hierüber noch nicht angefallen. Im Reichstag soll bereits ein entsprechender Gesetzentwurf vorliegen. In Verbindung hiermit soll eine Wappenstein beschaffen werden. Man verlor sich von dessen Einnahmen Samierung des Reichshaushaltes. Ueber diese Befehle soll in den Fraktionen Einigkeit bestehen.

Es gibt braune und schwarze, echte und unechte Lebermappen. Hauptsächlich gibt es Parodemappen. Sie sind den Parodierern gleichzustellen. Daneben gibt es auch noch Arbeitsmappen. Diese haben mit den Arbeitstieren etwas gemeinsam: sie sehen meist schlecht und abgearbeitet aus. Wenn die letzteren Memoiren schreiben könnten, würde sicher manch düsterebiger Prostant gefüllt werden. Der Inhalt der Arbeitsmappen hebt sich entschieden von dem der Parodemappen ab. Während in diesen häufig ein Band Courts-Mahler mit Schmalzstrümpfen, Handarbeiten, Thermosflaschen usw. treulich nebeneinander ruht, enthält die Arbeitsmappe Material für oft sehr schwierige Sitzungen. Sitzungen müssen nämlich auch sein. Sie sind in letzter Zeit zu Bedürfnissen geworden.

Die Mappe muß ebenso wie ihr Träger ganz individuell behandelt werden. Schon am Tragen der Mappe kann man nicht selten den wahren Wert eines Menschen beurteilen; besonders leicht ist es festzustellen, ob der Wappenträger von seiner Unschicklichkeit selbst fest überzeugt ist, nämlich wenn er sie, unter dem Arm haltend, fest an seinen Körper drückt und erhabenen Hauptes stolz einherstreift.

Ich begegnete kürzlich an einem Sonnabend einem Bekannten ohne seine Mappe, die er stets so wie geschildert trägt. Leinwandfrage ich nach dem Besitze der Mappe, und warum er sie nicht bei sich habe. „Wissen Sie,“ antwortete er, „heute ist Sonnabend. Da

schließen wir unser Bureau schon um 1 Uhr. Da gebrauche ich nur zwei Paar Stullen, und für die zwei Paar ist die Mappe doch etwas zu groß.“

## Geschichten vom Stinktier.

Kein Laboratorium der Welt, kein Kasten und keine Abfallgrube, nichts kann einen so furchtbaren Gestank erzeugen wie das tierische kleine Stinktier, dessen „Pestgeruch“ bewirkt, daß jeder, der mit ihm in Berührung gekommen ist, wie ein Verpesteter gemieden wird. Das Stinktier oder Suriko, das zu der Familie der Murde gehört, ist in Südamerika heimisch und macht äußerlich einen sehr netten und adretten Eindruck. Niemand ahnt, der seine Eigenschaften nicht bereits kennt, welche furchtbare Waffe das Tierchen in seinen beiden Stinkdrüsen besitzt. Brechm hat in seinem „Tierleben“, das jetzt in einem Reudruck bei Reclam erscheint, allerlei bezeichnende Geschichten über diese Streiche dieses „Stinkers“ erzählt. Der berühmte Naturforscher Audubon hat selbst als Schlingung mit den Stinkdrüsen Bekanntschaft gemacht. „Ich ging mit einigen Freunden langsam meinen Weg,“ schreibt er. „Da sehen wir ein allerliebste Tierchen, das gemütlich umherstreift, stehen blieb und uns ansah, als wäre es wie ein alter Freund, um uns Gesellschaft zu leisten. Das Ding sah gar zu unschuldig und verführerisch aus; es hielt seinen hübsigen Schwanz hoch empor, als wolle es, daran geist, in unseren Armen nach Hause getragen sein. Ich war ganz entzückt, griff voll Seligkeit zu — und watsch! schoß das Hüllentier mir seinen Teufelsstich in die Nase, in Mund und Augen. Wie vom Donner gerührt, ließ ich das Ungeheuer fallen und nahm in Todesangst Reißaus.“ Senefel erzählt, daß einer seiner Diener ein Stinktier tötete, ohne es zu kennen; dabei wurden seine Wasserstiefel etwas bespritzt. Der Geruch kostete den Stiefeln noch wochenlang an, obgleich sie immer getragen und oft gewaschen wurden. Nach etwa sechs Wochen besuchte der Mann eine Gesellschaft. Während der allgemeinen Unterhaltung schnüffelte einer der Anwesenden unter dem Tisch und teilte dem Hausherrn die unliebsame Entdeckung mit, es müsse ein Suriko unter den Dieben des Hauses seine Wohnung aufgeschlagen haben. Man beschloß, sofort die Jagd auf dem gefährlichen Störenfried aufzunehmen. Der Gast aber, der die Ursache der ganzen Unruhe war, verabschiedete sich schnell unter einem Vorwand. Ein nach Südamerika eingewandertes Deutscher, der noch nie ein Stinktier gesehen hatte, sah eines bei einem Ritt, hielt es für einen jungen Fuchs und stieg vom Pferde, es zu fangen. Das Tier ließ sich auch ruhig reiten, sobald er es aber aufhob, spritzte es ihm den Inhalt seiner Stinkdrüsen auf die Brust und traf Hand und Weste. Der Erschrockene ließ das furchtbare Tier fallen, worauf sich auf dem Pferd und jagte, wie vom Dämon gepeinigt, dahin, um den Gestank des Bestialtes durch den Luftzug etwas zu mildern. Er konnte es aber nicht ausheilen, sondern rief sich während des schnellsten Reitens die Kleider vom Oberkörper und kam halbnaß nach Hause.

Das Repertoire des Zauberspielers. Da das Schauspieltheater schon am Anfang der Winterzeit über ein reichhaltiges Repertoire verfügen will, bringt es in der ersten Novemberwoche außer „König Eduard II.“ von Marlowe noch einen Gerhart-Hauptmann-Abend, einen Erindberg-Abend und einen Komödien-Abend, der aus den Komödien „Sontin“ von Simon Buchkiewicz und „Titus und sein Kallimachos“ von Restroy bestehen wird.



gungen der Kinderreichen vorgeesehenen Maßnahmen sind bereits bekanntgegeben.

Damit sind im wesentlichen diejenigen Bevölkerungskreise bedacht, denen der Gesetzgeber beim Erlass des Gesetzes zur Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 gewisse Entschädigungen für den Wegfall des Marktbrotgewährs gewähren wollte.

Über die in der amtlichen Meldung erwähnte Anregung erfahren wir:

Am Sonnabend fanden erneut Verhandlungen zwischen der Regierung und den Koalitionsparteien statt über die Sicherung der Brotversorgung für die nächsten Wochen. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion Simon, Krüger und Wels wiesen noch einmal mit aller Eindringlichkeit auf die Notwendigkeit hin, mangels jeder Vorbereitung für die Durchführung des Brotverbilligungsgesetzes die jetzt geltende Brotversorgung durch Marken zunächst noch bis Ende dieses Monats weiterzuführen, um in der Zwischenzeit Vorbereitungen für die Durchführung des Gesetzes zu treffen. Die Ausführungen machten auf die übrigen Parteien und auch auf die Regierungsmitglieder aus dem Arbeitsministerium, Finanzministerium und Ernährungsministerium sichtlich Eindruck. Von allen Seiten wurde anerkannt, daß sofort etwas unternommen werden müsse, um die Brotversorgung für die minderbemittelte Bevölkerung in den nächsten Wochen zu sichern. Es wurden mehrere Wege vorgeschlagen, u. a. auch der durch Ueberweisung von Zuschußunterstützungen an die Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsveteranen, Erwerbslosen usw. die Verbilligung des Brotes zu ermöglichen. Von sozialdemokratischer Seite wurde bezweifelt, daß sich dieser Plan in den nächsten Tagen durchführen lasse, ohne weite Kreise in Existenzgefahr zu bringen. Vor allem wurde es als unhaltbar bezeichnet, solche Zuschüsse nur den Versorgungsbedürftigen in Orten von 20 000 und mehr Einwohnern zu geben, ohne die zahlreichen Industrieorte in Schlefien, Sachsen usw. einzubeziehen. Eine Entscheidung ist in der Sitzung nicht gefaßt worden. Das Finanz- und Ernährungsministerium wählte vielmehr noch am Sonnabend dem Kabinett Vorschläge machen.

### Die Erwerbslosenunterstützung.

Die Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung betragen für die Woche vom 10. bis 16. Oktober wochentäglich für die Ortsklassen A, B, C und D bzw. E für männliche Personen, wenn sie nicht im Haushalt eines anderen leben, 165, 155, 145 und 135 Millionen Mark. Lebte die unterstützungsberechtigte Person in einem fremden Haushalt, so reduzierten sich die Sätze auf 130, 120, 110 und 100 Millionen Mark. Personen unter 21 Jahren erhalten 100, 90, 80 und 70 Millionen Mark. Für weibliche Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt betragen die Sätze 130, 120, 110 und 100 Millionen Mark; sie verringern sich für Personen ohne eigenen Haushalt auf 110, 100, 90 und 80 Millionen Mark. Die Unterstufungen für weibliche Personen unter 21 Jahren belaufen sich auf 75, 70, 65 und 60 Millionen Mark. Die Familienzuschläge für den Ehegatten wurden auf 60, 55, 50 und 45 Millionen, für Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige auf 50, 45, 40 und 35 Millionen Mark erhöht.

### Rohbach aus der Haft entlassen!

Das Verfahren nicht eingestellt.

Die BS-Korrespondenz teilt aus Leipzig mit: Der Staatsgerichtshof hat am Sonnabend vormittag in nichtöffentlicher Sitzung den Beschluß gefaßt, Oberleutnant a. D. Rohbach aus der Haft zu entlassen. Das Verfahren gegen den früheren Freikorpsführer wegen Gehelmsündelns nimmt unbeschadet dieses Beschlusses seinen Fortgang und dürfte in Kürze abgeschlossen sein, so daß der Termin zur Hauptverhandlung anberaumt werden kann.

Rohbach ist feinerzeit wegen Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutz der Republik verhaftet worden, weil er bewaffnete Turnerschaften, die der Deutschvölkischen Freispartei angegliedert waren, aufgestellt hatte. Die Tatsache, daß das

Die Hirsche schreien! Der König der großen deutschen Wälder, der Hirsch, ist wieder in der Brunst. Friedlich ist's im Walde. Der Jäger lauscht im Hochsil. Es röhrt im Holz; dann — ein Schrei, ein Brüllen — der Edelring des Rotwildes, überschäumender Kräfte voll, ruft nach dem, was die Menschen Liebe nennen. Erschauend wirkt die Naturkraft, die sich im Hirschschreien offenbart.

Wenn das Echo am Waldberg eben noch den wilden Schrei eines Hirsches wiederholt, brüllt bereits ein anderer Hirsch, weitere fallen ein, und ein schauerlich-schönes Konzert hebt an. Weit her kommen, selbst bei dieser teuren Zeit, die Städter in die großen Wälder, vor allem in die mitteldeutschen, in denen das Rotwild besonders gehetzt wird; doch nicht immer kommen sie auf ihre Kollen, denn wenn Menschen in der Nähe sind, wird der Hirsch scheu. Ein Belauschen der Liebessäußerung — das geht selbst über die Kräfte eines Hirsches!

In den Morgenstunden findet der Förstermann leicht zu wiederholten Malen Spuren von Kämpfen zwischen Rotwild. Vielfach hört er in der schweigenden Nacht vom Forsthaus aus das Klappern gegen- und ineinanderprallender Gemähe. Der erfahrene Jäger aber, der zufällig Zeuge solcher Kämpfe wird, steht erschauernd abseits, regungslos, gebannt von dem urwüchsigem Schauspiel.

Nach der großen Sonnenfinsternis. Die Nachrichten von Los Angeles, wo sich am 10. September die Astronomen der ganzen Welt zur Beobachtung der Sonnenfinsternis ein Stellbüchlein gegeben haben, lauten recht widersprechend. Während die einen zufriedenstellend scheinen, erklären die anderen, daß sie wegen Nebels keine guten Lichtbilder aufnehmen konnten. Die amerikanischen Institute, die sich an der Beobachtung beteiligten, hatten sogar die Vorlicht gebrauch, sich vorher bei einer Versicherungsgesellschaft gegen das Mißlingen ihrer Photographien einzukaufnen. Die Indiana-Universität hat daraufhin bereits von der Home Insurance Company die Entschädigungssumme von 1500 Dollar ausbezahlt erhalten, eingezahlt hatte sie eine Prämie in Höhe von 150 Dollar. Auch das Swarthmore College erklärt, Anspruch auf Schadenersatz zu erheben, doch steht die Summe noch nicht fest, da dies Institut auf den Grad des Mißlingens abgeschlossen hatte und die Forderungen noch nicht fällig entwickelt sind; in ungünstigsten Falle sind 10 000 Dollar fällig. Es ist immerhin interessant, daß man sich auch gegen mißglückte Sonnenfinsternis versichern kann, ebenso wie gegen Eisenbahnunfälle und dergleichen.

Musik. Am dem 1. Sonntag-Konzert des Berliner Sinfonie-Orchesters am 14. Okt., abends 8 Uhr, im Bühnen-Saal, wird Ellen Dvořakovs (Gesang) als Solistin mit. Dirigent: Camillo Giliberti.

Uranis-Vorträge. Der Reisende Dr. Gendel-Mazzetti bricht am 18., 19., 20. Oktober, 6 Uhr, über „Naturbilder aus China“. Am 18. Oktober beginnt Joh. Schlaß eine Vortragsreihe bis einsch. 21. Okt. um 6 Uhr über seine geozentrische Theorie und deren Folgerungen.

Die Vorträge in den Staatlichen Museen durch Direktorialbeamtet beginnen Sonntag, den 14. Oktober. Am Kaiser-Friedrich-Museum führt Dr. Obeloh in der vorderen Abteilung um 11 Uhr und in der Sammlung für Deutsche Volkskunde (Ritterstr. 30) Prof. Brunner um 9 1/2 Uhr.

weitere Schicksal des Prozesses von der Aussage des Generals v. Seekt abhängig gemacht wurde, bedeutete offenbar, daß — nach dem Standpunkt der Angeklagten — gewisse Behörden von diesem Verstoß wußten. Auch der Umstand, daß General v. Seekt monatelang die Erlaubnis, auszusagen, von seiner vorgelegten Behörde Dr. Gehler nicht erhielt, müßte den Eindruck erwecken, als ob dieser Standpunkt der Verteidigung nicht ganz unbegründet wäre. Das hätte an sich bei der tollen Wirtshaft der Aera Cuno nicht einmal überraschen können, zumal der Rüstinger Botschafter einigermassen in diese dunklen Mächenschaften gebracht hat.

Nun erhielt plötzlich General v. Seekt — eben im Anschluß an die Erörterung der Rüstinger Angelegenheit im Reichstage — die Erlaubnis, auszusagen. Da wäre es doch selbstverständlich, daß man zunächst das Ergebnis dieser Aussage abwartete, ehe man über die Haftbeschwerden entschied. Aber umgekehrt: unmittelbar vor dieser Aussage wird Rohbach wieder auf freien Fuß gesetzt!

Nun wird versichert: Das Verfahren nimmt seinen Fortgang und wird sogar in kürzester Zeit zur Hauptverhandlung vor dem Staatsgerichtshof führen. Nach dem bestimmten Dementi, das Dr. Gehler im Reichstage gewissen Andeutungen des Herrn v. Graefe entgegensetzte, ist das eine Selbstverständlichkeit. Dann muß man erst recht fragen: Warum diese Haftentlassung?

Entweder war Rohbach durch gewisse Behörden strafrechtlich gedeckt, dann wäre es Ehrenpflicht dieser Behörden gewesen, ihn nicht schuldlos sieben Monate in Haft sitzen zu lassen. Dann aber gehören ganz andere Leute vor den Staatsgerichtshof.

Oder er war nicht gedeckt, dann hätte er nicht entlassen werden dürfen, besonders nicht kurz vor der Hauptverhandlung.

### Ausnahmezustand gegen Arbeiter.

In Sachsen sind die proletarischen Hundertschaften verboten. In Bayern bleibt die Reaktion bewaffnet. Unter diesen Umständen ist der Ausnahmezustand unhaltbar!

### Streikverbot für Mecklenburg-Strelitz.

Der Wehrkreisbefehl für den 2. Wehrkreis, General von Tschischwitz in Stettin hat für den freistaat Mecklenburg-Strelitz auf Antrag des deutschnationalen Ministerpräsidenten eine Verordnung erlassen, monach sämtliche landwirtschaftlichen Betriebe für lebenswichtige Betriebe erklärt und Streik oder Arbeitsverweigerung von Arbeitern oder Angestellten mit Gefängnis bestraft werden. Jede öffentliche Auforderung zum Streik wird ebenfalls unter Strafe gestellt. Jeder Arbeiter, der nicht durch Krankheit entschuldigt ist, hat zur Arbeit zu erscheinen. Falls er krank ist, hat er binnen zwei Stunden ein ärztliches Zeugnis darüber zu beschaffen.

# Ein Briefwechsel Stinnes-Stressemann

Nachdem die Verhandlungen der Schwerindustriellen mit Degoutte in den letzten Tagen in der gesamten Presse und auch im Reichstage ausführlich behandelt worden sind, wird jetzt der Wortlaut des Briefes, den Stinnes an den Reichskanzler richtete, und gleichzeitig die Antwort Stressemanns bekanntgegeben. Der Inhalt des Stinnes-Schreibens ist im Wesentlichen bereits bekannt. Aus dem vorliegenden Wortlaut ist jedoch festzustellen, daß es sich nicht um „ultimative Forderungen“ handelt, wie durch die ersten Veröffentlichungen angedeutet wurde, sondern um das Ersuchen, bis „Dienstag nachmittag die grundsätzliche Entscheidung der deutschen Regierung darüber zu erhalten, ob die Regierung bei den mit Frankreich zu führenden Verhandlungen selbst etwa durch sofortige Aufnahme der Verhandlungen mit der Reparationskommission die notwendigen Vereinbarungen für die westlichen Gebiete mit Frankreich treffen will, oder ob sie es den Vertretern der westlichen Gebiete, insbesondere denen der rheinisch-westfälischen Kohlenindustrie überlassen will, einen modus vivendi mit den Besatzungsmächten zu treffen, um die Ernährung der Bevölkerung und den Bestand der Werke nach Möglichkeit zu sichern.“

Die in dem Schreiben zur Beantwortung unterbreiteten Fragen sind gleichfalls, wenn auch im Auszuge, richtig wiedergegeben worden. Die am meisten aufrüttelnde Forderung wegen der Arbeitszeit hat nach dem Briefe diese Fassung:

Können wir auf die wohlwollende Unterstützung der Regierung rechnen bei

- a) der Durchführung der Arbeitszeitverlängerung auf 8 1/2 Stunden im besetzten und unbesetzten Gebiet,
- b) der sofortigen Beseitigung der Demobilisationsbestimmungen und der Bestimmungen, die aus Anlaß der Besetzung des Ruhrgebiets bezüglich der Kündigung von Arbeitern und Angestellten getroffen sind.

Der Unterschied zwischen den ersten Veröffentlichungen und dem Wortlaut der Fragestellung ist also der, daß von einer zehnstündigen Arbeitszeit über Tage nicht die Rede ist. Dagegen wird verlangt, daß auch die Bestimmungen aufgehoben werden sollen, die den Arbeitern und Angestellten des Ruhrgebiets ihre Stellungen sichern sollten, die durch den passiven Widerstand und die Ausweisungspraxis der Franzosen ihnen verloren gegangen waren.

Auf diesen Brief ist folgende Antwort des Herrn Reichskanzlers eingegangen:

Der Reichskanzler. Berlin, den 12. Oktober 1923. Rk. 11 133.

Sehr geehrter Herr Stinnes!  
Auf Ihre Schreiben vom 7. Oktober erwidere ich Ihnen gleichzeitig im Namen der Reichsregierung folgendes:

Wie Sie wissen, war für die Aufgabe des passiven Widerstandes ausschlaggebend die finanzielle Rattlage des Reiches, die eine Weiterführung der reichsseitigen Finanzierung auch nur für eine kurze Zeit unmöglich machte. Diese finanzielle Lage diktiert uns auch jetzt unangenehm den Weg unserer Entscheidung. Die Reichsregierung hat aus ihrem dringenden Wunsch, in möglichstem Umfang der Wirtschaft des besetzten Gebietes die durch den von ganz Deutschland geführten Widerstand ihm entstehenden Schwierigkeiten zu erleichtern, für eine Uebergangszeit nach die Ihnen bekannten und endgültig begrenzten Kredit und Zuschüsse auf das Reich genommen, trotzdem sie die finanziellen Verhältnisse des Reiches auf das schwerste erschüttern. Darüber hinaus etwas zu leisten, ist leider völlig unmöglich. Wir kämpfen jetzt um die nackte Existenz des deutschen Volkes und müssen diesem Gesichtspunkte alles andere unterordnen.

Aus diesem Grunde ist es uns auch nicht möglich, die Lieferungen für Reparationskosten wie bisher zu finanzieren. Durch das bisherige Mittel der Notenausgabe kann die Finanzierung nicht erfolgen. Die

Zum Schluß droht der General die Einführung außerordentlicher Gerichte an, für den Fall, daß seinem Verbot zumidergehandelt würde!

Die Dinge sind großartig: Rohbach wird freigelassen, aber die Landarbeiter werden der Willkür der deutschnationalen Gutsbesitzer ausgeliefert. Dafür aber haben die städtischen Arbeitermassen weder Kartoffeln noch Brot! Sie können nach Westarp bei vollen Steuern verhungern!

### Hungerkrawalle in ganz Deutschland.

Essen, 13. Oktober. (WZ.) In einzelnen Städten des Ruhrgebiets ist es im Laufe des heutigen Tages zu Plünderungen und Demonstrationen gekommen. Geschäfte, Wochenmärkte und Kartoffel- bzw. Gemüsesfelder wurden geplündert.

Düsseldorf, 13. Oktober. (WZ.) Die Plünderungen von gestern abend, deren Folgen noch nicht zu übersehen sind, nehmen heute ihren Fortgang. So wurde heute morgen auf der Ellerstraße ein Lebensmittelgeschäft, das geöffnet war, vollständig ausgeräumt. In verschiedenen anderen Geschäften ereigneten sich ähnliche Vorgänge. Am Boringgerplatz wandten sich einige Geschäftsleute um Hilfe an französische Patrouillen, die einige Personen abführten. Auch in anderen Stadtteilen finden fortgesetzt Menschenansammlungen statt.

Auch aus zahlreichen anderen Orten wie Belsenkirchen, Benrath, Kreuznach, Frankfurt a. M., Leipzig und Hannover werden Teuerungsunruhen gemeldet, die unblutig verliefen.

### Die „Deutsche Zeitung“ freigegeben.

Der Reichswehrminister hat nach dem ihm von dem Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“ gegebenen Zusicherungen das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ von heute ab wieder gestattet.

### Eisenbahnregie im besetzten Gebiet.

Der Reichsverkehrsminister hat die Eisenbahner des besetzten Gebietes angeht die Bedrängnis angewiesen, die Arbeit am Mittwoch, den 17. Oktober, aufzunehmen. Wegen die Abweisung des geforderten Dienstfeldes sei nichts mehr einzuwenden, nachdem die Direktion der Regie offiziell erklärt hat, daß der Eid keine politische Bedeutung habe. Die Abgabe des Eides könne aber die gegen das Reich bestehenden und weiter bestehenden Treupflichten nicht aufheben. Namens der Reichsregierung stellt der Verkehrsminister dabei fest, daß die Regierung die Regie als eine nur vorübergehende Verwaltung ansehen kann, und daß der gegenwärtige Betrieb durch die Regie die Rechte des Deutschen Reiches an den besetzten Bahnen nicht berührt.

Frage, ob Deutschland eine internationale Anleihe erhalten kann, ist bisher völlig ungeklärt. Die Markentwertung schreitet in rasendem Tempo weiter. Wir haben die Verordnung vom 13. Januar über das Reparationslieferungsverbot aufgehoben und dadurch unsere grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt, Reparationslieferungen dann wieder aufzunehmen, wenn die finanzielle Lage des Reiches es gestattet. Gegenwärtig kann von einer solchen Möglichkeit nicht gesprochen werden. Die Reichsregierung kann deshalb Ihnen und Ihren Freunden gegenüber weder eine Garantie für die Zahlung der Reparationskosten noch für einen Erlass der beschlagnahmten Kohle, noch einen Erlass für die Kohlensteuerbeträge übernehmen.

Dagegen hat sich die Reichsregierung schon vor Aufgabe des passiven Widerstandes mit der Frage beschäftigt, ob nicht die allgemeine Wirtschaftslage eine Aufhebung der Kohlensteuer notwendig macht. Die Kohlenpreise sind die Grundlage für die gesamte Entwicklung der Wirtschaft. Ihre Senkung sowohl für industrielle Bedürfnisse wie für den Bedarf des Hausstands ist eine Notwendigkeit. Daher hat sich die Reichsregierung nunmehr zur Aufhebung der Kohlensteuer entschlossen, sie aber abhängig gemacht wird von der Senkung der Kohlenpreise in der Ihnen bekannten Art und Ausdehnung.

Die Situation, die sich bei der Neuordnung für die Zechen im besetzten Gebiet ergibt, veranlaßt die Reichsregierung, sich mit einer weitgehenden Freiheit der Unternehmungen einverstanden zu erklären. Um den Zechen die Möglichkeit zu geben, über die von ihnen leitens der Besatzungsmächte angeforderten Brennstofflieferungsverträge abzuschließen, ist die deutsche Regierung damit einverstanden, daß das Kohlenförderer die hierfür erforderlichen Mengen freistellt. Auch der Kohlenkommissar wird in solche Lieferungen nicht eingreifen. Bei der Behandlung der Frage, in welchem Umfang die Kohlen im besetzten Gebiet hinübergehen, ist zu vermeiden, daß durch etwaige Abmachungen Bindungen für die Regierung entstehen. Die grundsätzliche Behandlung der Frage muß Gegenstand späterer Verhandlungen zwischen den Regierungen bleiben. Es kann der Reichsregierung nicht zugemutet werden, sich mit noch zu treffenden Verfügungen der Besatzungsmächte einverstanden zu erklären, ohne dabei selbst mitzuwirken. Da Verhandlungen zwischen den Regierungen über diese Fragen gegenwärtig nicht stattfinden, so ist die Reichsregierung damit einverstanden, daß die wirtschaftlichen Organisationen ihrerseits Verhandlungen wegen der Wiederingangnahme der Wirtschaft führen und damit ihre Vertrauensmänner beauftragen. Die Regierung muß ihrerseits jedoch unbedingt Gewicht darauf legen, daß hierbei keinerlei Verhandlungen oder Vereinbarungen über Fragen getroffen werden können, die staatliche Rechte, insbesondere Hoheitsrechte, betreffen. Es ist selbstverständlich, daß nach Aufgabe des passiven Widerstandes die Regiebahnen durch die Industrie benutzt werden können; ebenso selbstverständlich ist es aber, daß sich aus der Tatsache des Reichseigentums an den Bahnen ergibt, daß seitens der Vertreter wirtschaftlicher Organisationen keine Erklärungen abgegeben werden, die eine Auslegung dahin zulassen, daß die Wirtschaft sich an einer Wegnahme dieser Vermögensgegenstände des Reiches beteiligen könnte.

Was endlich die Regelung der Arbeitszeit betrifft, gelten hierfür lediglich die gesetzlichen Bestimmungen des Reiches. Doch eine gesetzliche Neuregelung der Arbeitszeit in aller nächster Zeit geplant ist, darf als bekannt vorausgesetzt werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Ihr sehr ergebener  
gez. Stressemann.

Die Antwort des Kanzlers, die im Namen der Reichsregierung erfolgte, entspricht der Sachlage. Daß das Reich in der gegenwärtigen Finanzlage den Industriellen nicht alle Lieferungen an Reparationskosten bezahlen kann, wenn es die Zerrüttung der Finanzen nicht noch weiter treiben will, liegt auf der Hand. Deutlicher hätte die Antwort sein können, soweit die letzte Frage der Stinnesleute in Betracht kommt. Aber auch in ihrer knappen Formulierung kann die Antwort nicht gut als Zusage einer „wohlwollenden Unterstützung“ aufgefaßt werden.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die Neuregelung der Arbeitszeit.

Das Reichsarbeitsministerium schreibt uns: Die Rettung Deutschlands vor dem völligen Untergang erfordert schnellste Durchführung währungs-, finanz- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Auf allen diesen Gebieten soll gleichzeitig gehandelt werden. Eine Verordnung über die Steuerentrichtung von Gold ist bereits erschienen. In den allerersten Tagen wird sich die Reichsregierung mit einschneidenden Maßnahmen gegen die Preiskonventionen und Preistreiberen der Kartelle wenden. Auch von der Seite der Arbeitsleistung sind Opfer zur Rettung des Volkes vor Hunger und Elend unvermeidlich. Die rechtlichen Voraussetzungen dazu soll der Reichstag in der nunmehr beginnenden Woche schaffen. Zu dem Ende hat die Reichsregierung im Reichsrat und Reichstag den Entwurf eines vorläufigen Gesetzes über die Arbeitszeit vorgelegt.

Der Entwurf beruht auf Abmachungen der Koalitionsparteien, die am 5. Oktober getroffen wurden. Diese Abmachungen erkennen die dringende Notwendigkeit einer Steigerung der Gütererzeugung an. Sie soll erreicht werden durch „restlose Ausnutzung technischer Fortschritte, durch organisatorische Verbesserungen unserer Wirtschaft und durch emsige Arbeit jedes einzelnen“. Daneben wird in der Entschließung der Parteien die „Neuregelung der Arbeitszeitgesetze“ verlangt. Sie soll sich vollziehen „unter grundsätzlicher Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitstag“. Gleichzeitig aber soll die „Möglichkeit der tariflichen oder gesetzlichen Uebererschreitung der jetzigen Arbeitszeit im Interesse einer volkswirtschaftlich notwendigen Steigerung und Verbilligung der Produktion vorgeesehen werden. Für die öffentlichen Verwaltungen sollen ähnliche Grundzüge zur Anwendung gelangen. So der Beschluß der Parteien. Nach diesen Normen ist die Regierungsvorlage ausgearbeitet und vom Kabinett verabschiedet worden.

Die Vorlage knüpft an die Verordnung vom 23. November 1918 an und stellt im § 1 den Grundtag des Achtstundentages und der 48-Stunden-Woche voran. Dieser Grundtag erleiht Einschränkungen bei Notfällen (Ziffer VI der Verordnung vom 23. November 1918 und § 3 der neuen Vorlage); ferner bei unvermeidlichen Vorbereitungs- und Abschlußarbeiten zur Bewahrung und Inangriffnahme von Betriebsanlagen, zur Beaufsichtigung usw. (§ 4). Ferner soll den Arbeitgebern zwecks Anpassung an die Konjunktur die Möglichkeit gegeben werden, an einer beschränkten Zahl von Tagen Mehrarbeit leisten zu lassen (§ 3).

Eine weitgehende Uebereinstimmung bestand auch schon lange darüber, daß für den Fall „erheblicher Arbeitsbereitschaft“ eine längere als achtstündige Arbeitszeit vorsehen werden müsse. Diesem Erfordernis trägt der Entwurf im § 2 Rechnung. Formliche Ausnahmen vom achtstündigen Arbeitstag sind in der Vorlage auf zweifadem Wege vorgesehen:

1. Durch Tarifvertrag (§ 5). Dazu hatten sich bei den bisherigen Beratungen der Arbeitszeitfrage im Reichswirtschaftsrat die Arbeitnehmer einhellig bereitgefunden. Für den Fall, daß es zu solchen tariflichen Abmachungen aus irgendwelchen Gründen und Umständen nicht kommt, daß aber auf der anderen Seite eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit zur Leistung der Mehrarbeit besteht, sieht die Vorlage

2. auch Ausnahmen durch behördliche Maßnahmen vor (§ 6). Sowohl gegenüber den tariflichen wie den behördlichen Ausnahmen zieht die Vorlage aus Rücksicht auf Gesundheit und Leben der Arbeiter, sowie auf die Schwere der Arbeitsleistung klare Grenzen (§ 7 bis 9). Für den Bergbau unter Tage, sowie für alle Arbeiter, die in außergewöhnlichen Grade der Einwirkung von Hitze, giftigen Stoffen, Staub u. dgl. ausgesetzt sind, muß am Achtstundentag festgehalten werden. Hier ist höchstens vorübergehende Ueberarbeit in dringenden Fällen erträglich. Für den Bergbau sind an besonders schwierigen Betriebspunkten noch weitere Verfürzungen vorgehen (§ 8). Endlich sind, abgesehen von der Arbeiterschaft, für alle Ausnahmen, sowohl auf tariflichem wie auf behördlichem Wege, zehn Stunden als Höchstgrenze einschließlich Mehrarbeit bestimmt (§ 9).

Für Betriebe der Körperschaften des öffentlichen Rechts steht die Ausübung der den Behörden übertragenen Befugnisse der vorgelegten Dienstbehörde zu (§ 13).

Es wird nunmehr Aufgabe des Reichstages sein, diese Vorlage baldmöglichst zu verabschieden. Was auf diesem Wege von der Arbeiterschaft an Mehrleistung gefordert wird, soll den breiten Volksmassen wieder zugute kommen. Mehrarbeit soll den Güternarrat vermehren, die Waren verbilligen, die Konsummöglichkeiten steigern und dadurch letzten Endes auch die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Soweit die Zuschrift. Wir behalten uns eine Besprechung des

Gesetzentwurfs vor, sobald er uns im Wortlaut vorliegt. Die Inhaltsangabe des Reichsarbeitsministeriums läßt den Entwurf, der allerdings der Zustimmung des Reichstages bedarf, in einzelnen Punkten nicht unbedenklich erscheinen. Wir denken dabei insbesondere an das einseitige, wenn auch zeitlich begrenzte Verfügungsrecht des Unternehmers, die Arbeitszeit zu verlängern, sowie an die Bestimmungen bezüglich der Arbeitsbereitschaft. Es ist auf jeden Fall daran festzuhalten, daß die Vertretung der Arbeiterschaft ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Denn schließlich hat die Arbeiterschaft die Mehrarbeit zu leisten. Auf welchem Wege der Ertrag der Mehrarbeit den breiten Volksmassen wieder zugute kommen soll, geht aus der Zuschrift nicht hervor.

### Mitglieder der erweiterten Ortsverwaltungen aller freigewerkschaftlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Organisationen Groß-Berlins!

Mittwoch, den 17. Oktober, abends 7 Uhr, im Saalbau Friedrichshagen:

## Gemeinsame Konferenz

Tagesordnung:

### Der brutale Vorkauf der Kapitalisten und die Gewerkschaften. Referent: Ein Vorstandsmitglied des ADGB.

Die wichtige Tagesordnung in so ernster Situation macht die Anwesenheit sämtlicher Ortsverwaltungsmitglieder zur dringlichsten Pflicht. — Verbandsbuch und Legitimation, aus der oben bezeichnete Funktion hervorgeht, berechnen zum Eintritt.

Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins u. Umgegend. **Sabath.**

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Berlin. **Flatau. Wewjow.**  
Allgem. Deutscher Beamtenbund, Ortsausschuß Groß-Berlin. **Köpfe.**

### Angestelltenarbitrage der Berliner Metallindustrie.

Zwischen dem BMMV. und den Metall-Gewerkschaften ist folgende Vereinbarung getroffen worden: Am Dienstag, den 16. Oktober, spätestens am Mittwoch, den 17. Oktober, erhalten die Tarifangestellten, soweit technisch möglich und die notwendigen Zahlungsmittel vorhanden, eine weitere Vorschlagszahlung in Höhe des sechsfachen September-Brutto-Einkommens, aufgerundet auf volle 100 Millionen Mark. Kurzarbeitende Angestellte mit entsprechend verkürztem Gehalt erhalten einen entsprechend gekürzten Vorschlag. Soweit Firmen zu früherer Auszahlung in der Lage sind, steht dem nichts im Wege.

Verhandlungen über eine weitere Kontozahlung finden am Dienstag, den 16. Oktober, nachmittags, statt.

Metall-Kartell: Günther, Kasper, Rothe.

### Angestelltenarbitrage in der chemischen Industrie.

Am Sonnabend, den 13. Oktober, fanden Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie, Sektion 1a, statt. Die Arbeitgeber hatten sich in ihrem Einladungsschreiben bereit erklärt, mit den Angestelltenorganisationen über Zahlung von Wochengehältern zu verhandeln. Sie boten für die Zeit vom 1. bis 13. Oktober ein fünfaches Septembergehalt als endgültige Zahlung an und erklärten sich bereit, für den Fall, daß der Dollar am Dienstag der kommenden Woche auf 6 Milliarden oder darüber stehen sollte, am Donnerstag 2½ Septembergehälter als weiteren Vorschlag für die dritte Woche zahlen zu wollen. Trotz eindringlicher Begründung durch die Angestelltenvertreter lehnten sie es ab, ein höheres Angebot zu machen. Nach eingehender Beratung mit der Tarifkommission erklärten die Vertreter des Metall-Bundes und des GMA., daß sie den Vorschlag der Arbeitgeber nicht annehmen könnten, während der Vertreter des GMA. sagte, er würde am Sonnabend den zusammenkommenden Funktionären das Angebot unterbreiten.

In der Verhandlung hatten die Arbeitgeber ausgesprochen, daß sie, falls die Angestelltenvertreter ihr Angebot ablehnen, keine Gehaltsvorschläge anweisen würden. Als das Angebot nun von den Angestelltenvertretern abgelehnt wurde, erklärte der Vorsitzende der Arbeitgeber: „So, wenn Sie also das nicht nehmen, dann gibt es gar nichts!“ Die Folgen eines derartig unnachgiebigen Verhaltens müssen sich die Unternehmer selbst zuschreiben. Alle Metall-Funktionäre der chemischen Industrie müssen zu der Funktionärversammlung am Montag erscheinen.

### Achtung, Konditoreipersonal.

Die Verhandlungen über die Festsetzung der Löhne für die Woche vom 8. bis 13. Oktober 1923 sind gescheitert. Die Arbeitgeber boten eine 100prozentige Erhöhung der Löhne der Woche an, trotzdem die Teuerung um mindestens mehr als 300

Prozent zugenommen hat und sie in derselben Zeit die Preise um 1200 bis 1500 Proz. gesteigert haben.

Als wir dieses Angebot ablehnten, erklärten die Arbeitgeber, die Löhne nunmehr nur um 50 Proz. erhöhen zu wollen. Damit sollen die Arbeitnehmer gegen ihre Organisation aufgepuscht werden, weil sie das Angebot der Arbeitgeber ablehnten.

Kolleginnen und Kollegen! Ihr seht, was euch blüht, die Arbeitgeber zahlen euch einen Wochenlohn von 40 bis 70 Goldpfennigen. Die Organisation wird an anderen Stellen den Herren Logreifflich machen, welche Löhne notwendig sind.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren.

### An die Betriebsräte der Metallindustrie!

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes teilt mit:

Wir gelangten in den Besitz eines Rundschreibens, unterzeichnet: „Der provisorische Aktionsausschuß der Betriebsräte des 1. Bezirks.“ Diese Rundschreiben werden in unseren Verbandskartons verschickt.

Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, daß mit diesen Verbandskartons Mißbrauch getrieben wurde, um den Eindruck zu erwecken, als wären unsere Organisation mit diesem Gebilde etwas zu tun hätte.

Unsere Organisation wird gegen diejenigen Kollegen, die mit Verbandsmaterial Mißbrauch treiben, vorgehen. Den Empfängern diene zur Kenntnis, daß unsere Organisation derartigen Veranstaltungen gegenüber fernsteht.

Der Lohn für das Malergewerbe beträgt für die Woche vom 12. bis 18. Oktober 130 Millionen Mark pro Stunde.

Neue Buchbinderlöhne. Für die Kartonnagenindustrie sind bekanntlich tariflich für die männlichen Arbeiter 185 Millionen, für die weiblichen Arbeiterinnen 105 Millionen, für die in den Apibetrieben beschäftigten männlichen Buchbinder 165 Millionen, für Arbeiterinnen 103 Millionen vereinbart. Auf diese Löhne erhalten die in den Kartonnagenbetrieben Beschäftigten spätestens am Dienstag eine Abschlagszahlung von ¼ der Gesamtwochensumme, die in den Buchbinderbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer ebenfalls spätestens am Dienstag das 1½fache des Wochenlohnes der Woche vom 4. bis 10. Oktober. Tarife sind ab Montag im Bureau erhältlich. Die Ortsverwaltung.

Für sämtliche Angestellte im Wagen- und Karosseriebau wird das Gehalt für die Woche vom 6. bis 13. Oktober um 200 Proz. gegenüber der Vorwoche erhöht.

Angestellte der Chirurgiemechanik. Spätestens bis Dienstag haben die Angestellten der Berliner Chirurgiemechanik sechs weitere Brutto-Septembergehälter als Vorschlag auf das noch endgültig zu regelnde Oktobergehalt zu bekommen. Weiter weitere Vorschläge wird der Zentralverband der Angestellten am Dienstag vorhandeln und schnellstens über das Ergebnis an dieser Stelle Bericht erstatten.

Lohnvereinbarung für die Chirurgie-Mechanik. Für die Zeit vom 8. bis 14. Oktober werden die Löhne und Akkordlohn um 302½ Proz. gegenüber der Vorwoche erhöht. Die Tarife werden ab Montag, nachmittags 3 Uhr, im Verbandshaus, Abteilung Leipzig, ausgegeben. Nähere Auskunft in der fälligen Vertrauensmännerversammlung am Donnerstag.

Buchbinder! Die Offiziere der Buchbinderbetriebe werden zum Mittwoch, den 17. Oktober, nachmittags 4 Uhr, bei Hennig, Alexanderstraße 4, zu einer Besprechung hierdurch eingeladen. Der Gewerkschafts-

Achtung, Eisenbahner! Montag abends 6½ Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine Sitzung aller im Deutschen Eisenbahnerverband organisierten Funktionäre der BSBV. statt.

In Anbetracht der gegenwärtigen Situation sind sämtliche Mitglieder des erweiterten Betriebsausschusses verpflichtet, teilhaft zu erscheinen. Der Betriebsausschuß der BSBV-Eisenbahner.

Kabelwerk Oberpreß und Transformatorfabrik AG. Profilschneidung aller Größen und Genormen, bis der BSBV. angehören, am Montag nachmittags 4 Uhr im Scheinraum (Schule Köpenicker- und Schulstraße 66). Einlass ist unbedingt notwendig.

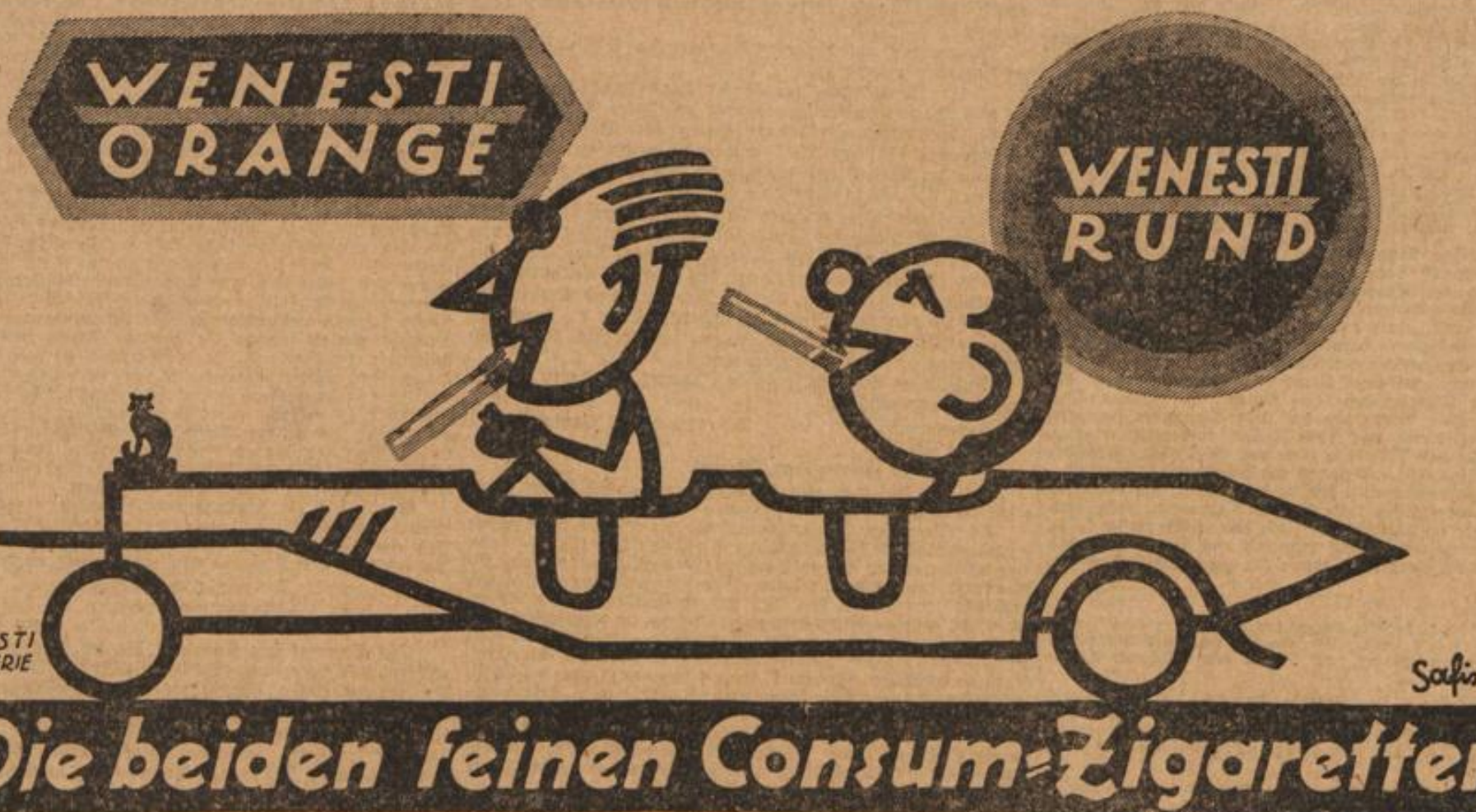
Mit u. Ernst, Schöneberg. Montag nachmittags 4 Uhr im Saal von Stuhlmann, Tempelhofer Parkstraße 20. Versammlung aller auf dem Boden der BSBV. stehenden Kolleginnen und Kollegen. Erhalten ist Willst.

Chemische Industrie, Metall-Funktionäre. Versammlung Montag abends 7¼ Uhr im Verbandshaus des BMMV. Belle-Alliance-Straße 7-10. Bericht-erstattung über die Tarifverhandlungen.

Achtung, Zimmerer! Alle Vertrauensleute und Betriebsräte werden hiermit ersucht, alle Kollegen, welche im Zentralverband der Zimmerer organisiert sind, zu einer am Dienstag, den 16. d. M., abends 7 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses stattfindenden wichtigen Vertrauensversammlung einzuladen.

Deutscher Holzarbeiterverband. Jubiläumstag. Die Vertrauensversammlung findet nicht Mittwoch, sondern Donnerstag 5 Uhr bei Schilling, Rungestraße 30, statt. — Wächterstraße 30. — Maschinenarbeiter. Alle Kollegen, die sich zur Teilnahme an den Jahrestagen in der Schule Strahmannstraße 6 gemeldet haben, werden zum Eröffnungsabend am Dienstag nachmittags 5½ Uhr hiermit eingeladen.

Verantwortlich für Politik: Gust Reuter; Wirtschaft: Natur Caterina; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Funktionäre: Dr. John Schifano; Lokales und Sonstiges: Erik Kuschel; Anzeigen: E. Glaser; Druck: Zentral-Verlag Berlin; Verlag: Fortwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, Straß 2 Berlin.



WENESTI SPORT-SERIE Nr. 2

Safis 92

Die beiden feinen Consum-Zigaretten



# Wo uns der Schuh drückt!

## Welches sind Deine Sorgen in dieser Notzeit?

Das ist eine dumme Frage in einer Zeit, wo man sich um drückende Schuhe nicht viel zu kümmern pflegt. Einmal sind viele froh, daß sie überhaupt Schuhe haben und wenn sie drücken, so muß das, wie soviel anderes Drückendes, eben mit in Kauf genommen werden. Man achtet der kleinen Schmerzen nicht und nimmt sie fast gleichmütig so hin. Unbewußt aber schafft dieser Dauerzustand ein Unbehagen, denn es sind ja gerade die kleinen Vielfältigkeiten der Not, die Radeistücke des verheerenden Schicksals, die die Stimmung zur Verzweiflung treiben. Man weiß dann nicht mehr die Urgründe, man gibt sich keine Rechenschaft mehr, weil es ein Alltägliches geworden ist. Doch der drückende Schuh ist ja nur ein Gleichnis für die Zeitnot, die gräßlich in jedes Empfinden sich hineinbohrt und qualvollste Stunden schafft. Diese Zeitnot, sie ist zusammengesetzt aus vielhunderterteil; aus einer ganzen Schar von Dämonen, die uns das Leben schwer machen. Der eine leidet seelisch unter den ungeheuren Gegenständen, wie sie im täglichen Leben jedem offenbar werden. Den anderen bedrückt das Hungereleid, die qualende Jagd nach dem Notdürftigsten zur Fröstlung des Lebens. Kurz, jeder sieht die Not von einer anderen Seite an, jeder fühlt sie anders. Auf jeden dringt sie mit einem vielseitig geschliffenen Schwert ein. Der „Vorwärts“ will seine Leser bitten, ihm zu schreiben, worunter sie in dieser Notzeit am meisten leiden. Er will sie bitten, ihm mitzuteilen, auf welche praktische Weise sie sich das eine und das andere gebessert vorstellen. Er will diese Notschreie, die wirkliche Notschreie sein werden, veröffentlicht und verspricht sich davon, wenn auch keine Besserung der Dinge, so doch bei vielen, die kritisch abseits stehen, ein Verständnis für die Räte anderer. Es handelt sich natürlich nicht darum, die kleinsten Vergernisse festzustellen, sondern ein zusammenfassendes Bild des Notzustandes wiederzugeben. Der einzelne soll seine Stimmung, unabhängig von den Widerwärtigkeiten, prüfen, die ihn persönlich betreffen, und dieses gesammelte Bild soll er, so gut oder so schlecht es ihm möglich ist, zu zeichnen versuchen. Wie wir uns das im großen und ganzen vorstellen, dafür möge das Folgende eine kleine Anregung geben:

### Die Lebensmittelpreise.

Die Preise kettern, sie eilen im Geschwindschritt dem Dollar nach. Heute braucht die Hausfrau, wenn sie nur sehr bescheiden einkaufen will, hunderte von Millionen. Müde, abgebeht, gehen die Frauen in die Geschäfte, auf die Märkte und wissen nicht mehr, was sie kaufen sollen und wissen doch, daß morgen alles noch viel, viel teurer ist. Fast zu jedem Einkauf gehört ein schwerer Einkaufsbesuch mit einem Markt. Da sind die Fleischbuden, Geflügelfleisch kostete 300 bis 400 Millionen das Pfund. Wieviele Frauen lesen kopfschüttelnd die Preise und gehen weiter. Bitterkeit steigt in ihnen auf. Und immer wieder sehen sie neue Millionenpreise: Rindertalg das Pfund 900 Millionen, Rohlshmalz 900 Millionen, 1 Pfund Zwiebeln 40 Millionen, 1 Pfund Tomaten ebenfalls, Margarine bis 1 Milliarde das Pfund. Was soll da eine Frau kaufen, deren Mann Kurzarbeiter oder völlig arbeitslos ist? Wagt doch kaum die Frau etwas zu ersehen, deren Mann noch voll beschäftigt ist. Oder man erlebt es, daß die Frauen alles mögliche zusammenkaufen, nur um das Geld, das sie heute noch haben, nicht völlig entwerfen zu lassen, denn sie wissen, daß noch vor einer Woche alles um die Hälfte billiger war. Preise, Preise und immer wieder Preise machen die Frauen weh. Sie empfinden alles als Wucher, sie fühlen sich ausgeraubt und betrogen. „Ja“, sagt eine, „gegen die Arbeiter, da kann die Regierung vorgehen, aber gegen den Wucher ist sie machtlos.“ Ein Schupmann tritt an einen Obsthändler heran, der 24 Millionen für 1 Pfund unreifer Pflaumen verlangt und 60 Millionen für ein Pfund Kefel: „Kendern Sie Ihre Preise“, sagt er, „die Wucherpolizei kommt gleich; das ist zu

hoch, was Sie da fordern!“ „Ich habe so teuer eingekauft“, antwortet der Händler, „und Geld gebe ich nicht zu.“ Im Augenblick ist der Stand umlagert, und alle sind sie verblüht: der Schupmann, der Händler, und vor allem die Käufer. So geht das jetzt jeden Tag; das Leben wird den Frauen zur Last. Es wird unerträglich, wenn sie daheim etwa noch von ihrem Mann Vorwürfe empfangen, statt verständnisvolles Entgegenkommen. Dann ist das Leben trübe und traurig, und dann wird jene Stimmung erzeugt, der ein schnelles Ende als erstrebenswertere Lösung allen Elends erscheint.

### Das Wohnungselend.

Zu den Sorgen, die die Ernährung verurteilt, gesellen sich die zahllosen Sorgen, die oft unsagbare Verzerrungen hervorrufen, die bis zur heftigsten Feindschaft ausarten, die durch die Wohnungsnot entstehen. Da ist ein Großstadthaus, in dem so ziemlich alles da zufällig ist. In der einen Wohnung droht der Ofen einzustürzen, in der anderen verkaufen die Fensterrahmen, die Rücken sind an Rührerhöhlen geworden; der Fuß fällt von der Decke ins Essen, an den Wänden hängt er in Fetzen. In den Stuben lösen sich vielfach die Tapeten, die Farbe der Fußböden müßte erneuert werden. Mit Grauen denken viele an ihr „Heim“, das sie nicht mehr beleuchten können, jetzt, wo die langen Winterabende kommen, das sie nicht mehr erwärmen können, während sie früher beim traulichen Kaminfeuer im mäßig durchwärmten Zimmer so manche schöne Stunde nach dem aufreibenden Schaffen des Tages verbringen konnten. Plötzlich geht ein Raunen durch das Haus; die Familie I. hat sich den Ofen gründlich machen lassen. „Na ja, die stehen gut mit dem Berwaller!“ Feindschaft sprang auf, man kennt sich nicht mehr. Eine Mietergemeinschaft wird einberufen. Man erhebt die schärfsten Vorwürfe, alle wollen sie ihre Ofen gemacht haben; überhaupt alles ist zu machen. Es stellt sich heraus, daß Familie I. die Ofenreparatur selbst bezahlt hat. Sie hatte es fast, für den Schornstein zu bezahlen. Die Erregung legt sich zwar etwas, aber aus dem Haß ist Leid geworden. „Die haben den richtigen Zeitpunkt erfaßt“, heißt es, „jetzt können wir es nicht mehr, bei dem Dollarkurs.“ Wieviel Streit entsteht bei den Mietern, die ihre verheirateten Kinder bei sich beherbergen, die bei dem Wohnungsmangel kein eigenes Heim gründen konnten. Nach der Hochzeit ist zwar meistens alles eitel Sonne und Luft. Mutter holt noch für die vergröberte Familie ein, sie kauft für alle, alle essen am gemeinsamen Tisch. Bei vielen hat sich das Bild schon nach kurzer Zeit verschoben. Da mäht der Schwiegerknecht und die Tochter an diesem oder jenem. Die Eltern verstehen die Jungen nicht, und die Jungen nicht die Eltern. Aus der Luft ist Leid geworden, und jeder denkt: wenn wir doch unsere eigene Wohnung hätten, oder: wenn wir uns doch nicht verheiratet hätten. Es gibt allerdings auch glückliche Ausnahmen, allein sie sind mit der Kakerlake zu suchen. Das ist so eine kleine, winzige Menge der Sorgen, die nur aus den traurigen Wohnungsverhältnissen entstehen; jeder einzelne vermag sie beliebig zu vermehren, jeder hat seine eigenen Erfahrungen.

### Ohne Arbeit.

Dennoch sind alle glücklich zu preisen, die eine Wohnung haben und sie bezahlen können, weil sie noch Arbeit haben. Wer einen unserer Arbeitsbrüder fragt, der schon längere Zeit arbeitslos ist, der wird erfahren, daß sie bald nicht mehr wissen, wo ihnen der Schuh drückt; er drückt eben überall. Die Erwerbslosenunterstützung, die Herrn Stinnes und seinen Leuten ein Dorn im Auge ist, reicht kaum noch, um ein Brot und etwas „Schmier“ zu kaufen, dann steht solch ein Mensch vor dem Nichts. Manche gehen Kartoffeln huddeln, andere holen unter unsäglichen Entbehrungen etwas Holz und Reisig, andere laufen von Pontius zu Pilatus, um eine Kleinigkeit nebenbei zu verdienen, viele aber erheben sich dumpf, mit bitterem Gröll in den Herzen, von tiefer Verzweiflung erfüllt in ihr Schicksal. Am furchtbarsten sieht es bei denen aus, die Frau und Kinder haben, die, ebenfalls unterernährt, dem sicheren Untergang entgegengehen. Es ist kein Wunder, wenn diese vom Schicksal so hart Mitgenommenen aufhören, Kämpfer für ihre Sache, für die Sache der Arbeiterschaft zu sein. Wer will von ihnen noch lautes Denken fordern? Es ist kein Wunder, wenn sie, die keinen Tag wissen, ob sie etwas zu essen haben werden, den

verzweifeltsten Parolen, die zum Dreinschlagen auffordern, folgen. Die Arise ist der größte Feind der ausstrebenden Arbeiterschaft. Sie schlägt ihre Organisationen und ihre Kulturbestrebungen zu Boden. Ein furchtbares Los hat das kommende Geschlecht zu tragen, ein Los, das seine Wurzeln in dem Weltkrieg hat, der das Schuldkonto des Kapitalismus belastet, ohne daß es möglich wäre, ihn im Augenblick zur Rechenhaftigkeit zu ziehen. Die Gedanken der Hungernden vermindern sich, sie werden fetter zu Ende gedacht, und am Anfang wie am Ende all ihres Denkens steht schließend die eine Frage: Wie lange soll das noch so weiter gehen?

Alles das ist nur ein Abriss, ein Ausschnitt aus den Zuständen, die diese furchtbare Zeit geboren hat. Wir sind überzeugt, daß unsere Leser ein viel stärker wirkendes Material zusammentragen werden, einen Schutz- und Scherbenhaufen der auf dem Wolfe lastenden Räte. Dieses grauenvolle Denkmal der Zeit abzutragen, bevor es an Umfang zunimmt und jeden Ausblick auf eine bessere Zukunft versperrt, ist eine Aufgabe, die die nächste Zeit lösen muß.

### Eine rühmliche Ausnahme.

Gibt es noch ehrliche Finder? Fragt danach diejenigen, die schon mal etwas Wertvolles verloren haben. Die meisten werden gemüht nicht mit ja antworten. Gibt es viel Beute, die zurückbringen, was ihnen zuviel ausgezehrt wurde? Raffierer könnten darüber Auskunft geben, aber wohl selten eine erfreuliche. Beim Verkauf von Einkommensteuermarken hat auf dem Postamt Berlin C. 2 (Königsstraße) ein Beamter am 9. Oktober, vormittags gegen 11 Uhr, wie im „Vorwärts“ gemeldet wurde, 45 Milliarden Mark zu wenig gefordert. In der durch die gesamte Presse veröffentlichten amtlichen Mitteilung sind Postamt, Tag und Stunde angegeben worden, so daß der Markenaholter oder die betreffende Firma kaum zweifeln konnte, wer in Frage kommt. Man darf daher hoffen und überzeugt sein, daß in diesem Fall der „Finder“ sich meiden und den Beamten vor Schaden bewahren wird. Aber wie oft wartet so ein Unglückseliger vergeblich darauf, daß der zuviel gezahlte Betrag ihm wieder zurückgebracht wird! Der Beauftragte muß durch Schadenersatz, der ihn wirtschaftlich ruiniert, das Versehen wieder gut machen. Und auch dann bleibt vielleicht noch ein häßlicher Verdacht an ihm hängen.

Der „Vorwärts“ hat vor einigen Tagen (in der Abendausgabe vom 9. Oktober) eine Betrachtung über solche Vorkommnisse gebracht. Hierzu schreibt uns eine Witwe, daß ihre 14-jährige Tochter am 5. Oktober auf dem Postamt Berlin S. 3 (Wiener Straße) bei Abholung einer Rente 500 Millionen Mark zuviel erhalten hat. Als die Mutter von ihrer Erwerbsarbeit um Mitternacht heimkehrte, erzählte ihr die im Bett liegende Tochter: „Denke dir, Mutti, ich habe heute 500 Millionen zuviel bekommen, habe sie aber gleich zurückgetragen, wie ich es merkte. Der Postbeamte war sehr erstaunt und wollte es erst nicht glauben; dann rechnete er noch — und richtig, es war zuviel. Er bedankte sich vielmals und ich rannte davon und freute mich, daß ich ihm eine Freude gemacht habe. Denn der Mann hätte es doch ersehen müssen und hätte mit meiner Frau und Kindern Not geküßt.“ Die Mutter erwähnte in ihrem Brief, gerade an dem Tage hätte sie und das Mädchen in der Zeitung (vergleiche: Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 5. Oktober) gelesen, daß auf dem Postamt in der Köpenicker Straße ein Hilfspostfachführer bei der Kontenabrechnung irrtümlich 40 Milliarden Mark statt 40 Millionen gezahlt hat, und sie hätten den dadurch in große Bedrängnis geratenen Beamten sehr bedauert. Aus dem ganzen Brief spricht die Freude, einen Menschen vor Schaden bewahrt zu haben. Mit Bitterkeit aber fügt die Mutter hinzu, ihre Tochter sei von gleichaltrigen Mädchen wegen der Rückgabe des zuviel erhaltenen Betrages für „dumm“ erklärt worden.

Gibt es noch ehrliche Leute, die zurückbringen, was ihnen zuviel gezahlt wurde? Der Beamte vom Postamt Berlin S. 3 wird mit einem freudigen Ja antworten.

Ein Schornsteinfeger vom Dache gekürzt. Der 50 Jahre alte Schornsteinfegermeister Karl Seidel stürzte beim Reinigen eines Schornsteines vom Dache des Hauses Kolonnenstraße 8a einen halben Stod tief hinab und trug schwere innere Verletzungen davon. Er fand im Moabit Krankenhaus Aufnahme.

## Das Verbrechen der Elise Geitler.

17] Novelle von Hermann Kesser.

Eine ungeheure Wolke lag schwarz und schwer über dem Waldhügel, als der Schauspieler mit dem Mädchen am Arm die Höhe erstiegen hatte.

Sie waren wie zwei Verfolgte durch die Straßen gehaftet und über die Felder heraufgekommen und loderten so in ihrer Hitze, daß Gertrud den Mantel abwarf und den Wind über ihren glühenden Hals streichen ließ.

Der Schauspieler aber nahm den Hut ab, drückte einen Kuß auf ihren bloßen Arm und sagte ihr, daß sie schöner sei als alle Frauen der Welt. Dann gingen sie wieder ein Stück des Weges mit verschlungenen Armen und Händen, sahen sich an und redeten kaum, bis sie dahin gelangten, wo die Bäume dicht und hoch standen.

Ein heftiger Wind hatte sich erhoben. Er tobte hinter ihnen her, schüttelte die Stämme, kühlte den Wald mit dem Lärm von knackernden Ästen und knatterndem Laub und verflocht viel von dem heiseren Geflüster des Schauspielers.

An einer Felsenbank hielten die beiden an. Zitternd in feiner Bier hat der Schauspieler Gertrud um eine Minute kurzen Verweilens, bereitete sorglich seinen Mantel hin und zog sie noch mit weichen und lebenden Worten zu sich, indes er doch schon den eisernen Willen hatte, noch in dieser Stunde nach ihr zu greifen.

Und Gertrud setzte sich an seine Seite und ließ es willig zu, daß ihr Atem aneinanderwehte, und erwiderte keine Küsse und ließ ihn auch nicht von sich, als er sie mit Zärtlichkeiten bedeckte, deren Besah sie nicht wußte, und war ihm in ihrem Rausch ergeben, bis er sie dreister umfaßte und an ihr riß.

Dann wehrte sie sich, wie sich Edelblut wehrt. Aber er vollbrachte es, unter den windgeschlagenen Bäumen und den fliegenden Nachtwolken, und nahm sie mit seinen erfahrenen und unerdtlichen Händen auf dem feuchten Waldboden wie eine zuckende Beute, während es schwarz und grauenhaft über sie hinaufland und ihr Notschrei in der Verzweiflung und in dem Geheul des laufenden Sturmes erklang.

So vertiefte sie dem Schauspieler, so glitt sie hinab in eine

unbekannte und furchtbare Tiefe, und wurde erdrückt und wie von einer Ungeheuerlichkeit gelähmt, und konnte ihr Entweichen, als er sie ließ, nicht weinen und reden lassen, weil es ihr wie mit stählernen Zwängen die Brust und die Kehle umflammerte, und lag von ihrem Elend geschüttelt wie ein verendendes Tier in lustlosen Krämpfen.

Er aber sah mit harten Augen, was er getan hatte, und wurde doch gleich von der Angst gewürgt, wie es nun werden sollte, wünschte sich fort und mühte sich doch um sie und wollte auf ihre frierenden Verzweiflung eine wärmende Decke von schlecht erkommener Zärtlichkeiten werfen, damit sie nicht ungetroffen von ihm ginge.

Doch es gelang ihm nicht. Sie war wie von Sinnen und hörte ihn nicht.

Ein prasselnder Regen fiel jetzt wie mit Schlägen von strömendem Wasser aus dem verdunkelten Himmel, er sah kaum mehr die Hand vor den Augen und eine wütende Reue kochte in ihm. Da besann er sich nicht länger, raffte das Mädchen in ihrer nasskalt schenden Seide auf seine Arme und schleppte sich mit seiner Last den Waldhang hinunter, der Straße zu, selber erschöpft und wankenden Schrittes, so daß er sie kaum zu halten vermochte.

Dort wo der Weg in die Straße mündete, gewährte er, wie sie sich in ihrer Beläunung regte und sich stöhnend aus seinen Armen zu winden suchte. In diesem Augenblick brachte ihn eine nagelalte Wurzel am Pfad zu Fall und Gertrud stürzte mit ihm. Aber wie wenn ihr mit dem jähen Sturz die Befinnung aufs neue gekommen wäre, erhob sie sich schneller, als er es mit seinen müden und schmerzenden Gliedern konnte, und floh vor ihm auf die wind- und regengepeitschte nächtliche Straße.

Es war ein Uhr am Morgen.

Inzwischen war Elise, schwer besorgt ob Gertruds Ausbleiben und beunruhigt durch das Unwetter, unter die Türe getreten, horchte unabsichtlich in die Nacht nach einem rollenden Wagen und ging trotz des Regens mehrmals barhäuptig über den Steg, um nach einem nahenden Licht auf der Straße Ausschau zu halten. Als Stunde um Stunde verging, nahm sie einen Stuhl, setzte sich an die offene Haustüre und stellte eine brennende Laterne neben sich hin.

Doch kein Wogengeräusch wollte durch den sintflutartigen

Regen dringen. Aber endlich kam eine dunkle Gestalt über den Steg gelaufen, das Orientier klirrte und dann nahm es atemlos und brach, noch ehe die Äste es fassen konnte, mit einem herzbrechenden Schrei auf den Stufen zusammen. Und Elise erkannte Gertrud, ohne Mantel und Tuch, das seidene Kleid zerfetzt und beschmutzt, Erde und Blätter in der klebrigen Nässe der zerzausten Haare, das weiße Antlitz verzerrt und wie von erduldeten Streichen zerschneitten, mit stammelndem Mund und trüben Augen.

So trat die Älde sie hinauf. Draußen verschwammte der Regen die Straßen, die Bäche schwellen zu Strömen. In dem Balkonzimmer des weißen Hauses hielt Elise Geitler, die Dienerin, ein geschändetes Mädchen im Arm, bettete es auf Kissen und Decken und wachte bei ihm bis zum Morgen.

Gertrud röchelte wie in Fiebern und redete irre und verstört, mit heißen und wunden Lippen. Aber wie das Licht geschleudert Feuerbrände nachstürztes Unheil aufhellte, so leuchteten ihre Fieberworte auf das Geschehnis im Walde.

Als am Morgen die Bauernmagd den sonst offenen Eingang versperrt fand und das Haus mit seinen geschlossenen Fensterläden wie schlafend in dem kalten Regen stand, mußte sie oftmals dard auf die Türe schlagen, bis endlich ein Fenster aufschlag und aus dem Zimmer des Fräuleins die alte Elise in einer weißen Nachjacke und mit ungeordneten Haaren in den Garten herunterrick, daß das Fräulein in der Nacht krank geworden sei und keinerlei Wärme im Hause ertragen könne, weshalb die Magd heute fortbleiben und erst wiederkommen möge, wenn man nach ihr sende.

So sagte die Älde, tat kurz angebunden und schlug sofort das Fenster wieder zu.

Die verwunderte Magd hielt in ihrem aufgeschlagenen Rock und mit ihrem frierenden Schirm noch eine Gedankenlänge unter dem Schupdach der Türe, schüttelte das Wasser von ihren Kleidern und mußte wieder umkehren, ohne es angebracht zu haben: daß über Nacht im Gebirge Balkenbrüche niedergegangen wären, davon das Hochwasser mit aller Gewalt in die Ebene komme, so daß schon zur Stunde die Her verpült seien und mitgerissenes Treibholz an alle Brücken und Stege donnere.

(Fortsetzung folgt.)



## Die neue Woche.

Einheitsbrot: 180, Milch: 200, Gas und Wasser: 100, Strom: 200 Millionen.

Auch die kommende Woche bringt, trotz des stagnierenden Dollarkurses, einen neuen Ansturm der Preise auf die Taschen der Verbraucher. Da mit dem 15. Oktober die Herstellung von Wartenbrot eingestellt wird, tritt eine ganz außerordentliche und für viele uferwühlende Preissteigerung ein. (Neben die so sehr notwendige und bereits angekündigte Verbilligung des Brotes für Kinderreiche, Minderbemittelte und Rentner legen noch keine weiteren Nachrichten vor.) Der Preis für ein 4-Pfund-Brot beträgt ab Montag 480 Millionen Mark, die Schrippe wird 15 Millionen Mark kosten. Ein Liter Vollmilch wird 200 Millionen Mark und ein Liter Rogermilch 50 Millionen Mark kosten. Die A-Milchsorten werden mit 1/4 Liter, die B-Milchsorten sowie die Karten für werdende Mütter (C-Karten) mit je einem 1/2 Liter Vollmilch beliefert. — Bei den städtischen Werken hat sich der etwas verringerte Kohlenpreis und die Aufhebung der Kohlensteuer noch nicht ausgemittelt. Wie bereits mitgeteilt wurde, tritt aus diesem Grunde zunächst noch eine neue, sehr beträchtliche Erhöhung der Tarife ein. Gas- und Wasserpreise stellen sich auf 100 Millionen pro Kubikmeter. Bei den jetzt beschlossenen Tarifen ist die Wertdeputation mit Rücksicht auf die nachdringende Kaufkraft der Bevölkerung noch weit hinter den Preisen zurückgeblieben, welche die ermäßigten Kohlenpreise erfordern hätten. — Jeder Gasabnehmer, bei dem in der festgesetzten Zeit der Stand abgelesen wird, ist berechtigt, an die Eintassierer zusammen mit der Begleitung des fälligen Rechnungsbetrages zu demselben Gas- oder Strompreise einen Vorschub bis zur Höhe der Hälfte des Rechnungsbetrages einzuzahlen, mit dem eine entsprechende Anzahl von Kubikmetern oder Kilowattstunden für die nächste Ableserperiode werblich abgegolten wird. Jeder, der von der Vorauszahlung Gebrauch macht, sichert sich also dagegen, daß ihm für einen weiteren Wochenverbrauch ein höherer Gas- oder Strompreis in Rechnung gestellt wird. — Die Verkehrs-tarife, die erst am Sonnabend eine Erhöhung erfahren haben, bleiben zunächst noch die alten.

Infolge der ab 13. Oktober in Wirksamkeit getretenen fünfjährigen Erhöhung der Bahnfrachten erhöhen sich die Bricketts- und Kokspreise ab 15. Oktober wie folgt: Bricketts ab Lager 1699 Millionen, frei Keller 1776 Millionen; Koks ab Lager 4068 Millionen, frei Keller 4157 Millionen. Bei fuhrerweiterter Lieferung: Bricketts ab Lager 1699 Millionen, frei Keller 1764 Millionen; Koks ab Lager 4068 Millionen, frei Keller 4145 Millionen.

## Mordprozeß Miska.

Zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Nach sehr kurzer Beratung verurteilte der Obmann der Geschworenen, der aus der Revolutionszeit bekannte ehemalige Vorsitzende des Soldatenrats, Bruno Röllkenhuh, als Wahrspruch, daß die Geschworenen den Angeklagten Miska schuldig befinden haben des Mordes an seinem elfjährigen Sohn Alwin.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortman sprach sein Bedauern aus, daß die Staatsanwaltschaft nicht jederzeit ebenfalls Revision gegen das erste Urteil des Schwurgerichts eingeleitet habe. Es sei das unterlassen, weil keine Revisionsgründe vorhanden erschienen. Der Angeklagte wurde rechtskräftig bereits wegen versuchten Totschlages unter Verlegung mildernden Umstände schuldig gesprochen, und das Gericht hat damals für diese Straftat 10 Jahre Zuchthaus angeordnet. Die vorliegende Tat ist eine so rohe und verabscheuungswürdige, daß nur auf die höchst strafe von 15 Jahren Zuchthaus erkannt werden dürfe. Außerdem liege aus denselben Gründen kein Anlaß vor, dem Angeklagten irgend etwas von der Untersuchungshaft anzurechnen. Der Staatsanwalt beantragte außerdem, auf Erbrecht zu erkennen. Rechtsanwalt Dr. A. Brand vertrat den Standpunkt, daß dem Angeklagten wenigstens die Untersuchungshaft angerechnet werden solle. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Mordes unter Anrechnung der bereits erkannten Strafe von 10 Jahren Zuchthaus zu einer Gesamtsstrafe von 15 Jahren Zuchthaus sowie zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre. Von der Untersuchungshaft wurden dem Angeklagten 5 Monate und 10 Tage in Anrechnung gebracht. Die Verurteilung der Ehrenrechte war notwendig mit Rücksicht auf die ehelose Besinnung. Aus denselben Gründen hat das Gericht auf die zulässige Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus als Gesamtsstrafe erkannt. Der Angeklagte verzichtete auf weitere Rechtsmittel und ebenso der Staatsanwalt, so daß das Urteil sofort rechtskräftig wurde.

## Ein unangenehmer Zimmermieter.

Reiche Beute machte wieder einmal ein Wohnungsschwinder, der der Kriminalpolizei schon viel zu schaffen gemacht hat. Ein 25 Jahre alter aus Ostrom gebürtiger Gustav Leo, der früher als Leutnant aufzutreten pflegte. Neuerdings sprach der Gauner, ein großer schlanker, feis sein gekleideter Mann, bei einer Dame in der Mohlstroße 25 als Kontorist Alfred Simson vor, mietete wieder eine möblierte Wohnung und zahlte 100 Millionen an. Am 10. Uhr vormittags zog er mit kleinem Handgepäck zu und um 3 Uhr nachmittags ging er unter dem Vorwande weg, sein großes Gepäck holen zu wollen. Als jetzt die Wirtin sich daran machte, alles für den neuen Mieter vorzubereiten, entdeckte sie zu ihrem Schrecken, daß er die wenigen Stunden, während deren sie kurze Zeit abwesend gewesen war, um einzukaufen, benutzt hatte, ihr aus dem Bilde das ganze Silberzeug im Werte von 5100 Goldmark zu stehlen. Die Kriminalpolizei erlab aus der Personenbeschreibung des angeblichen Simsons sofort, daß sie es wieder mit ihrem alten Bekannten Gustav Leo zu tun hatte. Mitteilungen zu seiner Ermittlung nimmt die Dienststelle B. I. 20 im Zimmer 133 des Polizeipräsidiums entgegen.

## Auf der Diebesfahrt erschossen.

Ein Reichenfund, der auf einen Mord schließen ließ, ist restlos aufgeklärt. In der Tarnische des Hauses Hübnerstr. 3 war am Sonntag früh der 48 Jahre alte Rutscher Rudolf Stuhle aus der Gabelsbergerstraße 13 tot aufgefunden worden. Er lag zusammengeknallt in einer Ecke. Der benachrichtigte Nordbereitschaftsdienst der Kriminalpolizei erschien an dem Fundort und stellte fest, daß der Tod des Mannes durch einen Schuß in die linke Brust herbeigeführt worden war. Die Kugel stammte aus einer kleinen kalibrigen Pistole. Die Nachforschungen ergaben, daß der Rutscher Stuhle, ein erheblich vorbestrafter Mensch, früher als Rutscher bei einem Fuhrherrn in der Wiesenstraße beschäftigt gewesen war. In der Sonntagnacht hatte er nun versucht, mit mehreren Spießgesellen in eine auf dem Grundstück befindliche Garage einzudringen und Diebstähle auszuführen. Die Absicht der Eindringlinge war aber den Geschäftsleuten bekannt geworden und sie hatten, um sich vor Verlusten zu schützen, Nachtwache bezogen und sich gegenseitig als Wachen abgeteilt. In der Nacht zum Sonntag um 2 Uhr erschien dann auch Stuhle mit mehreren Spießgesellen und spielte den Führer. Der Posten schoß nun in der Dunkelheit auf die Eindringlinge und er hörte auch, daß einer von ihnen aufschrie. Alle liefen dann davon und entkamen auch. Stuhle verding sich in dem Haus der Grundstücks Hübnerstr. 3, wo er später dann tot aufgefunden wurde.

## Die Teuerung von Kohle und Gas.

Was die Werksdirektionen sagen.

Zu den Klagen über die fortschreitende Erhöhung des Gaspreises wurden in einer Konferenz, die Vertreter der Berliner städtischen Werke und der Gasbetriebsgesellschaft mit Pressevertretern hatten, sehr beachtenswerte Mitteilungen gemacht.

Die Gaspreise hängen in der Hauptsache von den Kohlenpreisen ab, diese aber werden den Werken jetzt in Goldmark berechnet, deren Wert in Papiermark durch den jeweiligen Dollarkurs bestimmt wird. Tatsächlich sind die Werke, weil sie die Schwächung der Kaufkraft ihrer Abnehmer berücksichtigen müssen, mit ihren Gaspreisen bisher dem stürmischen Aufstieg des Dollars noch nicht ganz gefolgt. Beispielsweise ergäbe sich als Gaspreis der kommenden Woche aus dem Dollarkurs vom Sonnabend der Betrag von 160 Millionen Mark je Kubikmeter, er ist aber erst auf 100 Millionen festgesetzt worden. Die Festsetzung für eine ganze Woche hat die Wirkung, daß bei steigendem Dollarkurs der Abstand zwischen dem aus dem Dollarkurs sich ergebenden Preis und dem festgesetzten Preis sich von Tag zu Tag noch vergrößert. Als die Gaswerke der Stadt Berlin 11 Millionen je Kubikmeter forderten, hätte der Dollarkurs am Wochenbeginn tatsächlich einen Gaspreis von 14 Millionen, am Wochenschluß aber einen Gaspreis von schon 30 Millionen ergeben. In Goldmark ausgedrückt, ist heute der Gaspreis niedriger als vor dem Krieg, der Kohlenpreis aber doppelt so hoch wie damals. Da hier bei kein Gaswerk auf die Dauer lebensfähig bleiben kann, versteht sich von selber. In der Konferenz wurde von den Vertretern der Werke sehr entschieden erklärt, daß bei Fortdauer der Berechnung des Kohlenpreises nach Goldmark ein Weiterbetrieb der Gaswerke und ebenso der Wasserwerke unmöglich ist. Es sei heute kaum noch möglich, die täglichen Mittel zur Auszahlung von Löhnen und Gehältern zu beschaffen. Die Werke müssen ihre Preise in Papiermark festsetzen und erleben bei der sich überfüllenden Geldentwertung die schlimmsten Verluste, bis sie ihr Geld hereinbekommen und es zur Deckung ihrer Ausgaben verwenden können. Die Möglichkeit, noch die erforderlichen Mengen Kohle zu kaufen, wird immer geringer, und die Werksdirektionen leben dem Tage entgegen, wo der Betrieb zum Erliegen kommt.

Erörtert wurden auch die Klagen über das Verfahren bei der Einziehung des Gasgeldes und einige zur Abhilfe gemachte Vorschläge. Als Vertreter der Berliner städtischen Gaswerke äußerte sich Magistratsrat Dr. Alexander zu der Frage, ob die Festsetzung des Gaspreises mit rückwirkender Kraft rechtlich zulässig sei. Er verwies darauf, daß die in Berlin seit mehreren Jahren geltenden Bestimmungen der Gemeindebehörden ausdrücklich das Recht einer rückwirkenden Festsetzung geben. Ueberdies ist durch eine erneuerte Notverordnung des Reichswirtschaftsministeriums vom 29. September 1923 genehmigt worden, daß Werke für ihre Preisberechnung den Geldwert vom Tage des Zahlungseinganges zurunde legen dürfen, und das darf noch dieser Verordnung künftig selbst bei bisher anders lautenden Bestimmungen geschehen. Wenn Gasverbraucher den Preis als zu hoch beanstanden und bis zu gerichtlicher Entscheidung die Zahlung des Rechnungsbetrages verweigern, werden die Gaswerke durch Vorenthaltung der nötigen Betriebsmittel schwer geschädigt und in ihrem Weiterbestand gefährdet. Dr. Alexander zweifelt, daß ein Gericht sich über jene Bestimmungen und über die Notverordnung hinwegsetzen und zu Ungunsten der Stadt entscheiden kann. Von dem jetzt gefassten Beschluß, daß künftig ein Teil des vorausgeschuldeten Verbrauches der nächstfolgenden Woche vorausbezahlt werden kann, wird einige Erleichterung für die Gasverbraucher erwartet, weil sie sich auf diese Weise noch Gas zu dem billigeren Preis der laufenden Woche sichern können. Das vorgeschlagene Bonussystem lehnt Berlin mit der Begründung ab, daß Fälligkeiten vorkommen könnten und daß bei fallendem Dollarkurs die Gaskunden aus Furcht vor Verlusten den Fortkauf von Gas unterlassen würden, so daß für die Werke der Luftstau ihrer für den Weiterbetrieb unentbehrlichen Einrichtungen gefährlich ausfiele. Die vorgeschlagene Ablesung des Gasmeterstandes durch die Verbraucher wird als nicht immer zuverlässig verworfen, und auch von der Ablegung durch einen Vertrauensmann für jedes Haus glaubt man, daß sie wegen der namentlich in größeren Häusern sehr erheblichen Mühe nicht überall durchführbar wäre.

Ein Achtzigjähriger. Der Genosse Wilhelm Buchholz aus Bergfelde, Kr. Niederbarnim, vollendet am 15. Oktober sein achtzigstes Lebensjahr. Er kann auf ein reiches Wirken im Dienste der Arbeiterbewegung zurückblicken. Schon im Jahre 1869, als viel Mut dazu gehörte, der sozialen Bewegung der Arbeiterklasse sich anzuschließen, vollzog Buchholz den Beitritt zum Allgemeinen deutschen Maurerverein, seiner Berufsorganisation, und gleichzeitig auch zum Allgemeinen deutschen Arbeiterverein. Seit dieser Zeit hat er jezt achtzigjährige unerschrocken für die politische und gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse gekämpft. Alle Verfolgungen in der Zeit des Schandregimes vermochten jedoch nicht, ihm den Zukunfts-glauben zu nehmen. Bereits 1884 wurde er nach Inkrafttreten der Unfallversicherung Besitzer der Nordöstlichen Bau-gewerkschaft-Berufsgenossenschaft. 1886 trat er als nichtständiges Mitglied in das Reichsversicherungsamt ein. Viele der jüngeren Genossen können an diesem alten Kämpfer lernen, wie man in jeder, zielstarrer und bewusster Art für die Sache der Arbeiterklasse wirken kann.

An die unredliche Adresse geraten. Kürzlich wurde der Händler Willy Reinsberg aus Schöneberg in der Kolonnenstraße von dem 34 Jahre alten Arbeiter Paul Lange aus der Bogtstraße und dem 31 Jahre alten Zeichner Alfred Rau aus Neuföhren nach kurzem Streit angegriffen und mit einer Eisenstange geschlagen. Sie kamen jedoch an die falsche Adresse. Reinsberg entriß ihnen die Stange und schlug beide nieder. Mit erheblichen Verletzungen brachte man die beiden Kampfhähne nach der Rettungsstelle 15 und nach Anlegung von Verbänden nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus. Sie hatten außer der Eisenstange noch 13 Dietriche bei sich.

Ein Klefeneinbruch in London beschäftigt jezt auch die Berliner Kriminalpolizei. In der Themsestadt suchten vor einiger Zeit noch nicht ermittelte Einbrecher ein Geschäft heim. Sie erbeuteten eine große Menge Ringe, Armbänder, Broschen, goldene Handtaschen, Herrenuhren usw. Es wird vermutet, daß sie versuchen werden, wenigstens einen Teil ihrer Beute auf dem Kontinent in Großstädten u. a. auch in Berlin zu Geld zu machen. Auf ihre Ergreifung und die Wiederbeschaffung der Juwelen ist eine Belohnung von 1000 Pfund Sterling ausgesetzt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Trettin im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums.

Der Anlauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank erfolgt vom 15. Oktober ab bis auf weiteres zum 400 Millionen-fachen Betrage des Nennwertes.

## Preise und Löhne.

Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle am 13. 10. (in Millionen Mark)	
Rindfleisch	400-700
Kalb- und Hammelfleisch	300-650
Hammelfleisch	280-600
Lebende Hechte	350-400
Schleie	300-375
Karpfen	250-275
Hechte in Eis	250-300
Schleie in Eis	275
Grüne Heringe	90-95
Schellfisch	60-75
Butter	2200-2500
Margarin	700-900

Schmale	
Wojtkohl	60-75
Wirsingkohl	60-70
Rotkohl	85-100
Spinat	35
Talg	850-975
1 Ei	65

Wochenlöhne in Berlin (in Millionen Mark)	
Metallindustrie vom 8. bis 14. 10.	6254
Maurerpoltere v. 6. bis 12. 10.	5315
Ofensetzer vom 7. bis 13. 10.	5060
Steinsetzer vom 6. bis 12. 10.	4692

Sonntagsdienst in den Güterabfertigungen. Der Eingang an Kartoffeln und Stüdgutendungen auf den Güterabfertigungen Groß-Berlins ist zurzeit sehr stark. Um den Empfängern, die werktags berufstätig sind, die Selbstabholung zu erleichtern, und die Güterböden möglichst rasch für weitere Sendungen frei zu machen, hat die Reichsbahndirektion Berlin die Güterabfertigungen angewiesen, Kartoffelendungen in der nächsten Zeit auch an Sonntagen bis 1 Uhr mittags anzuliefern.

Der ärztliche Inhaber für die Privatpraxis ist von der Honorar-kommission der Kassenärztlichen Vereinigung und des Groß-Berliner Verbands mit Wirkung vom 14. Oktober ab auf 400 Millionen festgesetzt worden.

Die Schulmittagsmahlzeiten im Bezirk Friedrichshain beginnen wieder am 15. Oktober in folgenden Speisestellen: Ptauer Str. 16/17, Langestr. 76, Raglerstr. 3, Diebstahmerstraße, Gemeindefeuer, Rigaer Str. 81/82.

Die Kolonie „Weiße Taube“, Lichtenberg, spendete vor kurzem 30 armen Leuten des Bezirks Friedrichshain von ihren Gartenzeugnissen sowie Holz und Kohlen. Während der Feier wurde eine Sammlung veranstaltet, so daß die Beschenkten auch mit barem Gelde bedacht werden konnten. Die Kolonie „Lange-höhe“, Lichtenberg, verteilte am Sonntag an arme, meist alte Leute des Bezirks Friedrichshain Gartenzeugnisse, Holz, Kohlen, Fett und Brot. Außerdem erhielt jeder 15 Millionen an barem Gelde. — Der Pflanzerverein Reinickendorf (Postortum) beschenkte eine Anzahl alte Leute mit je 40 Pfund Kartoffeln, grünen Bohnen, Mehl, Kohl, Preßkohl und Zwiebeln.

Beiratsbildungsausschuss Groß-Berlin. Heute, Sonntag, pünktlich nachmittags 3 Uhr, im Staatstheater Charlottenburg (Schiller-Theater) „Raban der Weise“. Der Zuschlag pro Karte beträgt 20 Millionen, Gehälter für Nebenablage 2 Millionen. Theaterzeit frei. — Heute, Sonntag, pünktlich nachmittags 3 Uhr, im Neuen Theater am Zoo „Baumkletter Solen“. In erhaltlicher Beziehung. Der Zuschlag beträgt pro Karte 25 Millionen. Nebenablage frei. Einige Karten sind noch an der Kasse zu haben. Die Kreise werden gebeten, die Karten für „Jubelmann Venedig“ abzugeben.

Hauptmann a. D. v. Beerfeldt (Hilf) am Dienstag, den 16. abends 7 1/2 Uhr, in der Stadthalle Klosterstr. (Bahnhof) über „Kom-munismus, Jesus, Weltanschauung, nicht als Über-ländern als wahrenes zu entscheidende Sachfrage der Stunde“. — Ferner am Freitag, den 19. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, ebenfalls in der Stadthalle Klosterstr. (Bahnhof) über „Die menschenwürdige Lösung des Judenproblems, eine Vorbedingung sozialistischer Lebensgemeinschaft“. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 2 bis 3 M. B. erhoben.

## Japan erholt sich wieder.

Der japanische Finanzminister hat über die allgemeine Lage eine längere Erklärung abgegeben, worin er hervorhebt, daß das wirtschaftliche Leben in Japan wieder im ganzen Umfang aufgenommen worden sei. Gas, Wasser, Elektrizität und Telegraphenleitungen seien wieder hergestellt. Die Bevölkerung gehe mit Mut und Enthusiasmus an die Arbeit. Die Finanzen seien so gesund, daß nur wenig Anleihen im Ausland aufgenommen werden mußten. Dagegen müßten bedeutende Warenmengen eingeführt werden.

## Ein Pulvermagazin explodiert.

In Warschau explodierte ein Pulvermagazin der Festungs-werke im Bannkreis der Stadt: bis Mittag wurden viele Tote, 48 Schwerverletzte und 110 Leichtverletzte festgestellt. Die Untersuchung ergab, daß die Explosion auf einen verbotenen Anschlag zurückzuführen ist.

Ein Großfeuer in Koffbus hat das Maschinenhaus und die Kesselanlagen der Firma Senkel Sohn völlig, die Halle zur Hälfte zerstört. Auch Vorräte an Tuchen, die in der Halle waren, sind verbrannt.

Zugzusammenstoß auf der Strecke Frankfurt-Darmstadt. Der Personenzug Nr. 952 Frankfurt-Darmstadt, der über Hanau-Babenhäuser umgeleitet wird, ist am 12. Oktober abends, unmittelbar vor Einfahrt in den Bahnhof Dieburg auf einen dort haltenden Güterzug aufgefahren. Etwa 10 Personen er-litten leichtere und 1 Person schwere Verletzungen. Der Sachschaden ist erheblich.

## Jugendveranstaltungen.

Heute, Sonntag, den 14. Oktober:

Wettbewerb „Ordnung“. Jugendfeier abends 6 Uhr in der Aula der Mittelschule Kottbus. 10. 11. — Festrede, Regitationen, Reigentanz. Jugendfeier „Der Aufbruch“.

Reichenau. Sozialisierung. Treffpunkt nachm. 1/2 Uhr Schillerstr. Wettbewerb „Worte“. Form. 1/2 Uhr im Jugendheim. Audens-Gde Hauptst. Funktionärsversammlung.

Morgen, Montag, den 15. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Baumkletterwettbewerb. Jugendheim Eckerstr. 16. Vortrag: „Die politische Lage“. — Reichenau. Jugendheim Offenbacher Straße 3a. Vortrag: „Rast und Arbeit“.

Ostausflug für Jugendlicher Reuthe. Der Reutheausflug für Fortgeschrittene beginnt am Mittwoch, den 17., für Anfänger am Montag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr in der Turnhalle der Realhauptschule Kottbus.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichliche Gemeinde. Sonntag vormittags 11 Uhr. Vappeller 15. Vortrag des Herrn Dr. R. Sturm: „Germanische Götter und Heilensagen“. Gäste willkommen.

Reichsbund der Kriegsbefähigten, Schöneberg. Vortragsveranstaltung am 15. Oktober 1923, abends 7 1/2 Uhr, im Lindenpark, Hauptstraße 13. Bundesvorsitzender Samson Wändner spricht über: „Die sozialpolitische Lage“.

Arbeiter-Schauspieler Reuthe. Die Abteilung Reuthe des Berliner Arbeiter-Schauspiels macht darauf aufmerksam, daß während der Winterferien (November-März) an jedem Dienstag von 8-9 Uhr abends ein Theater-Schauspiel gegeben wird. Außerdem beginnt am 16. Oktober das Turnier um die diesjährige Mittelklassemeisterschaft. Wettkämpfe zum Turnier werden noch bis zum 16. Oktober, abends 8 Uhr, angenommen. Solist-abend 18. jeden Dienstag von 7 bis 12 Uhr abends im Hotel von Julius, Reuthestraße, Bremer Straße 72-73. Sonntags vormittags von 10 bis 1 Uhr im selben Lokal freier Schachabend. Freunde des Schachspiels — auch solche, die das Spiel erst erlernen wollen — sind als Gäste stets willkommen. Die Abteilungsleitung.

Reichliche Kulturklub Wedding. Montag, den 15. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Schönheitsstraße 1, 5 Treppen. Vortragsveranstaltung des Kulturklubs. Alle angebotenen und Kulturaktivitäten sowie das Sportfest müssen vertreten sein! — Dienstag, den 16. Oktober, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, beginnt im Jugendheim Schönheitsstraße 1, 5 Treppen, der Kulturklub über „Einführung in die Wirtschaftswissenschaften des Sozialismus“. Vorträge werden nach einander genommen. Die engste Arbeitsgemeinschaft über den Weg der Volkshilfe und des freien sozialistischen Kampfes findet vorläufig nicht statt.

Berliner Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege. Sitzung am Dienstag, den 16. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Hotel von Julius, Reuthestraße 72, 73. Tagesordnung: Stadtrat Dr. Rosch: „Kommunales und Wohnungswesen“.

## Arbeiter-sport.

Waldlauf in Sadowa.

Der heutige Waldlauf des 1. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund beginnt um 1/2 Uhr mit dem Start der Kinder. Um 3 Uhr folgen dann die Wettkämpfe der Jugendlichen, Turnerinnen und Männer. Der Start befindet sich vor der Waldschänke, in der Nähe des Bahnhofes Sadowa. — Die Kampfrichter der T. S. B. treffen sich heute in der Waldschänke nicht um 1/2 Uhr, sondern erst um 1/2 Uhr nachmittags.



# Der Landtag vertagt sich.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Landtagssitzung steht als erster Punkt die dritte Beratung des Gesetzes über die weitere Hinausschiebung der Gemeindevahlen.

Abg. Dr. Winkler (Dnat.) beantragt zur Geschäftsordnung, diesen Punkt als letzten der Tagesordnung zu behandeln und erst die Entscheidung des Reichstages über das Ermächtigungsgesetz und über die eventuelle Reichstagsauflösung abzuwarten. Der Antrag wird abgelehnt. Auch dem erneuten Antrag der Kommunisten, den Antrag wegen Beschlagnahme der „Roten Fahne“ mit zur Beratung zu stellen, wird nicht stattgegeben. Das Haus tritt in die allgemeine Besprechung des Gesetzes ein.

Abg. Dr. Winkler (Dnat.) bezeichnet eine weitere Hinausschiebung der Gemeindevahlen als eine Entrechtung der Wähler. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.) Das Volk lehnt sich danach, daß die roten Parlamente, die nicht mehr dem wahren Volkswillen entsprechen, verschwinden.

Abg. Kah (Komm.) sieht in der weiteren Hinausschiebung der Gemeindevahlen lediglich das Bestreben der Koalitionsparteien, sich an der Macht zu erhalten. Dieses Manöver werde auch noch für das nächste Jahr versucht werden, da aber werde man keine Wahlen mehr haben, sondern den Bürgerkrieg.

Abg. Hirsch (Soz.) verteidigt den Entwurf. Die Deutschnationalen hätten kein Recht, von Entrechtung zu sprechen; die Konventionen hätten ja in früherer Zeit an Entrechtungen genug geleistet.

Abg. v. Egner (D. Sp.): Hinter der Forderung der Deutschnationalen verbirgt sich ein böser Wunsch. Wir hoffen, daß die Volksvertreter im Reichstag ihre Pflicht tun und ihre Stimme abgeben.

Der deutschnationale Antrag, wonach als Termin für die Gemeindevahlen der 9. Dezember festgesetzt werden soll, wird abgelehnt und

Die Regelung des Entwurfs, wonach die Gemeindevahlen der Städte und Landgemeinden bis zum 2. März des Kalenderjahres 1924 neu zu wählen sind, endgültig angenommen.

Endgültig verabschiedet werden die Entwürfe, wodurch die Beteiligung Preußens an einer gemeinsamen Grundkreditanstalt, welche Kleinwohnungen hypothekarisch beleihet, auf 100 Millionen erhöht und ferner zur Herstellung von Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung 5000 Millionen ausgeworfen werden.

In der Beratung über den Zentrumsantrag betr. Beschleunigung der Auszahlung der Bezüge für die Beamten, Geistlichen und deren Hinterbliebenen forder.

Abg. Blank (Z.) in scharfen Worten, daß unverzüglich dafür gesorgt werde, daß eine Zahlungsart eingeführt wird, die eine rechtzeitige Auszahlung der Bezüge, insbesondere auch an die Geistlichen verbürgt. Es sei unerträglich, wenn viele Pfarrer in der Zeit von April bis Oktober nicht mehr als 500 und 600 Millionen Mark erhalten hätten.

Abg. Ebersbach (Dnat.) kritisiert die Ausführungen des Regierungsvorsetzers im Ausschuss, der preussische Staat könne die Subventionen für die Kirche nicht länger tragen, da die Ausgaben in die Billionen gingen. Der Regierungsvorsetzer müsse sich um einige Rullen geizt haben.

Abg. Fries (Soz.) nimmt die Regierung in Schutz. Wenn das Christentum nicht vollständig bankrottgemacht wäre, müßten diejenigen, die sich einen Seelenhirten gewählt hätten, mehr für ihn eintreten.

Geheimrat Duménil erklärt, der Staat habe alles getan, um eine möglichst rasche Auszahlung zu gewährleisten. Die Kirchengemeinden müssen möglichst darauf bedacht sein, ihre eigenen Einnahmequellen stärker heranzuziehen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Pischke (D. Sp.) und Hoff (Dem.) wendet sich

Abg. Leinert (Soz.)

gegen die Benachteiligung der Gemeindebeamten. Die Gemeinden seien nicht in der Lage, die von ihnen aufzubringen-

den 25 Prozent der Gehälter herbeizuschaffen. Die Folge sei, daß die Gemeindebeamten ein Viertel ihres Gehalts erst später vollständig entwertet erhalten. Das sei ein unhaltbarer Zustand. Wenn heute immer von Sparmaßnahmen geredet werde, so sei es ganz unverständlich, daß unsere Flotte jetzt vor Helgoland eine Flockendemonstration abhalten mußte, wo tausende Zentner von Kohlen auf offener See verpulvert wurden.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen. Das Staatsministerium wird darin eruchtet, eine Zahlungsart einzuführen, die eine rechtzeitige Auszahlung der Bezüge verbürgt und bis zur Einführung dieser Zahlungsart den nachgeordneten Behörden zur Pflicht zu machen, irgendeine Form der sofortigen Auszahlung der Bezüge anzumenden.

Darauf legt das Haus die gemeinsame Aussprache über die Anträge und Anfragen betreffend die Sicherung der Volksernährung, die Unterstützung der Erwerbslosen, Bekämpfung des Wuchers, Erfassung der Sachwerte um. fort.

Abg. Schulte-Stapen (Dnat.): Auch die gestrige Debatte hat bewiesen, daß die große Notlage des Volkes auf das Nebeneinanderbestehen zweier Währungen zurückgeht. Der Staat macht sich an diesem Zustande mitschuldig, indem er wertbeständige Steuern ausschreibt, und Tag für Tag Milliarden wertunbeständigen Papiergeldes herausgibt. Wird die Währungsfrage geregelt, so wird es auch gelingen, die Ernährung der Städte zu sichern und die schwere Krise den nächsten Winter zu überstehen, der für Deutschland die Entscheidung bringt. (Beifall rechts.)

Abg. Blesler (D. Hannov.): Die unglaublichen Umständlichkeiten der Steuererhebung, Steuerentrichtung und Steuerzahlung auf den Finanzämtern haben in ihren Kreisen äußerste Verärgerung und Berührung hervorgerufen, so daß man sich über gelegentliche Steuerlabotage nicht zu wundern braucht. „Los von Berlin“ ist auch trotz des Herrn Dr. Stresemann das Lösungswort der Deutsch-Hannoverschen Partei.

Abg. Holzamer (Wirtschaftsp.) erklärt, der Mittelstand sei so zu Boden gesteuert, daß er die Steuern nicht mehr tragen könne.

Abg. Knoch (Z.) führt Beschwerde, daß das Handwerk bisher nicht genügend Berücksichtigung gefunden habe.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Bereitstellung von produktiven Arbeitsstellen und ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen usw. wird angenommen; die übrigen Anträge werden der Ausschussberatung überwiesen.

Der Präsident schlägt vor, die

## nächste Sitzung am 27. November

abzuhalten und den Präsidenten zu ermächtigen, zu einer früheren Einberufung, wenn eine solche erforderlich ist.

Abgg. Dr. Winkler (Dnat.) und Meyer (Komm.) protestieren dagegen.

Abg. Dr. Leidig (Dap.) erklärt, daß im Ständigen Ausschuss auch die Opposition zu Worte kommt und ihre Vorschläge Beachtung finden. Ich bezweifle, daß die Freunde des Herrn Winkler das gleiche Verantwortungsgefühl besitzen wie die englische Opposition. (Stürmische anhaltende Pfl.-Rufe bei den Dnat.; Zurufe: Das ist eine Gemeinheit.)

Der Abg. Dr. Regenhorn (Dnat.) wird wegen beleidigender Zurufe gegen den Abg. Dr. Leidig zur Ordnung gerufen.

Nach einer Erwiderung des Abg. Hirsch (Soz.) auf die Angriffe des kommunistischen Redners wird ein Antrag der Kommunisten, am Montag eine Sitzung abzuhalten und den kommunistischen Antrag wegen Verbots der „Roten Fahne“ auf die Tagesordnung zu setzen, abgelehnt, ebenso ein deutschnationaler Antrag, am 22. Oktober eine Sitzung abzuhalten. — Es bleibt bei dem Vorschlag des Präsidenten. — Das Haus geht in großer Unruhe und unter andauernden Schmähsrufen der Kommunisten auf das Parlament auseinander.

Schluß: 4 Uhr.

## Aus der Partei.

### Die Parteioorganisationen zur politischen Lage.

Hamburg. In außergewöhnlich stark besuchter Versammlung der Vertrauensleute der SPD. wurde am 12. Oktober nach Entgegennahme des Berichts von der Parteiaussschussung in Berlin und lebhafter Aussprache die nachstehende Entscheidung mit allen gegen zwei Stimmen angenommen:

Die Vertrauensmännerversammlung der sozialdemokratischen Parteioorganisation erklärt zur politischen Lage, daß sie, wie der Parteiaussschuss in Berlin, die schwerwiegenden Gründe würdigt, die die Reichstagsfraktion bestimmte, der Aufrechterhaltung der Koalition zuzustimmen. Sie verlangt von der Fraktion und den Regierungsmitgliedern geschlossenes Eintreten für die sofortige Herbeiführung einer wertbeständigen Währung, für die Sicherung der Brot-, Kartoffel- und Kohlenversorgung der Bevölkerung und für ein vom Stimmesgeiste freies Produktionsprogramm, das die deutsche Wirtschaft zur Gesundung bringt.

Zum Schluß erklärte die Versammlung, daß es angesichts der gewaltigen Reaktion in Bayern und angesichts der dunklen und landeserräterischen Unternehmungen der arbeiterfeindlichen Schwerindustrie unverantwortlich ist, wenn jetzt Meinungsgegenstände von Rinderheit und Wehrheit in so unbilligster und jämmerlicher Weise ausgetragen werden, wie es in verschiedenen Teilen des Reiches geschieht. Sie ruft die Hamburger Parteigenossenschaft auf, alle Kräfte einzusetzen für die Einheit und Geschlossenheit der Partei.

Eine ähnliche Entscheidung wurde am demselben Abend in einer sehr stark besuchten Mitgliedserversammlung der Partei in Altona angenommen.

Zwickau-Plauen. Der erweiterte Bezirksvorstand des Bezirks Zwickau-Plauen der SPD. erklärt zur politischen Lage: In der Erkenntnis, daß 1. die erste Regierung Stresemann in außen- und innenpolitischer Beziehung verlagert hat, 2. eine Regierung der großen Koalition nicht geeignet ist, die Reparationsfrage zu lösen, und 3. auch die bayerische Fronde gegen die Reichsgewalt zu brechen nicht willens und in der Lage ist, in der Überzeugung, daß die neue Regierung der großen Koalition, in der die Sozialdemokratie noch einflußloser als vorher ist, eine Gefahr für die verfassungsmäßigen und sozialpolitischen Freiheiten der Arbeiterklasse ist, protestiert der Bezirk gegen die Entscheidung der Reichstagsfraktion und erklärt sie für einen Schlag gegen die Partei, der sie vor die Existenzfrage stellt, zumal die Entscheidung für die zweite Koalition mit der Parteipartei ebenso wie die für die erste gegen den klaren Willen der Mehrheit der Parteimitgliedschaft gefallen ist.

Der Bezirksvorstand fordert den sofortigen Zusammenritt eines Reichsparteitages, um zur politischen Haltung der Reichstagsfraktion Stellung zu nehmen. Nachdem ein großer Prozentsatz der Reichstagsfraktion den Achtfundentag preisgegeben bereit war, wird die Klärung in der Partei zur unabwendbaren Notwendigkeit. Die Haltung der Reichstagsfraktion in der Frage des Achtfundentags muß eine Klärung erfahren, wenn nicht die Arbeit in Partei und Gewerkschaft zugleich den Parteigenossen unmöglich gemacht werden soll.

Der Bezirk fordert seine Vertreter im Reichstage auf, der neuen Regierung das Vertrauen keineswegs auszusprechen und für die Aufhebung des Ausnahmezustandes zu stimmen.

Ostpreußen. In einer Konferenz des Bezirksvorstandes, des Bezirksausschusses, der ostpreussischen Reichs- und Landtagsabgeordneten und der Kreisleiter der Provinz Ostpreußen wurde nach gründlicher Aussprache mit allen gegen drei Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Die am Sonntag, den 7. Oktober, in Königsberg tagende Konferenz des Bezirksvorstandes, Bezirksausschusses und Kreisleiter der SPD. Ostpreußens billigt das Verhalten der Reichstagsfraktion bei der letzten Regierungskrise und die Aufrechterhaltung der großen Koalition, spricht aber ihre Befremden darüber aus, daß ein Sitz im Ministerium aufgegeben worden ist.“

Die Konferenz ist sich bewußt, daß die Regierungskrise hervorgerufen wurde durch das Bestreben der Reaktion, die Republik zu stürzen und die Errungenschaften der Arbeiterklasse auf sozialpolitischem Gebiet — wie den Achtfundentag usw. — zu beseitigen, sowie die Lasten des verlorenen Krieges der Arbeiterklasse aufzubürden.

Die Konferenz fordert die Parteigenossen in Ostpreußen auf, treu zur Partei zu stehen und durch Einigkeit und Geschlossenheit alle reaktionären Widerstände zu brechen, den Bestand der Republik zu sichern und dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen.

Hannover. Eine Konferenz der SPD. der Provinz Hannover am 7. Oktober nahm nahezu einstimmig folgende Resolution an:

„Die heutige Konferenz von Vertretern der Sozialdemokratischen Partei aus dem Bezirk Hannover erklärt sich mit dem Entscheid der Fraktion, in das Koalitionministerium einzutreten, einverstanden.“

Sie erklart in den Beschlüssen die gegebene Möglichkeit, die Interessen des arbeitenden Volkes zu vertreten, die Bestreben der Reichstagsfraktion gegen den Bestand der Republik zu überwachen und abzuwehren und die Rechte des werttätigen Volkes zu schützen.

Die Konferenz erwartet, daß die sozialdemokratischen Rabinettsmitglieder die geplanten Ermächtigungsgesetze in der Vorbereitung auf ihre Wirkung kontrollieren, in der Ausführung überwachern und ihre Aufhebung fordern, sobald sie die Interessen der Arbeiter schädigen.

Die Konferenz erwartet, daß der militärische Belagerungszustand bald abgebaut wird.

Die Konferenz fordert die Parteigenossenschaft in der Provinz auf, im Vertrauen hinter unseren Vertretern in der Regierung zu stehen und an dem Ausbau der Organisation zu arbeiten und die Geschlossenheit aufrechtzuerhalten und zu stärken.

Essfurt. In einer stark besuchten Mitgliederversammlung am 10. Oktober wurde folgende Resolution angenommen:

Die Mitgliederversammlung der SPD. Essfurt stellt fest, daß das Experiment der großen Koalition mißlungen ist. Es ist deshalb vom Standpunkt der Arbeiterklasse und der Partei ein Fehler, erneut eine Regierung der großen Koalition zu bilden, in der die Sozialdemokratie verminderten Einfluß hat. Die Versammelten protestieren gegen den Wiedereintritt der SPD. in die Stresemann-Regierung und billigen die Gründe, die die Rinderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion veranlaßt hat, gegen die Neubildung der großen Koalition zu stimmen.

Die Versammlung fordert vom Parteivorstand und von der Reichstagsfraktion:

unbedingtes Festhalten am Achtfundentag und am Betriebsratsgesetz.

schärfsten Widerstand gegen den Abbau der Demobilisierungsbestimmungen;

Eintreten für die Beseitigung des Ausnahmezustandes, wenn er nicht sofort in Bayern Anwendung findet;

schärfste Kontrolle der Handhabung des Ermächtigungsgesetzes, das die Gefahr der Diktatur gegen das Proletariat in sich birgt.

Der Angriff der Schwerindustrie auf die wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse erfordert die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte durch die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften und die höchste Kampfbereitschaft, die keine Störung und Beeinträchtigung durch die erneute Regierungsbeteiligung der SPD. erfahren darf.

Kein überzeugter Sozialdemokrat darf jetzt der Partei den Rücken kehren; denn zum Kampf gegen die Reaktion gehört eine geschlossene, ungeschwächte Partei.

Außerdem fand nach folgender Antrag gegen wenige Stimmen Annahme:

„Der Bezirksvorstand Groß-Hüringen wird aufgefordert, sich für die baldige Abhaltung eines außerordentlichen Parteitag einzusetzen.“

Hagen. Eine Konferenz des Unterbezirks Hagen nahm folgende Erklärung an:

„Die durch die Volkspartei herbeigeführte Regierungskrise hat in Parteifreien das Mißtrauen gegen die große Koalition verstärkt. Sie bedauert, daß die Fraktion auf die Beseitigung des Finanzministeriums durch den Genossen Hilferding verzichtete und dadurch den Einfluß der Partei im neuen Kabinett erheblich schwächte. Als Teil des Industriegebiets, der auch unter der Besetzung leidet, verleiht sie nicht, daß die Parteinstimmen der bürgerlichen Reaktion nicht mit aller Deutlichkeit sagten, daß die Arbeiterklasse nur ein Interesse an der deutschen Republik haben kann, wenn die politischen und sozialen Rechte der Arbeiterklasse unangefastet bleiben. Eine Republik von Hillers und Lubendorfs Gnaden muß den Widerstand der republikanischen Bevölkerung des Industriegebiets gegenüber den Gewaltmaßnahmen Frankreichs vernichten. Die Konferenz erwartet von den Parteimitgliedern in der Regierung, daß sie alles tut, um zu verhindern, daß die Grundrechte der Arbeiterklasse beseitigt werden. Sie fordert die Parteigenossen auf, in dieser schweren Zeit fest zur Partei zu stehen und jedem Zerpfitterungsveruch entgegenzutreten. Nur die geschlossene Einheit der Partei und Gewerkschaften kann in Zukunft die Gefahren, die der Arbeiterklasse drohen, bannen.“

Celzig. Die Funktionäre des Bezirks Leipzig nahmen am 8. Oktober eine Entscheidung an, in der es u. a. heißt:

„Die Wiederkehr der großen Koalition ist kein Erfolg der Sozialdemokratie, sondern ein vorläufiger Erfolg der deutschen Fertiginindustrie. Er wurde nur möglich durch Konzessionen, die wesentlich auf Kosten der Sozialdemokratie gehen. Diese Konzessionen sind: 1. Bedingte Aufgabe des Achtfundentages; 2. Zustimmung zu dem Ermächtigungsgesetz, das die finanz- und wirtschaftspolitischen Teile der sozialpolitischen Gesetzgebung der Kontrolle des Parlaments und damit der Arbeiterklasse entzieht; 3. die Beseitigung Hilferdings.“

Diese Konzessionen stellen eine erneute schwere Belastung der sozialdemokratischen Bewegung dar. Aus diesen Gründen können die Funktionäre die Entscheidung der Reichstagsfraktion, auch unter wesentlich verschlechterten Bedingungen in die neue Regierungskoalition einzutreten, nicht billigen. Sie sind der Auffassung, daß unter den gegenwärtigen politischen Nachverhältnissen der Eintritt der Partei in die schärfste Opposition notwendig ist. Nur im schärfsten Kampf der Arbeiterklasse gegen die vereinigte Reaktion können die Interessen der Arbeiterklasse gewahrt werden. Der Streit um die Teilnahme der Sozialdemokratie an der neuerstandenen Koalition muß gegen diesen Kampf zurücktreten.

Die kartellierte Schwerindustrie vereint mit den konterrevolutionären Geheimbänden und der äußersten Rechten des Reichstags erfinden die Diktatur, um die Republik zu stürzen, der Arbeiterklasse die sozialen Errungenschaften der Revolution, insbesondere den Achtfundentag, zu entreißen, um ungehemmt das deutsche Volk reiflos ausbeuten zu können. Die Kämpfe der Schwerindustrie gegen die Gewerkschaften, die Diktatur in Bayern gegen die Arbeiterklasse, der verächtliche Rechtsruck um Berlin und der Sturz der Koalitionsregierung zeigen, daß das Unternehmertum die Zeit für gekommen hält, den Nothkampf gegen die Arbeiterklasse auszukämpfen.

Vorläufig ist der Aktur im Reichstage abgeschlossen worden. Die Arbeiterklasse darf sich aber darüber keine Täuschung hingeben, daß dieser Kampf bis zur endgültigen Entscheidung durchgefämpft wird, und sie muß alles daransetzen, um diesen Kampf siegreich zu bestehen. Das kann nur geschehen, wenn die Arbeiterklasse sich mit Energie auf diesen Kampf vorbereitet und die Geschlossenheit der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften nicht nur aufrechterhält, sondern weiter ausbaut.“

Gegen die Haltung der Reichstagsfraktion bei der letzten Regierungsbildung sprachen sich ferner aus die Genossen in Chemnitz, Frankfurt a. M., Heidelberg, Stettin und Leipzig. Gebilligt wurde die Haltung der Fraktion in einer Parteiversammlung in Stuttgart.

Weiter bis Montag mittag. Rühler, überwiegend bewillt, aber veränderlich mit wechselnden Regenschauern bei ziemlich kaltem westlichen, später nordwestlichen Winden.

## UNITED STATES LINES

Amerikanische Regierungsdampfer  
**NACH NEW YORK**  
von Southampton — Cherbourg  
**LEVIATHAN**  
30. Oktober, 20. November, 15. Dezember  
Von BREMEN über Southampton und Cherbourg nach NEW YORK  
**GEORGE WASHINGTON**

24. Oktober		29. Dezember
President Arthur	19. Oktober	22. Dezember
America	31. Oktober	1. Dezember
President Roosevelt	7. November	12. Dezember
President Harding	14. November	16. Januar
President Fillmore	21. November	

Abfahrt von Southampton und Cherbourg 1 Tag später  
Alle Näheren durch untenstehende Adressen  
Vorteilhafte Geldeinheit für Güterbeförderung

### UNITED STATES LINES

Berlin W 8, Unter den Linden 1 NW 40, Invalidenstr. 93  
Berlin W 9, Budapeststr. 5 W 8, Unter den Linden 22  
General-Vertretung: Norddeutscher Lloyd, Bremen

Keine Geldentwertung mehr!  
Bei uns kauft man auf Vorkaufzahlung

## STOFFE für Herren- und Damen-

Bekleidung weltbekannt.

### KOCH & SEELAND G. M. B. H.

Gegründet 1880.      Gertreubenstr. 20-21.      Gegründet 1881.



**Theater, Lichtspiele usw.**

**Theater i. d. Königsstr.**  
8 Uhr  
**Schweiger**  
Komödienhaus  
8 Uhr  
**Mein Vetter Eduard**  
Berliner Th.  
Sonnab. Premiere:  
**Dolly**  
Musik  
von Hugo Hirsch  
**Hilde Wörner,**  
**Inga Gleichen,**  
**Gustl Warner,**  
**Curt Vespermann,**  
**Hans Junkermann,**  
**Robert Scholz,**  
**Lotte Anderson,**  
**Otto Schäfer**

**Rose-Theater**  
9 1/2 Uhr  
**Ein Mann aus d. Volk**

**Palast**  
Potsdamer Str. 19  
Ecke Margarethenstr.

**Eustige Woche**  
mit  
**Larry Simon**  
und  
**Jimmy Aubrey**  
3 Uraufführungen  
Beginn: Werktag 6 Uhr  
Sonntag 5 Uhr

**Volksbühne**  
7 1/2 Uhr: Der schwarze Jäger  
**Lesing-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die letzte Mail: Der Unbestechliche (Max Pallenberg)  
Mont. bis Freit. 7 1/2 Uhr: Wie es auch gefäht  
Besch. Künstler-Th. Allabendl. 7 1/2 Uhr: Der Fürst v. Pappenheim  
**Th. im Admiralspalast**  
Tägl. 7 1/2 Uhr  
**Drunter und drüber**  
Deutsch-Opernhaus  
7 Uhr: **Aida**  
Met. 7 1/2 Uhr: Der Teufel  
Große Volksoper im Theat. d. Westens  
7 Uhr: Lohengrin  
Met. 7 1/2 Uhr: Die weiße Frau  
**Intimes Theater**  
4 Uhr: Abendbesuch  
Die K. u. K. Hase etc.  
**Metropol-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Casino-girls**  
**Neues Theat. z. Zoo**  
7 1/2 Uhr: **Die Luxustrau**  
**Thalia-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Mimikry**  
**Waliner-Theater**  
8 Uhr: **Casa Kaiser**  
**Lustspielhaus**  
"Die Truppe"  
8 Uhr: Von Teufel geht  
**Variété-Programm**  
Rauchen gestattet!  
**Archibald's Th.**  
Tägl. 7 1/2 Uhr  
u. Sonntag 4 Uhr  
Stettiner  
Sänger

**Komische Oper**  
7 1/2 Uhr: Die große Revue d. Kontinents  
**Die Welt ohne Schleier**

**Apollo-Theater**  
Direktion: James Klein  
7 1/2 Allabendlich 7 1/2  
Die große Revue  
**Europa spricht davon!**

**Casino-Theater**  
Die 30 neuen Reichen  
Th. a. Koth. Vor  
Tägl. 7 1/2 Uhr  
u. Sonntag  
mit 1 Uhr  
**ELITZ-Sänger**  
u. a.  
Der Haus-schlüssel

**Altmetalle**  
kauft jeden Posten  
**W. Nelke-Berlin SW 61**  
Belle-Alliance-Strasse 99  
Kurfürst 4360

**Schreib- und Rechen-Maschinen**  
Geb. Weinitschke Seydelstr. 3

**Zigaretten**  
Mitarb. 1928. Marz  
weit unter Fabrikpreis  
Fritz Köhler & Co.  
Tobackwarenhandlung  
Hanselstrasse 20  
in der Turmhöhe  
Moabit 2099

**Garderobe**  
für Damen und Herren noch preiswert auf Teilzahlung!  
Gehr. Rabner  
Böllowstr. 6  
am Nollendorfpl.

**Ausnahme-Angebote!!!**

Herrngummimäntel, soweit Vorrat . . . 12% Milliarden  
Seidengummimäntel für Damen, soweit Vorrat 26%  
Reinwollene Strickjacken . . . . . 9%  
Strickwesten . . . . . 7%  
Wundervolle Flauchmäntel . . . . . 18, 27, 36  
Eskimo- und Velour-de-laine-Mäntel mit Pelzbesätzen auf la Seidenfutter, soweit Vorrat . . . 96%  
Für Montag u. Dienstag 10% Rabatt auf nachstehende Modelle in Pelzmänteln, Seal Electric, Slinks, Zickel- u. Katzenjacken, Plüschmänteln, Mohlr-Astrachanmänteln, Seal-Plüschmänteln, Winter-Sport- zu noch sehr billigen Preisen!

**Westmann**  
1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstr. 37a 2. Geschäft: Berlin N 0, Gr. Frankfurter Str. 115

**Rennen zu Grunewald**  
Montag, den 15. Oktober, nachm. 1 Uhr

**Trabrennen Mariendorf**  
Sonntag, den 14. Okt., mittags 12 Uhr

**Establisement Zielka**  
Friedrichstr. 60, Ecke Leipziger Str.  
**Variété - Kabarett**  
im Konzertsaal u. Margaretenaal  
Nachmittags 4 1/4 u. abends 7 1/4 Uhr  
Das schenwerteste Oktober-Prgr.  
**Lisa Wetse** und **Kurt Vespermann**  
Paul O'Honnis Die Döllnoffs  
Lentl Bowitz Ias Mesina  
James Basch Kara Bosh  
Ballett Oberon, einst v. L. Molow  
Mario Costa und Anni Klemchen  
J. Blinbaum mit großem Orchester

**Der große Operetten-Erfolg**  
**Charlie**  
Theater i. d. Kommandantenstraße

**HAMBURG - AMERIKA LINIE**  
UNITED AMERICAN LINES  
Nach  
**NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA**  
**AFRIKA, OSTASIEN USW.**  
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Kabinbedarf. Erstklassige Salons- und Kabinendampfer.  
Etwa wöchentliche Abfahrten von **HAMBURG NACH NEW YORK**

**Eisenbahnfahrkarten**  
zu Schalterpreisen. Zusammenstellb. Fahrscheine für das In- und Ausland

**Schlafwagenplätze**  
Bettkarten für deutsche und für internationale Schlafwagen

**Reisegepäckversicherung**  
ohne Zeitverlust zu günstigen Bedingungen, auch für Obereisen

**Luftverkehr**  
Rundflüge, Reklameflüge, Brief- u. Paketbeförderung

Ausküfte und Deutsches durch **HAMBURG-AMERIKA LINIE**  
Hamburg und deren Vertreter i. d. **BERLIN W 8, Unt. d. Linden 5**  
Potsdamer Platz 3 und **Leipziger Str. (Kaufhaus Platz)**  
Prachtauskünfte erteilt das Schiffsfrachtkontor G. m. b. H. **BERLIN W 8, Unt. d. Linden 5**

**Nordamerika**

**CUNARD**  
Schnelldienst  
Hamburg Southampton New York  
Cherbourg  
„Tyrrhenia“ 17 000 tons 8. Nov.  
„Andania“ 14 000 tons 28. Nov.  
Neue Schnelldampfer, Oelfeuerung  
1., 2. u. 3. Klasse  
Regelmäßige Schnelllinien von  
Liverpool, London, Glasgow und Kontinentale Häfen nach den vorerwähnten Staaten und Canada  
Wöchentliches Expedient  
Southampton — Cherbourg — New York

Vertretung in Berlin:  
Cunard Line Reisebureau G. m. b. H.,  
Hotel Bristol, Unter den Linden 6  
sowie  
Atlantic Express Gesellschaft m. b. H.,  
Friedrichstraße 131 (Ecke Karlstraße)

**Der große Operetten-Erfolg**  
**Charlie**  
Theater i. d. Kommandantenstraße

**Trauringe**  
direkt ab  
Fabrik  
an Private  
Schneider, Sobu  
Frankf. Str. 15  
a. d. Friedrichstr.

**Befanntmachung**  
Trotz der Senkung des Kohlenpreises im Goldmarkt bedeutet die unerhörte Entwertung der Mark eine noch nicht dagewesene Steigerung des Kohlenpreises und damit auch des Gaspreises in Potsdam. Es gelangt daher, vorbehaltlich weiterer Preisänderungen, in unserem gefamten Verwaltungsgebiete, mit Ausnahme von Berlin, bei denjenigen Abnehmern, bei denen vom 14. Oktober d. J. ab seitens unserer Beauftragten die Gasmessschilde aufgenommen werden, für das seit der vorangegangenen Standabteilung verbrauchte Gas ein Preis von  
**100 Millionen Mark**  
je cbm einschließlich Kohlen- und Umwandlungs- und Riese für Gasmeter und Messungsinstrumente sowie sowie Wäge an die Grünsender zur Erhebung unserer Geldleistungen überbeauftragt zu dem obigen Preise gleichzeitig den Betrag für einen anhängigen Gasverbrauch im voraus entgegenzunehmen. Jedigung für diesen Verbrauch ist aber, daß die Zahlung sowohl für diesen als auch für den fortgeführten Gasverbrauch sofort an den Geldbesitzer erfolgt.  
Sitz sind außerhalb, Zahlungen für Gasverbrauch auf anderem Wege als dem vorgenannten entgegenzunehmen, weil Zahl- und Gehaltungen mit erheblicher Verzögerung und infolge dessen unvermeidlich bei uns eingehen. Auch die Übertragung in unsere Geschäftsbücher ist gänzlich unmöglich. Sollten uns dennoch Zahlungen durch Post oder Bank zugehen, so müssen diese Beträge entweder zurückgeschickt werden oder für Sonntags nur als Anzahlung zu dem Gaspreise verwendet werden, der bei der nächsten Rechnungslegung in Kraft tritt. Regelmäßige Rechnungslegung für eine rechtzeitige Rückzahlung oder Verbuchung können wir ausdrücklich ab.  
Berlin, den 14. Oktober 1923.  
Gasbetriebsdirektion  
Bismarckstraße 20

**Bettwäsche**  
Diese Woche 3% Rabatt u. Fahrtvergütung  
Konkurrenzlos billiges Angebot!  
Bettbettbezüge, Kissen, Bettdecken :: Inletts  
Angelaubte Weisemuster und Fensterwäse besonders preiswert!  
Wäsche, Bettwäsche, Tischwäsche, Frühlingswäsche, Scherwäse, Lakar, Damast und Handtücher  
Fabrikpreise  
Reelle fachmännische Bedienung  
Ailteste Spezial-Bettwäsche-Fabrik  
Größestraße 39 (Hasenheide)  
Brunnenstr. 10 (Rosenhafer Pl.)  
Spandau, Potsdamer Straße 20

**Geschlechts-Spezialarzt**  
Haut- und Frauenleiden  
Berlin: Dammer Str. 1, Ecke Brunnenstr., Potsdamer Str. 123 B, Königstr. 56/57, Friednau: Rheinstr. 1, 12 Institute in Deutschland.

**Zur internationalen Lage**  
A. LAPINSKI:  
Die Besetzung des Ruhrgebiets und der Zerfall Europas  
KARL RADEK:  
Die Liquidation des Versailler Friedens  
KARL RADEK:  
Der Kampf der Komintern gegen Versailles und gegen die Offensive des Kapitals  
G. SINOWJEW:  
Die kommunistische Internationale auf dem Vormarsch  
L. TROZKI:  
Die neue ökonomische Politik Sowjetrusslands und die Weltrevolution  
E. VARGA:  
Die Niedergangspériode des Kapitalismus  
VERLAG CARL NOYM  
NACHF. / HAMBURG 2

**Schnellkur**  
Dr. med. Dammanns Heilanstalten  
ohne Berulungsstörung  
nach eigenem erprobten Verfahren.  
Deutschland.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Wagen- und Karoffelarbeiter  
Montag, 15. Okt., nachm. 6 Uhr.  
im Verbandshaus der Holzarbeiter, Mangelstraße 30:  
**Funktionär-Sitzung**  
Achtung! Auto-Reparaturbetriebe  
Dienstag, 16. Oktober, abds. 7 Uhr.  
im Lokal von Domeslet, Jolowstraße 7:  
**Funktionär-Konferenz**  
Achtung! Zeitungsarbeiter  
Dienstag, 16. Oktober, nachm. 5 Uhr.  
im Lokal von Dieffen, Striederer Str. 2:  
**Kommissions-Sitzung**  
Achtung! Werkzeugmacher  
Dienstag, 16. Oktober, abds. 6 Uhr.  
im Verbandsbause, Eintrachtsstraße 33/35:  
**Kommissions-Sitzung**  
der Brauereiarbeiter  
Dienstag, 16. Oktober, abds. 6 1/2 Uhr.  
im Verbandsbause (Sitzungslokal), Eintrachtsstraße 33/35:  
**Konferenz**  
Hauptgruppe I. Untergruppen 1 und 2  
Mittwoch, 17. Oktober, abds. 6 1/2 Uhr.  
im Lokal von Noh, Mangelstraße 12:  
**Gruppenversammlung**  
Die Gruppenleitungsvergütung legt eine Stunde früher in demselben Lokal.  
Achtung! Metallarbeiter  
Die Kommissions-Sitzung am Dienstag, den 10. Oktober, fällt aus.  
Achtung! 15. Beziel.  
Mittwoch, 17. Oktober, abds. 7 Uhr.  
im Verbandsbause (Zimmer 14), Eintrachtsstraße 33/35:  
**Kommissions-Sitzung**  
Die Beiträge für die 42. Woche, fällig mit Sonntag, den 11. Oktober, betragen:  
100 000 000 70 000 000  
140 000 000 80 000 000  
120 000 000 1 000 000  
90 000 000 Jan. 2000  
41/2 Die Ortsverwaltung.

**ROYAL MAIL LINE**  
Die Königl. Englische Postdampfer-Linie  
Gegründet 1839  
Regelmäßiger Post-, Passagier- und Frachtdampferdienst  
**HAMBURG - NEW YORK**  
P.-D. „Orca“ 20. Okt. 19. Dez.  
P.-D. „Orduna“ 31. Okt. 3. Jan.  
P.-D. „Ohio“ 7. Nov. 27. Dez.  
P.-D. „Orbita“ 28. November  
Fahrpreise HAMBURG - SOUTHAMPTON:  
I. Klasse £ 5, Kajüte u. II. Klasse £ 3,10 s.  
**BRASILIEN - LA PLATA**  
von Southampton und Cherbourg  
P.-D. „Araguaya“ 19. Oktober  
Anschlußdampfer von Hamburg.  
Nähere Auskunft erteilen:  
**ROYAL MAIL LINE G. m. b. H.**  
HAMBURG BERLIN  
Alsterdamm 39 Unter den Linden 17-18  
sowie für Passage:  
**Brasch & Rothenstein, Berlin**  
Unter den Linden 71  
Aenderungen vorbehalten

**Hermann Engel**  
Landsberger Straße 85-86-87  
Ohne Rücksicht auf den erhöhten Dollarkurs  
außergewöhnlich billige Angebote zu Papiermarkpreisen  
Leppische, Gardinen, Einferkoffe, prima Leppischeauslegeloffe in allen Farben  
Leibwäsche, Bettwäsche, Tischwäsche, Tischtüchern  
Flauchmäntel, schwere Winterware, in allen modernen Farben und Formen 14800 000 000 13200 000 000 12000 000 000  
Eskimo- und Tuchmäntel, dunkelblau und schwarz 21000 000 000  
Dunkelblaue Cheviotkostüme, reine Wolle 25200 000 000 22000 000 000  
Reinwollene Cheviotkleider, jugendl. Modarten 12400 000 000 9600 000 000  
Praktische Kleiderhülle 4200 000 000 3600 000 000 2640 000 000  
Wollene gestrickte Kleider, kunstgewerblich 18900 000 000  
Ausscheidene Lederziehjacken 3800 000 000  
Sportbusen auf la Flant 2400 000 000 1260 000 000  
Reinwollene Anabenstrickanzüge in allen Farben f. 3 Jahre 3000 000 000  
Wollgemischte Herrenhemden mit Einfaß 4600 000 000  
Herrngarnituren, meli. bla. grau 3360 000 000  
Graue und braune baumwollene Herrenjosen 320 000 000  
Braune und schwarze wollene Kinderstrümpfe etc. 1560 000 000  
Prima Seidenstrümpfe in allen Farben 1680 000 000  
Große Auswahl in eleganten Kinderkleidern u. -mänteln, Anabenanzügen  
Polats und Mänteln. Gatzündende Baby-Kleider und -Anzüge

**Alte Ortskrankenkasse für Zehlendorf u. Uing.**  
Nam 15. Oktober 1923 ab gelten folgende Eohntafeln, Grundbeiträge und Beiträge:  
Sämtliche Beiträge in Mark.  
Eohn- Arbeiterbeitr. Grund- Beitr. Zehl-  
hufe auf den Kal. 1923 1924 1925 1926  
über 21. bis 25. 26. 27. 28.  
A. Beziel ohne Entgelt 40 55  
I. 80 60 54  
II. 80 bis 150 120 104  
III. 160 240 200 18  
IV. 240 320 250 23,2  
V. 320 400 350 32,4  
VI. 400 480 440 39,6  
VII. 480 560 520 46,8  
VIII. 560 640 600 54  
IX. 640 720 680 61,2  
X. 720 800 72  
Auf die erhöhten Leistungen besteht ab 22. Oktober 1923 Anspruch.  
Es ist beabsichtigt, auf Grund der Berechnung vom 27. 8. 23 (Rohr. I Seite 968) bei gewöhnlichen Betriebs das Lohnfortzahlungssystem einzuführen. Den in Frage kommenden Arbeitgebern werden rechtzeitig entsprechende Schreiben zugehen.  
Zehlendorf, den 12. Oktober 1923.  
Der Vorstand.  
G. Ugalte, K. Hüter,  
Vorführer. 93 Schriftführer.



Wirtschaft

Ermächtigung — Verpflichtung.

Das Ermächtigungsgesetz, das gestern im Reichstag angenommen wurde, gibt der Reichsregierung weitgehende wirtschafts- und finanzpolitische Vollmachten. Unbeschwert von den immerhin langwierigen Gang parlamentarischer Verhandlungen kann sie von sich aus wirtschaftliche und finanzpolitische Maßnahmen von größter Tragweite mit Befehlsgewalt treffen. Es hätte einer derartigen Vollmacht nicht bedurft, wenn nicht in allen Kreisen des Volkes darüber Ueberstimmung herrschte, daß die außerordentlich gestiegene wirtschaftliche Lage in diesen Tagen entscheidende Taten von der Regierung verlangt, Taten, die keinen Aufschub mehr dulden und die geeignet sind, den Leidensweg des deutschen Volkes abzukürzen.

Die Arbeiterschaft hat an erster Stelle das Recht, Abhilfe gegen die täglich wachsende Not zu fordern. Sie hat dieses Recht schon deshalb, weil sie niemals in einem falschen Klassenegoismus sich auf Forderungen zu ihrem eigenen Vorteil beschränkt, sondern sich zugleich schützend vor alle wirtschaftlich Schwachen gestellt hat, die durch den Währungsverfall proletarisiert wurden. Sie hat aber heute das Recht dazu mehr als je, weil sie von dem Marktsturz und der Teuerung in einer Weise betroffen wurde, die alle Begriffe übersteigt.

Dem mit der Teuerung wächst die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag. In derselben Zeit, wo die Unternehmer mit allen Mitteln die Verlängerung des Arbeitstages betreiben, verweigern sie Hunderttausenden das Recht auf Arbeit. Nicht immer sind es rein wirtschaftliche Gründe, welche sie für die Betriebseinschränkungen ins Feld führen können. Meist sogar ist es die gänzlich unproduktive Einstellung, welche sich in allen Kreisen des Unternehmertums in der Zeit der Inflationswirtschaft und des Großverdienens breitgemacht hat: man verzichtete darauf, mit einer planmäßigen Preispolitik und mit einer Senkung der Geldpreise den erlahmenden Absatz des Inlands zu beleben. Man hielt sich an den Schutz der Monopolstellung, den die Unternehmer in ihren Kartellen genossen. Und man schloß eher die Pforten der Fabriken, unbekümmert um das Schicksal derer, die draußen blieben, ehe man die aus der Absatzstörung mit zwingender Logik sich ergebende Konsequenz, den Preisabbau, ernsthaft sich zu eigen machte.

Ein besonderes Kapitel ist die Landwirtschaft. Niemand wird bestreiten müssen, daß ihr mit der Geldentwertung ein Risiko erwächst, das sie nur ungern eingehen kann. Wenn aber verantwortliche Organe der landwirtschaftlichen Unternehmerverbände die Ablehnung der Papiermark förmlich propagieren und ohne Rücksicht auf die wachsenden Ernährungschwierigkeiten der Verbraucher der Abkehr von der Mark und damit der Währungsruhmhaltung das Wort reden, so ist das ein Verbrechen an der Volksgemeinschaft.

Hier muß unbedingt eingegriffen werden. Eine Reihe von Verordnungen hat die Regierung bereits angekündigt. In der Frage der Sanierung der Staatsfinanzen ist ein grundlegender Schritt mit Aufwertung der Steuern bereits erfolgt. Die sachliche Vorbedingung für die Befreiung des Steuerbetruges mit Hilfe der Geldentwertung ist dadurch geschaffen. Seine Wirkung wird in hohem Maße von der Art der Durchführung dieser neuen Bestimmungen abhängen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß wir bei der sogenannten Landabgabe und bei den Einfuhrzöllen eine solche Aufwertung bereits längere Zeit haben, daß aber die Anpassung der Steuer an die Geldentwertung gerade in Zeiten starken Marksturzes äußerst unzulänglich ist. Der Landwirt und der Importeur zahlt z. B. bei der Steuer in der Zeit vom 17. bis 19. Oktober, also vom nächsten Mittwoch ab nur 1080 Millionen Mark als je eine Goldmark. Niemand weiß, wie hoch der Dollar am nächsten Mittwoch stehen wird. Bisher aber war es so, daß die Steuergoldmark hinter der „Dollargoldmark“, welche der Importeur und der Landwirt seinen Preisen zugrunde legt, ganz wesentlich zurückbleibt. So galt in der Zeit vom 10. bis 12. Oktober eine Steuergoldmark = 137 Millionen Mark. Der Wert der Goldmark über den Dollar errechnet, stellte sich aber am 10. auf 708,6 Millionen, am 11. auf 1,2 Milliarden, am 12. auf 952 Millionen

Mark. Man muß verlangen, daß die Aufwertung der Steuern sich dem Dollarkurs auf das engste anpaßt. Daß das technisch nicht geht in einer Zeit, wo jeder Zoll- und Steuerbeamte sich über den Dollarkurs informiert, ehe er seine Frau einkaufen schickt, wird wohl niemand behaupten können.

Auf die Art der Durchführung, nicht auf den Wortlaut noch so gut gemeinter Verordnungen kommt es auch an, wenn man das Problem des Preisabbaues ernsthaft anpacken will. Man hat jetzt die Befreiung der Kohlensteuer vorgenommen. Das ist für die Reichsfinanzen, die kuriert werden sollen, ein empfindlicher Schlag. Er wird aber ausgeglichen werden durch eine größere Ergiebigkeit anderer Steuern, wenn es wirklich gelingen sollte, durch einen Preisabbau in der gesamten Industrie den Absatz zu beleben. Der erste Versuch, auf diese Weise einen Preisabbau herbeizuführen, ist im März dieses Jahres erfolgt. Damals ist die Steuer um 10 Proz. ermäßigt worden. In den Preisen der Fertig-

Achtung! Partei- u. Gewerkschaftsfunktionäre, Achtung! politische Vertrauensleute, Betriebsräte!

Dienstag abend 7 Uhr in den Germania-Sälen, Chausseest. 110:

Funktionärkonferenz

Tagesordnung:

Bericht über die Verhandlungen mit den politischen Parteien und den Gewerkschaften. — Referenten: Genossen Ortman und Jala.

fabrikate war aber von einer Verbilligung der Selbstkosten nichts zu spüren. Die Industrie schützte die Kohlensteuer, ohne daß die Verbraucher davon Nutzen hatten. Es wird darauf ankommen, daß man jetzt einen ähnlichen Mißerfolg vermeidet. Das geht nur, wenn die Regierung durch scharfe Beaufsichtigung der Kartellpreispolitik dafür sorgt, daß nun mit einem Preisabbau auf der ganzen Linie ernst gemacht wird.

Wenn die Regierung ihre Vollmacht zu starken Eingriffen in die Wirtschaft selbst von den Vertretern des arbeitenden Volkes entgegennehmen, so erwächst ihr daraus die Verpflichtung, alles zu tun, um dem Währungsseind Einhalt zu gebieten, das die letzte Ursache der Ernährungsnot und aller übrigen Fäulniserscheinungen am Wirtschaftskörper ist. Nachdem das Parlament ihr Vollmachten erteilt hat, wird die Mäßigkeit privatrechtlicher Interessenten offen und verstreut, in der Presse und in den Amtsstuben verstärkt einsehen, um die Regierung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Sie wird hier nicht nachgeben dürfen. Nach dem Erfolg, nach der Schnelligkeit und der Zielbewußtheit, mit der sie handelt, wird man die Regierung beurteilen. Die zu höchster Empörung entflammte Erbitterung der arbeitenden Massen über die sprunghafte Teuerung, die wachsende Not der Arbeiterschaft müssen ihr eine Mahnung sein, daß keine Zeit mehr zu verlieren ist.

Die „T-Mark“. Mit Wirkung ab 15. Oktober wird das gesamte Bankgewerbe, und zwar sowohl private als auch staatliche Geldinstitute, insbesondere auch die Reichsbank eine Umstellung auf die sogenannte T-Mark vornehmen. Die neue Mark hat allerdings noch nichts mit der geplanten Goldmünze zu tun, sondern ist lediglich der tausendfache Betrag der alten Papiermark, d. h. 1000 Mark gleich 1 T-Mark. Die letzten drei Ziffern eines Betrages werden nicht mehr geschrieben und gebucht. An Stelle der fortgelassenen drei Nullen tritt die Bezeichnung T gleich Tausend Mark. Es handelt sich also um eine rein technische Maßnahme, die durch die Notwendigkeit, die zahlenmäßige Darstellung der Wertbeträge zu vereinfachen, hervorgerufen ist, insbesondere weil die Notizen in den Büchern und Formularen und nicht zuletzt die vorhandene Stellenzahl der in großen Betrieben verwandten Buchungsmaschinen für die Buchung nicht mehr ausreichen. Durch diese Vereinfachung der Zahlen soll eine wesentliche Arbeitersparnis und leichtere Lesbarkeit der ins umgehende gestiegenen Beträge erreicht werden.

28 226,8 Billionen Mark Banknoten waren am 29. September im Verkehr. Der Banknotenumlauf hatte in der letzten Septemberwoche sich mehr als verdreifacht. Dagegen ist der Goldbestand der Reichsbank erneut um 25,8 auf 443,9 Millionen Goldmark zurückgegangen. Die Steigerung des Notenumlaufs ist wieder zum größten Teil bedingt durch die Kreditanforderungen des Reiches.

Harm Peters Brautfahrt.

Von Hans Fr. Blind.

Der Herbstwind jagte über den Deich und warf sich mit dunklen Schulkern gegen die niedrigen Fischerhäuser, daß sie stöhnten und ächzten vor seiner Last.

Vom Langboden klimperten ein paar Wolzertakte. Harm Peters stolperte neben Trine Nemes in die Nacht. Der West fuhr ihm kalt um Schäfen und Stirn, daß seine Gedanken starrer wurden. Der junge Fischer versuchte zu begreifen, was geschehen war. „War ja bloß Spaß, Tine“, stotterte er, „wir waren gerade mal so lustig.“ Aber das Mädchen ließ schweigend weiter und sah starr vor sich auf den Weg. „Ich geh morgen auf Fahrt, Tine, nu sei man nicht böß, bist doch meine kleine Braut!“

Er versuchte sie festzuhalten, aber sie riß sich los und lief nur um so schneller, als fürchtete sie sich vor ihm.

„Die andere ist nun mal so, die fällt einem gleich um den Hals!“ stotterte er.

Harm Peters hielt Schritt, er versuchte, von etwas anderem zu sprechen. „Dein Bruder sagte, Ihr habt Ladung nach Holland und wollt los. Ist doch besser 'ne Fischerfrau zu sein, Tine, dann kannst immer an Land bleiben. Sagt dein Bruder auch!“

Das Mädchen blieb plötzlich stehen und ballte die Hände. „Rein Bruder — oh du — wär der dabei gewesen, dann hättest etwas erleben können, du!“ Sie schlug die Hände vors Antlitz und schrie laut auf: „Die Schande, die Schande vor allen Leuten.“

Sie waren vor den Fischerhäusern angekommen, das Mädchen schüttelte in ihre Tür. Der andere blieb noch eine Weile im Dunkeln stehen, dann tappete er langsam den Weg zurück, und ihm war, als hätte er etwas Seltsames verloren, etwas, das man nur einmal findet, das nur einmal kommt, irgendwoher, vom Wasser, vom Himmel oder mit dem Wind vom Strom.

Nach drei Tagen stach der alte Nemes mit seinem Schoner in See. Harm Peters hatte auf bessere Wetter warten müssen, lag noch am Deich und sah lange zu, wie der andere den Hafen verließ. War ein altes Schiff, der Schoner, und wenn es schlecht Wetter gab, wußten alle Hände mithelfen an Bord. Aber daran dachte Harm Peters nicht. Der stand mit verblöhten Lippen auf seinem Küttel, hatte sein Mädchen im Sinn und wechelte sich vergeblich gegen die Trostlosigkeit, die ihn gemacht hatte. Als das braune Segel des Schoners mit der Erde langsam in den Nebel sank, hielt es ihn nicht mehr an Land. Er holte Bestmann und Jungen und wickte an Bord.

Harm Peters fischte zwölf Tage lang, fuhr einmal in die Weser ein, als das Wetter gar zu schlecht war, verkaufte und ging doch bald wieder hinaus, bis der Knacht sagte, der Fischer solle sich einen anderen suchen, um die paar Groschen wolle er sich nicht tadeln.

Am Abend des zwölften Tages legte der Wind nach Nordwest und der Sturm, der sich eben gelegt hatte, begann noch einmal ein gewaltiges Lied über der Nordsee zu singen, daß die antanzte und in wilden Bogen giseltete und schäumte. Im Witternachte wurde er tiefer, heißer, daß es klang, als finge er sich in Schläuchen und wolle während aufsteigende Berge zerreißen.

Als der Morgen über die See kam, wurde es allmählich still, als fürchtete der Sturm sich vor den Flächen und Gebeten dreier dabeim, die nun warten mußten.

Harm Peters sah die Dämmerung langsam über die Kimmung kommen. Er stand am Ruder, hatte die anderen in die Kojen geschickt, als das Wetter nachgelassen hatte, und wartete nun in wunderlicher Ruhe auf den Tag.

Es war stiller geworden in ihm. Der Sturm da draußen hatte seinen Sinn erfüllt zwölf Stunden lang, und er war müde und nachgiebig vor den allmächtigen Gewalten, die über das Meer gefahren waren, rings um ihn.

Mit halb schlafendem Sinn hörte er in die Dämmerung hinaus, und ihm war, als käme eine seltsame Weisung vom Meer. Die war wie bestender Dögelklang, zwischen dem keine zerrissene Schreie aufklangen, wie verhallende Rufe aus Lobesnot.

Der Schiffer fuhr still auf, mit weichen erschreckten Augen. Jemand woher hatte Tine Nemes gerufen mit ihrer weichen, singenden Stimme. Er schüttelte sich und lachte, wurde wacher und hielt steif vorwärts. Aber es waren nur die Bogen, die endlos herarrückten, aufbrausend unter den Eder entlang fuhren und vorn verflangen. Des Schiffers Augen wurden wieder müde und trüb, wie bei einem Schlaftrunkenen.

Da fuhr er noch einmal in die Höhe. Sein Blick war angstvoll geöffnet; ein Jittern lief durch seinen Körper, wie er es selten gefühlt hatte. Er hatte noch einmal deutlich das Mädchen gehört.

„Harm — Harm!“

Eine wunderliche Angst und Neugier überkam den Fischer. Er fürchtete sich, berechnete, wo ihr Schoner sein möchte, und plötzlich fiel ihm ein, daß sie wohl auf der Rückfahrt wären.

Er wollte weiter nachdenken, da kamen die brechenden Bogen, sangen ihr Lied, und alles ringsum schien einschläfernd zu rauschen und zu klingen. Der Fischer wurde plötzlich unruhig. Fernab, wenn die Seen seinen Küttel hoch auf den Rücken nahmen, war ein

Filmschau.

Die grüne Manuela.

E. A. Duponts neuer Film: „Die grüne Manuela“, der im U. A. Kur- für den Namen zur Uraufführung kam, enthält alles, was Kinobergen erfreut. Und dem Roman einer spannenden erzählenden Unterhaltungsschreiblerin — Clara Kayla — ist ein romantischer Stoff gewonnen und auf geschickter konzentrierender Weise dem Film dienlich gemacht. Nach Spanien geht die Kette (in Wirklichkeit war's Ungarn) und das Schicksal eines armen Mädels, die als angelegtes Kind beginnt und als große Sängerin endet, ist der Gegenstand des Erlebnisses. Umständlich wird über Bergschichten berichtet (Hindenburg, Klotter, das erste Abenteuer, die Verschleppung in ein Tümpelchen, aus dem sie vor der Verewaltung durch einen Offizier flüchtet). Und nun bekommt die Entwicklung Tempo und Schwung: sie wird die Braut eines lächerlichen Schmugglers, dem sie trotz aller Gefahren die Treue hält. Ränke mit der Gendarmerie auf dem Steppen. Ritten anschließend ihre Krönung, schwere Verwundung ihres Geliebten, den sie als tot aufgibt. Sie beginnt in Madrid ein neues Leben, die Umwelt eines Varietés-Theaters wird lebendig. Die Mädelein des Geliebten, seine Gefangenennahme und nummernartige Rettung und schließlich die Wiedervereinigung des treuen Paares ergeben Stoff zu packenden, mannigfachen Bilderreihen.

Der Regisseur wolle die Routine ausgepöhlter Kräfte durch die Frische unerprobter Kenningar erleben und hat so recht Respektables geleistet.

Für die neue Carmen (mit dem ungeliebten Vorzeichen) erwiderte er in der Ungarin Julie Ladach eine temperamentvolle Darstellerin, deren feingehobenes Gesicht sehr edel wirkt. Josef Binkler ist ein kraftvoll herrlicher Schmuggler, und auch die kleineren Rollen zeigen Eigenart und Ausdruck. Unter der Fülle der sich überlagernden Bilderwelt, die noch härterer Vereinfachung bedürftig, haben sich manche Szenen schonungslos heraus. Sie sind, obwohl nur Photographien, so schön in Form wie gute alte spanische Gemälde.

„Tragödie der Liebe“, dieser Noe-Way-Film, wurde bei seiner Uraufführung im Ufa-Palast am Zoo sehr freundlich aufgenommen. Technisch, photographisch (als Photographen wirkten Soplus Wangoo und Karl Buch) und darstellerisch wurde erstklassige Arbeit geleistet. N. W. sind im 1. und 2. Akt die Aufnahmen eines durch eine Scherenschnittführung lebendigen Auges vom allergrößten Reiz. Ebenso ist das Bild, in dem der gewalttätige Diebhaber in seinen Lebensbilder in wilder Flucht über die Hausdächer jagt, ihn aus schwindelnder Höhe in den ausgefahrenen Fluß wirft, kurz und wuschig. Auch ist der Film von viel Spannung durchwoben. Noe Way ist als Regisseur einflussreich und sicher. Nanning's als Darsteller eines Kellners, der im Banne eines losen Weibes steht, hervorsticht. Ma Way, deren Ruf als Filmstar über Deutschland hinaus gelangt ist, verliert es immer, gut auszusuchen. Erich G. L. h. n. als Genußweidchen Kuckuck, wird mit dieser schauspielerischen Leistung überall Beifall finden. Goldarom hat ein äußerst interessantes Gesicht. Nur das Kamuffbild verlag. Es ist mal wieder das übliche veraltete und verflachte Familienblatt-Festhalten. Der spanische Graf und sein Anhang heulen nach alter Schablone die ihm in den deutschen Filmen eingeräumte Hauptrolle. Der der Handlung in Paris und zwar das Paris der Gegenwart. Aber die Gegenwärtigen sind allerorts Kampfnaturen geworden. Davon verpöht man im Film nichts. Am Geantell, die Weibchen, die völlig ungerichtet unter der Anlage des Gatten-mordes laßt ein, daß man sie für tot ausgibt und überläßt ihrer Schwiegermutter seiner richtigen bösen Seiten, welche die junge Frau ohne Grund herabstößt, die Erziehung ihres Kindes, damit die Tragödie der Liebe mit den schönen Worten schließen kann: „Mutterliebe hatte das größte Opfer gebracht.“

Die neuesten Amerikaner. Die Biograph Co. New York läßt Filme neuester Produktion auf uns los und zwar gleich drei an einem Abend. So erleben im Primus-Palast „Jimmy Andrew als Beschützer der Unschuld“, „Harry Semon auf der Brautfahrt“ und „Harry Semon belebt den Kleinhändler“ ihre deutsche Uraufführung. Der erste annimmt, daß die neuesten Amerikaner sich von den alten unterscheiden, der ist gründlich im Verstum. Es sind wieder die simplen, technischen vorwärtlichen Filme, die Krokodilskontrollen und viel Gaudeln zeigen. Die Schauspieler sind jüher wie die Strohmannchen, nicht einmal eine Explosion kann ihnen etwas anhaben, sie reißt ihnen höchstens die Kleider vom Leib. Um die tollsten Einfälle sich fomici auszuwickeln zu lassen, ist munter die Heilspenenaufnahme herangezogen. Das Unmöglichkeit wird möglich gemacht, und dies Protesten hat tatsächlich auch zwei Akte begrenzter Unmöglichkeiten.

„Dr. Hülensburgs doppeltes Gesicht“ (Oswald-Lichtspiele). Vier ringt ein logisches durchgeleiteter Verbrecher um seine bessere Seele und ein edles Fräulein hilft ihm dabei. Sie hilft ihm so gut, daß er am Rande der Erlösung in einer Blüt und Donner spielenden Explosion die herbeigeholte bessere Seele aufhaucht. Das Fräulein bleibt leben. Die Szene geht bei der ganzen Episode durch alle Schrecknisse des Abenteuerfilms: Verdrückerbelangen, Einbrechermerksalten, Autorhegen Leute werden aus dem D-Zug geworfen, rollen einen Felsabhang hinunter und leben bis zum Schluss der 5 Akte, wo ihnen die Explosion ein selbiges Ende bereitet. Man geht mit dem dreifachen Gefühl nach Hause, der Katastrophe einer schönen Seele belagewohnt zu haben. Motto: Unrecht Gut gebelhet nicht.

schlingendes Schiff zu sehen mit gebrochenem Großmast. Er spähte scharf unter der hochgerasteten Tod hindurch, warf das Holz herum und hielt darauf zu.

Als er nahe herangekommen war, konnte er zwei, drei Menschen darauf unterscheiden, band das Ruder an, rannte zur Kapp und schrie den beiden schlafenden Leuten zu, an Bord zu kommen.

Auf dem Bestenstumpf des Brods hatten die Schiffbrüchigen einen Segelbogen gebüht. Als die beiden Leute schlaftrunken und fluchend heraufkamen, gab Harm Peters dem Jungen das Ruder, jagte den Bestmann ins Boot und perlsuchte sich mit ihm zum Brod durchzuarbeiten.

Eine seltene Unruhe erfüllte seine Arbeit. Ihm fiel ein, wie er Tine Nemes Stimme über das Wasser gehört hatte und er schrie den Bestmann an und warf sich selbst in die Riemen, daß sie bersten mußten. Dann, als er näher kam, sah er, daß es Klaus Nemes Schiff war, das vor ihm trieb, und am Besen sah er zwei Männer, die ihm winkten, mitten aus dem überströmenden Schwall, der mit jeder Woge übers Deck des tiefstehenden Schoners strömte. Aber Tine Nemes konnte er nicht finden.

Da packte Harm Peters eine furchtbare Angst und eine Verzweiflung um sein Mädchen. Ihm war, als kämpfte er um irgend-etwas, das man ihm entreißen wollte, gegen irgendeine unsichtbare Gewalt in dem Brausen rings um ihn. Er kam nur allmählich an das Schiff heran. Das Laugewirr und die treibenden Masten, die unbarmherzig gegen den Leib der Fahrzeuge schlugen, trieben ihn wieder und wieder zurück. Dann gelang es, eine Leine zu den Schiffbrüchigen hinüberzujelen. Langsam zog er sich näher und da sah er Tine Nemes am Besen, ohnmächtigen Leibes, aber mit weit offenen Augen, die ihn zu suchen schienen.

Die Männer schrien ihm zu und wollten keine Zeit verlieren. Aber Harm Peters hatte sich an Bord geschwungen, hob das Mädchen jäh hoch und strich ihr taumelnd über Stirn und Schläfen, mitten in den Eeren.

„Hast gerufen, Tine?“

Der alte Schiffer drängte ihn, wollte ins Boot hinüber. Harm Peters stotterte ihn an wie ein Trunkener.

„Sie hat gerufen, ja, sie hat gerufen!“

Er drückte den Leib Tine Nemes fest an sich und schlang sich mit einem einzigen Satz ins Boot zurück, daß die anderen Rot und Mühe hatten, zu folgen. Und während Bootsmann und Schiffer die Riemen ergriffen, hielt er das Helmholz fest in der Linken, hatte mit der Rechten Tine Nemes gepackt und bogte sich jählich über sie vor allen anderen.

„Hast mich gerufen, Tine!“



# Groß-Berliner Parteinachrichten.

## Bezirkstag in Berlin.

Die weitere Fortsetzung des Bezirkstages findet

Sonntag, den 21. Oktober, von 9 bis 2 Uhr,

in den Germania-Sälen, Chausseest. 110, statt.

Als Legitimation gelten die am 7. Oktober ausgegebenen Delegiertenkarten und das Mitgliedsbuch. Die Delegiertenkarten müssen auf der Rückseite den Namen des Delegierten enthalten und von dem Abteilungsleiter gestempelt sein. Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte müssen übereinstimmen.

Die Mitglieder des Bezirksverbandes und sonstige zur Teilnahme berechtigte Genossen erhalten ihre Karte im Bezirkssekretariat abgestempelt.

Als Gäste können nur diejenigen Genossen teilnehmen, die im Besitze einer Gastkarte mit dem Datum des 7. Oktober sind. Alle anderen Gastkarten sind ungültig. Das Mitgliedsbuch muß mit der Gastkarte vorgelegt werden.

Die Vorschläge für die Neuwahl des Vorstandes müssen bis zum Mittwoch, den 17. Oktober, dem Sekretariat eingelegt sein. Später eingehende Vorschläge kommen für die gedruckte Vorschlagsliste nicht mehr in Betracht.

### Der Bezirksvorstand.

**Achtung, Kassierer!** Der Bezirksvorstand hat in seiner Sitzung vom 12. Oktober beschlossen, daß der wöchentliche Beitrag der Männer für jede der beiden Restwochen im Oktober (Nr. 42 und 43) 10 Millionen Mark und für Frauen 5 Millionen Mark beträgt. Die Beiträge für den Monat November werden erst später bekanntgegeben werden. — Gleichzeitig wird nochmals darum gebeten, die fälligen Gelder schleunigst einzuschicken. **H. H. Kleg Pagels.**

- 2. Kreis, Kiergarten, Montag, den 13. Oktober, 8 Uhr, erweiterte Kreisversammlung bei Kiergarten, Poststr. 10. — Mittwoch, den 17. d. M., Kreisversammlung 7 1/2 Uhr in den Germania-Sälen. Thema: „Stellungnahme zur Neuwahl des Bezirksverbandes“.
- 3. Kreis, Wedding, Montag, den 13. Oktober, 7 Uhr, Sitzung der Obmanne der kommunalen Kommissionen, Schönhaferstr. 1. Ref.: Gen. Franz.
- 4. Kreis, Prenzlauer Berg, Montag, den 13. Oktober, 8 Uhr, im Bezirksamt Prenzlauer Berg, Zimmer 311, wichtige Fraktionsführung. Erscheinen aller Stadt- und Bezirksvorstände Pflicht.

- 14. Kreis, Neukölln, Montag, den 13. Oktober, 7 Uhr, Fraktionsführung Haus am Kleckse. — Arbeitsgemeinschaft der Kinderkassen Dienstag, den 14. Oktober, 7 1/2 Uhr, wichtiges Sitzung Schule Kiebitzstr. Thema: 1. Papier- und Papparbeiten. (Material mitbringen.) 2. Deaktivierung der Winterarbeit. Erscheinen aller Helfer und Helferinnen Pflicht.
- 18. Kreis, Weißensee, Montag, den 13. Oktober, 8 Uhr, engere Vorstandssitzung; 7 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Gallas, „Waldstr.“.
- 20. Kreis, Reinickendorf, Sitzung Eltern und Elternbeiräte Sonntag, den 13. Oktober, 7 Uhr, Kula des Roten Kreuzes Reinickendorf-Ost, Bremerstr. 10. Vortrag über: „Die Kinderkassen“. — Die Sitzung des erweiterten Kreisverbandes findet umhüllend am 14. Mittwoch, den 13. Oktober, 7 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses Reinickendorf-Ost, Borsdorfstr. statt.
- 21. Kreis, Prenzlauer Berg, Dienstag, den 14. d. M., abends 7 Uhr, in der Schule Genslerstraße beginnt die Fortsetzung: Die sozialistischen Grundfragen des Sozialismus, Vorsitzender Genosse Döhrig. Anmerkungen werden nach im Schlußteil vor Beginn der Fortsetzung entgegengenommen. Die Mitglieder des Kreis-Unterrichtsausschusses müssen anwesend sein.
- 22. Kreis, Kreuzberg, Dienstag, den 14. Oktober, 7 1/2 Uhr, Sitzung der Delegierten der Abteilungen bei Wolf, Gräberstr. 25. — Arbeitsgemeinschaft der Kinderkassen, Gruppe Südwest, Spielplatzhölzchen, Beginn Donnerstag, den 15. Oktober, von 3 bis 6 Uhr Jugendheim, Lindenstr. 3.
- 23. Kreis, Charlottenburg, Die für Dienstag, den 14. d. M., anberaumte Kreisversammlung fällt umhüllend aus. — Am Donnerstag, den 15. d. M., findet eine Kreismitgliederversammlung in der Schulstraße 26 statt. Vortrag des Genossen Lohmann, R. d. L. über: „Die politische Lage“.
- 24. Kreis, Wilmersdorf, Dienstag, den 14. Oktober, Kreisdelegiertenversammlung mit den Delegierten zum Bezirksrat 7 1/2 Uhr bei Vierer, Holteimische Straße 60. Tagesordnung: Politische Lage und Neuwahl des Bezirksverbandes. Referent Genosse Dr. Dreißigfeld, R. d. L.
- 25. Kreis, Dienstag, den 14. Oktober, 7 1/2 Uhr, Gemeindeführer, Kreisstr. 37, Kreismitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.
- 27. Kreis, Köpenick, Dienstag, den 14. Oktober, 7 Uhr, Kreismitgliederversammlung in der Kula der Kindermittelschule Märkr. 1011. Tagesordnung: 1. Referat über die politische Lage. 2. Stellungnahme zum Bezirkstag.
- 28. Kreis, Friedrichshagen, Kommunale Kommissionen, Mittwoch, den 17. d. M., abends 7 Uhr Sitzung der Obmanne Gen. Schmidt, Kommandeur Straße 13, Zimmer 4. — Arbeitsgemeinschaft der Kinderkassen, Freitag, den 19. Oktober, 7 1/2 Uhr, im Gemeindeführer, Kreisstr. 38 (Stofflager im Verwaltungsgebäude). Die Kreisliche Arbeitsgemeinschaft, Kreisstr. 38 und Kreisstr. 38, Referent Genosse Kahlke, Sekretärin im Schlußteil.

### Heute, Sonntag, den 14. Oktober:

7. Ubr. Früh 10 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung in den Germania-Sälen, Adersr. 67.

### Morgen, Montag, den 15. Oktober:

- 13. Ubr. 7 1/2 Uhr Fraktionsführung bei Döhrig, Borsdorfstr. 44.
- 10. 11. Ubr. Köpenick-Friedrichshagen, Sozialistisches Seminar! 8 Uhr Lokal Kula, Döhrigstr. 60/61. Referent Genosse Kahlke. Thema: „Unsere Stellung zum Staat“. Die Abteilungen Köpenick, Sieglin und Wilmersdorf können sich beteiligen. Rein Feinzwang.

11. Ubr. Neukölln, 7 1/2 Uhr Fraktionsführung im „Gambetta“, Kaiser-Friedrich-Str. 10. Tagesordnung: „Die politische Lage“. Referent Genosse Kahlke, Sekretärin Gen. Kahlke. Stellungnahme zur Neuwahl des Bezirksverbandes.

Jugendführer, Gruppe Südwest, 7 1/2 Uhr Aufnahmefunktion beim Genossen Döhrig, Kiebitzstr. 10 u. 2 Et. (Infolge der hohen Kosten kann das Schulzimmer nicht mehr beibehalten werden.)

### Frauenveranstaltungen am Montag, den 15. Oktober:

- 14. Kreis, Neukölln, 7 1/2 Uhr öffentliche Frauenversammlung im Roten Kreuzhaus Kaiser-Friedrich-Str. 10/11. Referent Genosse Dr. Kahlke, R. d. L. Thema: „Die politische Lage“.
- 2. Kreis, Kiergarten, 7 1/2 Uhr bei Berger, Kiergartenstr. 21. Thema: „Das Erziehungswesen“. Referent Genossin Juchacz, R. d. L.
- 3. Kreis, Wedding, 7 1/2 Uhr an bekannter Stelle. Referentin Genossin Lohmann. Thema: „Unter dem modernen ‚Erd-Parasitismus‘. Die Funktionäre des Sozialismus sind am meisten gefährdet. Eine halbe Stunde früher. Jede Abklärung muß vorzuziehen sein.“
- 21. Ubr. 7 1/2 Uhr bei Döhrig, Friedrichshagen. Referent Genosse Albert Döhrig, Reinickendorf. Gäste willkommen.
- 22. Ubr. 7 1/2 Uhr im Zimmer 55 der Schule Banne Str. 11, 1. Et. Thema: „Die Frau und der Sozialismus“. Referent Genosse Kahlke.
- 23. Ubr. 7 1/2 Uhr juristische Sprechstunde, Lindenstr. 3. Thema: „Frauenrecht und Sozialdemokratie“. Referentin Genossin Gertraud Juchacz, R. d. L.
- 24. Ubr. 7 1/2 Uhr bei Kahlke, Borsdorfstr. 4. Thema: „Sozialismus als Kulturbewußtsein“. Referent Genosse Kahlke.
- 25. Ubr. 7 1/2 Uhr Jugendheim, Lindenstr. 3. Thema: „Die Frau und Sozialismus“. Referent Genosse Kahlke.
- 27. Ubr. Charlottenburg, 7 1/2 Uhr bei Kahlke, Borsdorfstr. 4. Thema: „Anforderungen an gewerbliche Betriebe“. Referentin Genossin Kropf.
- 28. Ubr. Köpenick, 7 1/2 Uhr an bekannter Stelle. Vortrag der Genossin Wegscheider-Kahlke, R. d. L.
- 104. Ubr. Friedrichshagen, 7 1/2 Uhr Schule Berlin-Str. 11. Vortrag des Genossen Kahlke.

### Übermorgen, Dienstag, den 16. Oktober:

13. Ubr. 7 1/2 Uhr Abteilungsversammlung Kindermittelschule, Bremer Straße 78. Tagesordnung: Berichterstatterin vom Bezirkstag. Stellungnahme zur Neuwahl des Bezirksverbandes.

### Frauenveranstaltungen am Dienstag, den 16. Oktober:

- 20. Ubr. 7 1/2 Uhr bei Kahlke, Dönhofsplatz 4. Thema: „Die Frau und der Sozialismus“.
- 22. Ubr. 7 1/2 Uhr im Konferenzraum der Schule Borsdorfstr. 10. Thema: „Politische und wirtschaftliche Tagesfragen“. Referent Genosse Kahlke.

13. Ubr. Mittwoch, den 17. Oktober, 7 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung Schulstraße 10/11. Berichterstatterin vom Bezirkstag. Die Bezirksführer werden gebeten, einzuladen.

### Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

8. Ubr. Unter Genosse Mann (8 verstorben). Die Beerdigung fand bereits am Sonntag statt.

22. Ubr. Genosse Richard Wänisch (8 verstorben). Einäschung Montag, den 13. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr Krematorium Gerickestraße.

# Es wäscht bleicht und desinfiziert gleichzeitig

# PERSIL

# Du sparst damit und schonst die Wäsche!

das unüber troffene Waschmittel

Nach langem schweren Leiden verstarb am 12. d. M. unser allseits hochverehrter Chef, Herr **Carl Dimmick**

Der Heimgegangene hat sich durch sein gerechtes Denken, durch seine Menschenfreundlichkeit und Güte gegen jedermann unsere Liebe und Verehrung erworben.

Wir betrauern aufs tiefste den Verlust und werden dankerfüllt das Andenken des Verstorbenen stets in Ehren halten.

Berlin, den 13. Oktober 1923.

Personal und Angehörige der Buchdruckerei Krasse & Dimmick.

Am Freitag, den 12. Oktober, wurde mein lieber Gatte, unser treusorgender Vater und Großvater, der Buchdruckereibesitzer **Carl Dimmick**

von seinem langen schweren Leiden durch einen sanften Tod erlöst. Ein arbeitsreiches Leben hat damit im 74. Jahre seinen Abschluß gefunden. Dies zeigen tiefbetruert an

Therese Dimmick, geb. Deier  
Margarete Krause, geb. Dimmick  
Friedrich Krause u. zwei Enkelkinder.

Einäschung Mittwoch, den 17. Okt., nachm. 5 Uhr, im Krematorium Berlin N., Gerickestr. 37/38.

**Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz.**

**Bekanntmachung.**

Am 13. d. M. 21. Oktober 1923 ist der Höchstzulohnen auf 600 Millionen festgesetzt. Für diese Zeit betragen demnach die täglichen Beiträge in Millionen Mark in den Klassen A. 1.6, B. 1.2, C. 1.0, D. 0.8, E. 0.6, F. 0.4, G. 0.3, H. 0.2, I. 0.1, J. 0.05, K. 0.02, L. 0.01, M. 0.005, N. 0.002, O. 0.001, P. 0.0005, Q. 0.0002, R. 0.0001, S. 0.00005, T. 0.00002, U. 0.00001, V. 0.000005, W. 0.000002, X. 0.000001, Y. 0.0000005, Z. 0.0000002, AA. 0.0000001, AB. 0.00000005, AC. 0.00000002, AD. 0.00000001, AE. 0.000000005, AF. 0.000000002, AG. 0.000000001, AH. 0.0000000005, AI. 0.0000000002, AJ. 0.0000000001, AK. 0.00000000005, AL. 0.00000000002, AM. 0.00000000001, AN. 0.000000000005, AO. 0.000000000002, AP. 0.000000000001, AQ. 0.0000000000005, AR. 0.0000000000002, AS. 0.0000000000001, AT. 0.00000000000005, AU. 0.00000000000002, AV. 0.00000000000001, AW. 0.000000000000005, AX. 0.000000000000002, AY. 0.000000000000001, AZ. 0.0000000000000005, BA. 0.0000000000000002, BB. 0.0000000000000001, BC. 0.00000000000000005, BD. 0.00000000000000002, BE. 0.00000000000000001, BF. 0.000000000000000005, BG. 0.00000000000000002, BH. 0.00000000000000001, BI. 0.000000000000000005, BJ. 0.00000000000000002, BK. 0.00000000000000001, BL. 0.000000000000000005, BM. 0.00000000000000002, BN. 0.00000000000000001, BO. 0.000000000000000005, BP. 0.00000000000000002, BQ. 0.00000000000000001, BR. 0.000000000000000005, BS. 0.00000000000000002, BT. 0.00000000000000001, BU. 0.000000000000000005, BV. 0.00000000000000002, BV. 0.00000000000000001, BW. 0.000000000000000005, BX. 0.00000000000000002, BY. 0.00000000000000001, BZ. 0.000000000000000005, CA. 0.00000000000000002, CB. 0.00000000000000001, CC. 0.000000000000000005, CD. 0.00000000000000002, CE. 0.00000000000000001, CF. 0.000000000000000005, CG. 0.00000000000000002, CH. 0.00000000000000001, CI. 0.000000000000000005, CJ. 0.00000000000000002, CK. 0.00000000000000001, CL. 0.000000000000000005, CM. 0.00000000000000002, CN. 0.00000000000000001, CO. 0.000000000000000005, CP. 0.00000000000000002, CQ. 0.00000000000000001, CR. 0.000000000000000005, CS. 0.00000000000000002, CT. 0.00000000000000001, CU. 0.000000000000000005, CV. 0.00000000000000002, CV. 0.00000000000000001, CW. 0.000000000000000005, CX. 0.00000000000000002, CY. 0.00000000000000001, CZ. 0.000000000000000005, DA. 0.00000000000000002, DB. 0.00000000000000001, DC. 0.000000000000000005, DD. 0.00000000000000002, DE. 0.00000000000000001, DE. 0.000000000000000005, DF. 0.00000000000000002, DG. 0.00000000000000001, DG. 0.000000000000000005, DH. 0.00000000000000002, DI. 0.00000000000000001, DI. 0.000000000000000005, DJ. 0.00000000000000002, DK. 0.00000000000000001, DK. 0.000000000000000005, DL. 0.00000000000000002, DM. 0.00000000000000001, DM. 0.000000000000000005, DN. 0.00000000000000002, DO. 0.00000000000000001, DO. 0.000000000000000005, DP. 0.00000000000000002, DQ. 0.00000000000000001, DQ. 0.000000000000000005, DR. 0.00000000000000002, DS. 0.00000000000000001, DS. 0.000000000000000005, DT. 0.00000000000000002, DU. 0.00000000000000001, DU. 0.000000000000000005, DV. 0.00000000000000002, DV. 0.00000000000000001, DV. 0.000000000000000005, DW. 0.00000000000000002, DX. 0.00000000000000001, DX. 0.000000000000000005, DY. 0.00000000000000002, DZ. 0.00000000000000001, DZ. 0.000000000000000005, EA. 0.00000000000000002, EB. 0.00000000000000001, EB. 0.000000000000000005, EC. 0.00000000000000002, ED. 0.00000000000000001, ED. 0.000000000000000005, EE. 0.00000000000000002, EF. 0.00000000000000001, EF. 0.000000000000000005, EG. 0.00000000000000002, EH. 0.00000000000000001, EH. 0.000000000000000005, EI. 0.00000000000000002, EJ. 0.00000000000000001, EJ. 0.000000000000000005, EK. 0.00000000000000002, EL. 0.00000000000000001, EL. 0.000000000000000005, EM. 0.00000000000000002, EN. 0.00000000000000001, EN. 0.000000000000000005, EO. 0.00000000000000002, EP. 0.00000000000000001, EP. 0.000000000000000005, EQ. 0.00000000000000002, ER. 0.00000000000000001, ER. 0.000000000000000005, ES. 0.00000000000000002, ET. 0.00000000000000001, ET. 0.000000000000000005, EU. 0.00000000000000002, EV. 0.00000000000000001, EV. 0.000000000000000005, EW. 0.00000000000000002, EX. 0.00000000000000001, EX. 0.000000000000000005, EY. 0.00000000000000002, EZ. 0.00000000000000001, EZ. 0.000000000000000005, FA. 0.00000000000000002, FB. 0.00000000000000001, FB. 0.000000000000000005, FC. 0.00000000000000002, FD. 0.00000000000000001, FD. 0.000000000000000005, FE. 0.00000000000000002, FF. 0.00000000000000001, FF. 0.000000000000000005, FG. 0.00000000000000002, FH. 0.00000000000000001, FH. 0.000000000000000005, FI. 0.00000000000000002, FJ. 0.00000000000000001, FJ. 0.000000000000000005, FK. 0.00000000000000002, FL. 0.00000000000000001, FL. 0.000000000000000005, FM. 0.00000000000000002, FN. 0.00000000000000001, FN. 0.000000000000000005, FO. 0.00000000000000002, FP. 0.00000000000000001, FP. 0.000000000000000005, FQ. 0.00000000000000002, FR. 0.00000000000000001, FR. 0.000000000000000005, FS. 0.00000000000000002, FT. 0.00000000000000001, FT. 0.000000000000000005, FU. 0.00000000000000002, FV. 0.00000000000000001, FV. 0.000000000000000005, FW. 0.00000000000000002, FX. 0.00000000000000001, FX. 0.000000000000000005, FY. 0.00000000000000002, FZ. 0.00000000000000001, FZ. 0.000000000000000005, GA. 0.00000000000000002, GB. 0.00000000000000001, GB. 0.000000000000000005, GC. 0.00000000000000002, GD. 0.00000000000000001, GD. 0.000000000000000005, GE. 0.00000000000000002, GF. 0.00000000000000001, GF. 0.000000000000000005, GG. 0.00000000000000002, GH. 0.00000000000000001, GH. 0.000000000000000005, GI. 0.00000000000000002, GJ. 0.00000000000000001, GJ. 0.000000000000000005, GK. 0.00000000000000002, GL. 0.00000000000000001, GL. 0.000000000000000005, GM. 0.00000000000000002, GN. 0.00000000000000001, GN. 0.000000000000000005, GO. 0.00000000000000002, GP. 0.00000000000000001, GP. 0.000000000000000005, GQ. 0.00000000000000002, GR. 0.00000000000000001, GR. 0.000000000000000005, GS. 0.00000000000000002, GT. 0.00000000000000001, GT. 0.000000000000000005, GU. 0.00000000000000002, GV. 0.00000000000000001, GV. 0.000000000000000005, GW. 0.00000000000000002, GX. 0.00000000000000001, GX. 0.000000000000000005, GY. 0.00000000000000002, GZ. 0.00000000000000001, GZ. 0.000000000000000005, HA. 0.00000000000000002, HB. 0.00000000000000001, HB. 0.000000000000000005, HC. 0.00000000000000002, HD. 0.00000000000000001, HD. 0.000000000000000005, HE. 0.00000000000000002, HF. 0.00000000000000001, HF. 0.000000000000000005, HG. 0.00000000000000002, HH. 0.00000000000000001, HH. 0.000000000000000005, HI. 0.00000000000000002, HJ. 0.00000000000000001, HJ. 0.000000000000000005, HK. 0.00000000000000002, HL. 0.00000000000000001, HL. 0.000000000000000005, HM. 0.00000000000000002, HN. 0.00000000000000001, HN. 0.000000000000000005, HO. 0.00000000000000002, HP. 0.00000000000000001, HP. 0.000000000000000005, HQ. 0.00000000000000002, HR. 0.00000000000000001, HR. 0.000000000000000005, HS. 0.00000000000000002, HT. 0.00000000000000001, HT. 0.000000000000000005, HU. 0.00000000000000002, HV. 0.00000000000000001, HV. 0.000000000000000005, HW. 0.00000000000000002, HX. 0.00000000000000001, HX. 0.000000000000000005, HY. 0.00000000000000002, HZ. 0.00000000000000001, HZ. 0.000000000000000005, IA. 0.00000000000000002, IB. 0.00000000000000001, IB. 0.000000000000000005, IC. 0.00000000000000002, ID. 0.00000000000000001, ID. 0.000000000000000005, IE. 0.00000000000000002, IF. 0.00000000000000001, IF. 0.000000000000000005, IG. 0.00000000000000002, IH. 0.00000000000000001, IH. 0.000000000000000005, II. 0.00000000000000002, IJ. 0.00000000000000001, IJ. 0.000000000000000005, IK. 0.00000000000000002, IL. 0.00000000000000001, IL. 0.000000000000000005, IM. 0.00000000000000002, IN. 0.00000000000000001, IN. 0.000000000000000005, IO. 0.00000000000000002, IP. 0.00000000000000001, IP. 0.000000000000000005, IQ. 0.00000000000000002, IR. 0.00000000000000001, IR. 0.000000000000000005, IS. 0.00000000000000002, IT. 0.00000000000000001, IT. 0.000000000000000005, IU. 0.00000000000000002, IV. 0.00000000000000001, IV. 0.000000000000000005, IU. 0.00000000000000002, IW. 0.00000000000000001, IW. 0.000000000000000005, IY. 0.00000000000000002, IZ. 0.00000000000000001, IZ. 0.000000000000000005, JA. 0.00000000000000002, JB. 0.00000000000000001, JB. 0.000000000000000005, JC. 0.00000000000000002, JD. 0.00000000000000001, JD. 0.000000000000000005, JE. 0.00000000000000002, JF. 0.00000000000000001, JF. 0.000000000000000005, JG. 0.00000000000000002, JH. 0.00000000000000001, JH. 0.000000000000000005, JI. 0.00000000000000002, JJ. 0.00000000000000001, JJ. 0.000000000000000005, JK. 0.00000000000000002, JL. 0.00000000000000001, JL. 0.000000000000000005, JM. 0.00000000000000002, JN. 0.00000000000000001, JN. 0.000000000000000005, JO. 0.00000000000000002, JP. 0.00000000000000001, JP. 0.000000000000000005, JQ. 0.00000000000000002, JR. 0.00000000000000001, JR. 0.000000000000000005, JS. 0.00000000000000002, JT. 0.00000000000000001, JT. 0.000000000000000005, JU. 0.00000000000000002, JV. 0.00000000000000001, JV. 0.